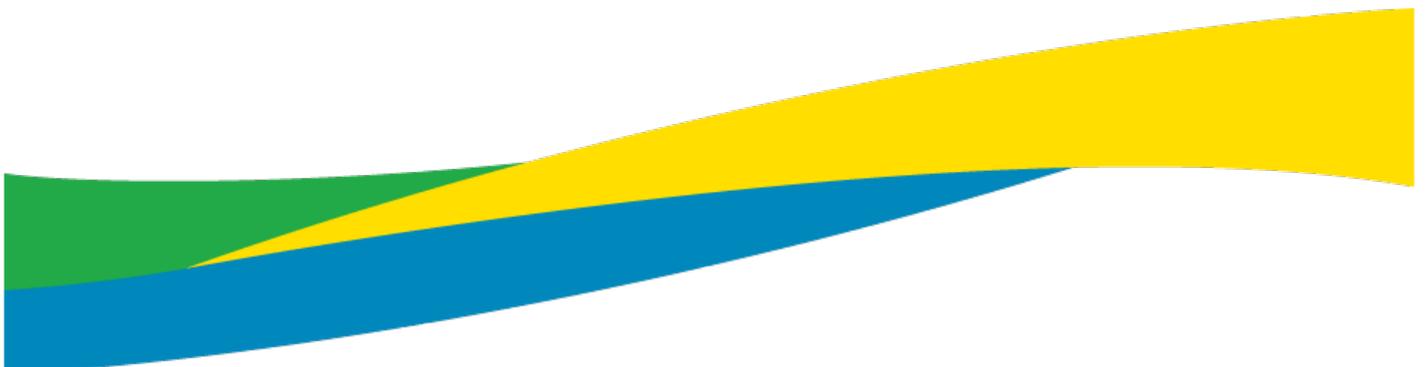

Landkreis Dahme-Spreewald
Der Landrat



Beteiligungsbericht

des Landkreises Dahme-Spreewald für das Jahr 2022

(Anlage 5 zum Gesamtabschluss 2022)



Herausgeber
Landkreis Dahme-Spreewald

Verantwortlich
Dezernat I / Amt für Wirtschaft und Tourismus
Karl-Marx-Straße 21
15926 Luckau (Spreewald)
Telefon: 03546/20-1417
Telefax: 03546/20-1308
E-Mail: wirtschaft@dahme-spreewald.de

Stand
April 2024

Inhalt

Beteiligungen des Landkreises Dahme-Spreewald einschließlich mittelbarer Beteiligungen.....	5
Kennzahlenanalyse sowie Leistungs- und Finanzbeziehungen.....	6
Kennzahlenanalyse der Beteiligungen im Vergleich	8
Wesentliche finanzielle Auswirkungen der Beteiligungsunternehmen auf den Haushalt des.....	10
Landkreises Dahme-Spreewald im Jahr 2022	

Verkehr

Regionale Verkehrsgesellschaft Dahme-Spreewald mbH	13
Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH	25

Standortentwicklung und Wirtschaftsförderung

Wirtschaftsförderungsgesellschaft Dahme-Spreewald mbH.....	37
Technologie- und Gründerzentrum Wildau GmbH.....	49
Wirtschaftsregion Lausitz GmbH.....	57
BADC – Berlin-Brandenburg Area Development Company GmbH	67
Naturwelt Lieberoser Heide GmbH	77

Gesundheits- / Sozialeinrichtungen

Klinikum Dahme-Spreewald GmbH.....	85
Klinikum Dahme-Spreewald Dienstleistungsgesellschaft mbH.....	97
Medizinisches Versorgungszentrum Dahme-Spreewald GmbH.....	103
Klinikum Dahme-Spreewald Reinigungsgesellschaft mbH	109

Vermögensverwaltung

Teltower Kreiswerke GmbH.....	115
-------------------------------	-----

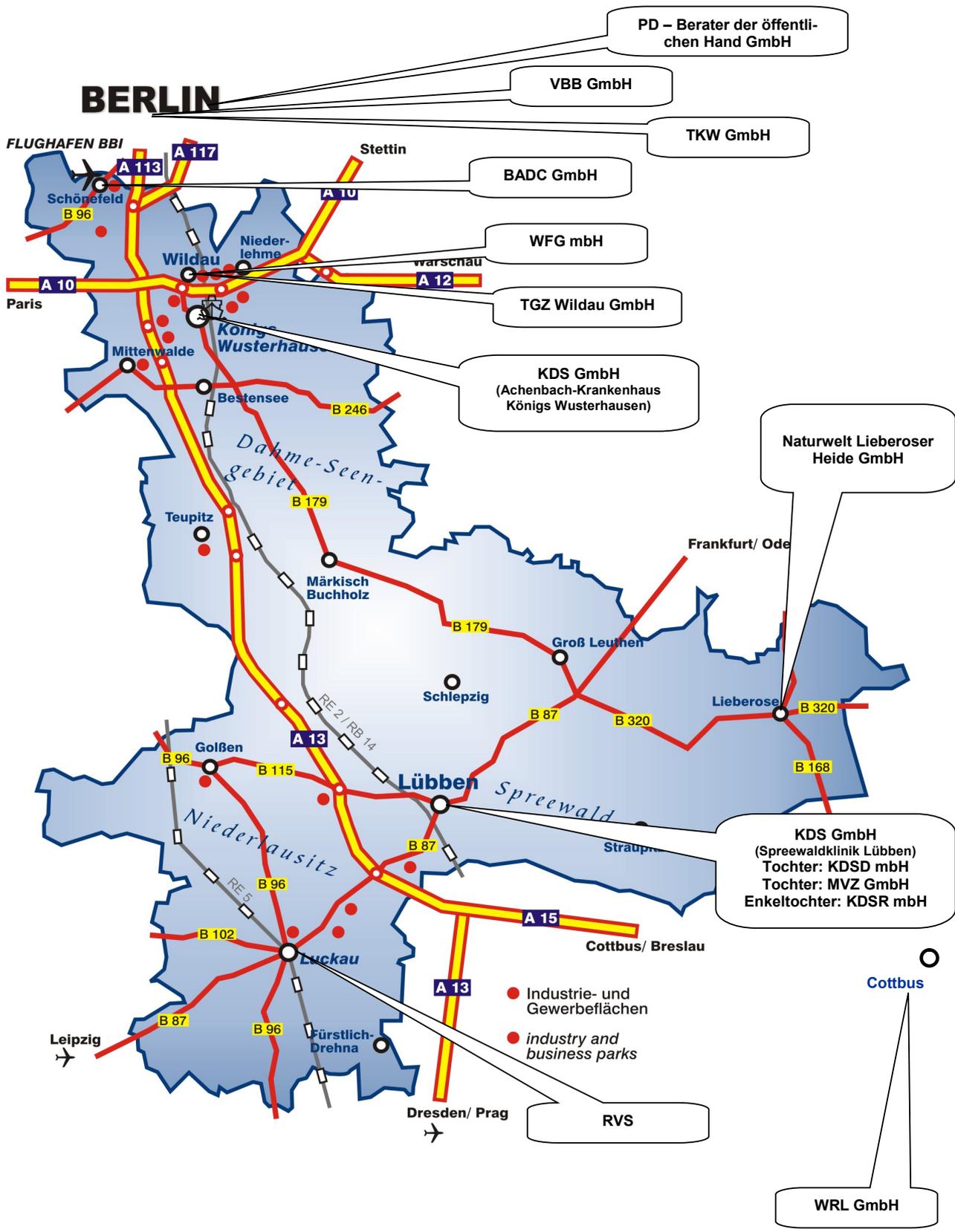
Sonstige Beteiligungen

Partnerschaft Deutschland PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH	123
---	-----

Zweckverbände und Körperschaften des öffentlichen Rechts

Kommunaler Abfallentsorgungsverband „Niederlausitz“ (KAEV).....	135
Südbrandenburgischer Abfallzweckverband (SBAZV).....	136
Regionale Planungsgemeinschaft Lausitz-Spreewald	137

Abkürzungsverzeichnis.....	138
Anlage 1, Vertreter des Kreistages in den wirtschaftlichen Unternehmen.....	140
Anlage 2, Nachweis öffentlicher Zweck	



Beteiligungen des Landkreises Dahme-Spreewald einschließlich mittelbarer Beteiligungen

Verkehr	Standort- entwicklung	Arbeit, Gesundheit, Soziales und Sport	Beteiligung/Vermögensverwaltung
(RVS) Regionale Verkehrsgesellschaft Dahme-Spreewald mbH GF: Herr Richter Eigenbeteiligung: 100 %	(WFG mbH) Wirtschaftsförderungsgesellschaft Dahme-Spreewald mbH GF: Herr Janßen Eigenbeteiligung: 100 %	(KDS GmbH) Klinikum Dahme-Spreewald GmbH GF: Herr Dr. Christian von Klitzing (bis 31.05.2022) Herr Andre Jasper (seit 01.06.2022) Beteiligung: 51 %	(TKW GmbH) Teltower Kreiswerke GmbH GF: Frau Groß (ehem. Hansel) Beteiligung: 40,7 %
(VBB GmbH) Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH GF: Frau Henckel (bis 18.04.2022) Herr Andreas Kuck, Herr Fuchs (interimistisch) ab 19.04.2022 Beteiligung: 1,85 %	(TGZ Wildau GmbH) Technologie- und Gründerzentrum Wildau GmbH GF: Herr Janßen Beteiligung: 100 %	(KDSD mbH) Klinikum Dahme-Spreewald Dienstleistungsgesellschaft mbH GF: Herr Dr. Christian von Klitzing (bis 31.05.2022) Herr Andre Jasper (seit 01.06.2022) <i>Mittelbare Beteiligung (Tochter KDS):</i> 100 %	(PD) PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH GF: Herr Beemelmans, Herr Wechselmann Beteiligung: 0,15 %
	(WRL GmbH) Wirtschaftsregion Lausitz GmbH GF: Herr Jahn Beteiligung: 9,09 %	(MVZ GmbH) Medizinisches Versorgungszentrum am Achenbach-Krankenhaus GmbH GF: Dr. Christian von Klitzing (bis 13.06.2022) Dr. Karl Felix Rehder (seit 13.06.2022) <i>Mittelbare Beteiligung (Tochter KDS):</i> 100 %	
	(BADC GmbH) Berlin-Brandenburg Area Development Company GmbH GF: Frau Girschick Beteiligung: 10 %	(KDSR mbH) Klinikum Dahme-Spreewald Reinigungsgesellschaft mbH GF: Herr Dr. Christian von Klitzing (bis 09.06.2022) Herr André Jasper (seit 09.06.2022) Herr Jürgen Schulte (bis 19.12.2022) Herr Björn Meene (seit 19.12.2022) <i>Mittelbare Beteiligung (Tochter KDSD):</i> 100 %	
	(Naturwelt Lieberoser Heide GmbH) GF: Herr Janßen Beteiligung: 30 %		

Kennzahlenanalyse sowie Leistungs- und Finanzbeziehungen

Die Kennzahlenanalyse im Beteiligungsbericht 2022 basiert auf der Definition der Kennzahlenberechnung des Rundschreibens des Ministeriums des Innern zur Anwendung der Bestimmungen über die Erstellung und den Aufbau der Beteiligungsberichte gem. §§ 82 Abs. 2 S. 2 Nr. 5 bzw. 3 sowie 83 Abs. 4 S. 2 Nr. 5 BbgKVerf i. V. m. § 61 KomHKV vom 22.12.2009. Abweichungen zu den in den jeweiligen testierten Jahresabschlüssen der Gesellschaften ermittelten Kennzahlen sind daher möglich.

Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur:

Die Anlagenintensität – das Verhältnis des Anlagevermögens zum Gesamtvermögen – ist eine Kennzahl zur Analyse der Vermögensstruktur. Eine hohe Anlagenintensität entspricht aufgrund der Kapitalbindung einem höheren Risiko. Bei einem Dienstleistungsunternehmen (ausgenommen Immobilienbranche) ist eine eher niedrige Quote charakteristisch.

$$\text{Anlagenintensität} = \text{Anlagevermögen} / \text{Bilanzsumme} \times 100$$

Die Eigenkapitalquote (ohne Sonderposten) zeigt das Verhältnis von Eigenkapital zum Gesamtkapital (Bilanzsumme). Sie ist ein wichtiges Kriterium für die Kreditwürdigkeit bzw. Bonität eines Unternehmens. Je höher die Eigenkapitalquote, umso höher kann die finanzielle Stabilität des Unternehmens und die Unabhängigkeit gegenüber Fremdkapitalgebern bewertet werden. 30% könnten als Richtwert dienen, wobei bei Wachstumsunternehmen auch Abschläge hingenommen werden müssen. Darüber hinaus kann der Eigenkapitalquote eine erweiterte Aussagekraft zukommen, indem zum bilanziellen Eigenkapital der anteilige Ausweis der Sonderposten, der grundsätzlich Eigenkapitalcharakter aufweist, zugerechnet wird. Dies wurde in Form einer weiteren Kennzahl ergänzend angegeben. Die Berücksichtigung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse von 50 % bzw. 100 % erfolgte im Einklang mit der Berechnung des jeweiligen Wirtschaftsprüfers und richtete sich nach dem Erfüllungsstand der mit den Investitionszuschüssen verknüpften Bedingungen.

$$\text{Eigenkapitalquote} = \text{bilanzielles Eigenkapital} / \text{Gesamtkapital} \times 100$$

$$\text{Eigenkapitalquote} = \frac{\text{bilanzielles Eigenkapital} + \text{Sonderposten für Investitionszuschüsse}}{\text{Gesamtkapital}} \times 100$$

Ein Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag ergibt sich, wenn ein Überschuss der Passiva über die Aktiva der Bilanz vorliegt. Gemäß § 268 Abs. 3 HGB erfolgt der Ausweis des Fehlbetrages als letzte Position auf der Aktivseite. In diesem Fall liegt eine bilanzielle Überschuldung vor, was die Pflicht zur Prüfung einer tatsächlichen Überschuldung (Überschuldungsbilanz) nach sich zieht (eventuell Eröffnung eines Insolvenzverfahrens).

Kennzahlen zur Finanzierung und Liquidität:

Mit der Anlagendeckung II erfolgt eine Gegenüberstellung von Anlagevermögen und langfristigem Kapital. Sie zeigt auf, zu welcher Quote das Anlagevermögen langfristig (durch Eigenkapital, langfristiges Fremdkapital sowie Sonderposten) finanziert wird. Ein Deckungsgrad von 90% bedeutet beispielsweise, dass lediglich 90% des Anlagevermögens langfristig und die restlichen 10% kurzfristig finanziert werden. Da das Anlagevermögen langfristig gebunden ist, sollte es i.d.R. auch langfristig finanziert werden. Gemäß der goldenen Bilanzregel sollte die Kennzahl im Optimalfall über 100 % liegen. Je weiter der Deckungsgrad II über 100% liegt, umso mehr ist neben dem Anlagevermögen auch das Umlaufvermögen durch langfristiges Kapital finanziert und damit eine höhere finanzielle Stabilität des Unternehmens gegeben. Von einer hohen Anlagenintensität und Anlagendeckung kann bei Dienstleistungsunternehmen (ausgenommen Immobilienbranche) nicht ausgegangen werden.

$$\text{Anlagendeckung II} = (\text{Eigenkapital} + \text{langfristiges Fremdkapital} + \text{SoPo}) / \text{Anlagevermögen} \times 100$$

Die Zinsaufwandsquote trägt indirekt zur Beurteilung der Finanzierung bei. Diese Kennzahl gibt die Zinsaufwendungen eines Unternehmens in Relation zu seinen erzielten Umsatzerlösen an. Eine hohe Zinsaufwandsquote weist auf eine hohe Liquiditätsbindung hin, die meist langfristiger Natur ist. Typische Richtwerte dieser Kennzahl existieren nicht.

$$\text{Zinsaufwandsquote} = \text{Zinsen und ähnliche Aufwendungen} / \text{Umsatzerlöse} \times 100$$

Die Liquidität 3. Grades ist die Gegenüberstellung des gesamten Umlaufvermögens und des kurzfristigen Fremdkapitals. Sie gibt Auskunft über die Solidität der kurz- bis mittelfristigen Finanzposition. Es ist eine Liquidität über 100 % anzustreben. Ein hoher Liquiditätsstand erklärt sich auch dadurch, dass zum Jahresende zum Beispiel noch hohe Zahlungseingänge zu verzeichnen waren, deren Verwendung jedoch erst im Folgejahr erfolgt. Verstärkt wird der Effekt, dass zusätzlich geringe kurzfristige Verbindlichkeiten und hohe kurzfristige Forderungen bestehen.

$$\text{Liquidität 3. Grades} = \text{Umlaufvermögen} / \text{kurzfristiges Fremdkapital} \times 100$$

Der Cashflow zeigt die Veränderung des Zahlungsmittelbestandes aus der laufenden Geschäftstätigkeit der Gesellschaft in der zu betrachtenden Periode an. Die Kennzahl ist ein Ausdruck der Innenfinanzierungskraft und zeigt den umsatzbedingten Liquiditätszufluss bzw. -abfluss an. Für Zwecke der Information der verschiedenen Adressaten über den im Berichtszeitraum erwirtschafteten Erfolg des Unternehmens soll die vereinfachte Form des Cashflows genügen; abweichende Angaben zum Ausweis im Jahresabschlussbericht der Beteiligungen sind daher möglich.

$$\text{Cashflow} = \text{Jahresergebnis} + \text{Abschreibungen} \pm \text{Veränderung der langfristigen Rückstellungen}$$

Kennzahlen zur Rentabilität und Geschäftserfolg:

Die Eigenkapitalrentabilität kann als Ausdruck für die Leistungsfähigkeit des im Unternehmen arbeitenden Kapitals interpretiert werden. Die Zinszahl gibt die Verzinsung des im Unternehmen arbeitenden Kapitals an. Gemäß § 92 Abs. 4 BgkVerf soll eine angemessene Eigenkapitalverzinsung erwirtschaftet werden, soweit der öffentliche Zweck nicht beeinträchtigt wird. Als Richtwert kann eine marktübliche Eigenkapitalverzinsung zugrunde gelegt werden. Die jeweilige Branchenspezifika ist jedoch zu beachten. Zuschussunternehmen sind ebenfalls differenzierter zu sehen, bei ihnen steht ein Kostendeckungspotenzial im Vordergrund. Wird eine höhere Eigenkapitalrendite durch Substitution von Eigen- in Fremdkapital erzielt, steigt die finanzielle Abhängigkeit von Fremdkapitalgebern.

$$\text{Eigenkapitalrentabilität} = \text{Jahresüberschuss (Gewinn)} / \text{Eigenkapital} \times 100$$

Die Gesamtkapitalrentabilität eines Unternehmens gibt an, wie viel % des Gewinns auf das eingesetzte Gesamtkapital entfällt. Sie errechnet sich aus dem Jahresüberschuss zuzüglich der Zinsen und ähnlichen Aufwendungen in der Gewinn- und Verlustrechnung, dividiert durch das Gesamtvermögen. Die Gesamtkapitalrentabilität ist ein Maß dafür, wie effektiv das Unternehmen mit den zur Verfügung stehenden Mitteln gearbeitet hat. Im Bereich kommunaler Unternehmen mit Ausrichtung am Gemeinwohl ist eine angemessene positive Gesamtkapitalrentabilität anzustreben. Der Wert der Gesamtkapitalrentabilität sollte über 0 % liegen. Generell gilt: Je höher, desto besser.

$$\text{Gesamtkapitalrentabilität} = (\text{Jahresüberschuss} + \text{Fremdkapitalzinsen}) / \text{Bilanzsumme} \times 100$$

Aufwandsseitig interessiert insbesondere die Bedeutung des Personalaufwandes für den Erfolg des Unternehmens. Die Personalaufwandsquote bildet das Verhältnis von Personalaufwendungen und der Gesamtleistung ab. Erwünscht ist eine möglichst niedrige Quote, da eine hohe Personalaufwandsquote einen hohen Fixkostenanteil bedeutet.

$$\text{Personalaufwandsquote} = \text{Personalaufwand} / \text{Gesamtleistung} \times 100$$

Als Gesamtleistung bezeichnet man die Summe der ersten 3 Posten der Gewinn- und Verlustrechnung nach dem Gesamtkostenverfahren (§ 275 Abs. 2 HGB). Die Kennzahl gibt an, was das Unternehmen insgesamt im operativen Geschäft an Leistungen erbracht hat. Zu den Umsatzerlösen werden die Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen (Bestandsveränderung) sowie andere aktivierte Eigenleistungen (z.B. eine selbsterstellte Produktionsmaschine) addiert. Zuschüsse Dritter werden demnach nicht berücksichtigt.

$$\text{Gesamtleistung} = \text{Umsatzerlöse} + \text{Bestandsveränderungen} + \text{aktivierte Eigenleistungen}$$

Kennzahlenanalyse der Beteiligungen im Vergleich

Kennzahl in 2022	Beteiligungsquote über 50 %				Beteiligungsquote unter 50 %					PD
	WFG	RVS	TGZ	KDS	TKW	Naturwelt	WRL	BADC	VBB	
	100%	100%	100%	51%	40,7%	30,0%	9,09%	10%	1,85%	
Anlagenintensität	84%	82%	53%	24%	12%	20%	5%	7%	5%	7%
Eigenkapitalquote (ohne SoPo)	26%	49%	54%	65%	97%	19%	60%	13%	5%	65%
Eigenkapitalquote (mit SoPo)	37%	79%	55%	83%	97%	39%	wird nicht erhoben	wird nicht erhoben	10%	wird nicht erhoben
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0 Euro	0 Euro	0 Euro	0 Euro	0 Euro	0 Euro	0 Euro	0 Euro	0 Euro	0 Euro
Anlagendeckung II	111%	106%	140%	349%	802%	96%	1.325%	197%	208%	918%
Zinsaufwandsquote	5%	0%	1%	0%	0%	0%	-	0%	1%	0%
Liquidität 3. Grades	219%	123%	174%	288%	3.460%	131%	234%	107%	105%	266%
Cashflow	5,4 Mio. Euro	815 Tsd. Euro	253 Tsd. Euro	7,1 Mio. Euro	48 Tsd. Euro	37,6 Tsd. Euro	-5 Tsd. Euro	41 Tsd. Euro	543 Tsd. Euro	13,3 Mio. Euro
Eigenkapitalrentabilität (ohne SoPo)	27%	0%	7%	2%	3%	kein Gewinn-ausweis	-13%	10%	kein Gewinn-ausweis	25%
Gesamtkapitalrentabilität	8%	0%	4%	1%	3%	kein Gewinn-ausweis	-8%	1%	kein Gewinn-ausweis	16%
Umsatz	8,6 Mio. Euro	6,4 Mio. Euro	450 Tsd. Euro	110,2 Mio. Euro	232 Tsd. Euro	0 Euro	0 Euro	1,0 Mio. Euro	502 Tsd. Euro	115,6 Mio. Euro
Gesamtleistung (ohne Zuschuss) *	9,3 Mio. Euro	9,0 Mio. Euro	580 Tsd. Euro	110,2 Mio. Euro	232 Tsd. Euro	0 Euro	0 Euro	1,5 Mio. Euro	1,3 Mio. Euro	116,8 Mio. Euro
Personalaufwandsquote	11%	130%	0%	59%	17%	-	-	12%	43%	51%
Anzahl der Mitarbeiter (ohne Fremdfinanzierung)	13	256	0	827	1	2	17	4	117	717
Jahresüberschuss /- fehlbetrag	3,4 Mio. Euro	-340 Tsd. Euro	30 Tsd. Euro	1,8 Mio. Euro	48 Tsd. Euro	0 Tsd. Euro	-35 Tsd. Euro	38 Tsd. Euro	0 Tsd. Euro	9,4 Mio. Euro
Bilanzsumme	49,2 Mio. Euro	20,1 Mio. Euro	840 Tsd. Euro	186,4 Mio. Euro	1,5 Mio. Euro	516 Tsd. Euro	456 Tsd. Euro	3,0 Mio. Euro	6,0 Mio. Euro	57,0 Mio. Euro

*EK mit SoPo: WFG mbH, TGZ Wildau GmbH mit Anrechnung 50 % SoPo, KDS GmbH, VBB GmbH mit Anrechnung 100 % SoPo

Die Gesamtbetrachtung des Beteiligungsengagements des Landkreises Dahme-Spreewald zeigt, dass die wirtschaftliche Betätigung auch im Haushaltsjahr 2022 als positiv gewertet werden kann. So kann der künftige Fortbestand jedes einzelnen Unternehmens als nicht gefährdet eingeschätzt werden.

Die Auswertung der Kennzahlenanalyse (S. 9) ergibt, dass die Unternehmen WFG, RVS, TGZ, KDS, TKW, WRL und PD den Zielwert einer Eigenkapitalquote (teilweise unter Anrechnung des Sonderpostens) von ca. 30 % erreicht bzw. überschritten haben und somit über eine solide Eigenkapitaldecke, gemessen am Verhältnis zur Bilanzsumme, verfügen. Mit 97 % wurde bei der TKW GmbH eine überdurchschnittliche Eigenkapitalquote ausgewiesen. Durch die Erzielung von jährlichen Jahresüberschüssen erhöhte sich sukzessive das Eigenkapital.

Bei den restlichen Beteiligungen (Naturwelt, BADC, VBB) konnte die Zielquote per Definition nicht erreicht werden. Die Naturwelt, BADC und die VBB erfüllten die Zielquote strukturell bedingt nicht, sind aber ebenfalls nicht als bestandsgefährdet zu bewerten.

Die Regelung des § 92 Abs. 4 BbgKVerf fordert, soweit die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird und andere gesetzliche Vorschriften nicht entgegenstehen, dass die kommunalen Unternehmen einen Jahresüberschuss erwirtschaften, der mindestens einer marktüblichen Verzinsung des Eigenkapitals entspricht, um so den Haushalt der Gemeinde bzw. des Landkreises nicht zusätzlich zu belasten.

Mit Verweis auf die Tabelle auf Seite 9 wurden im Geschäftsjahr 2022 Jahresüberschüsse als auch Jahresfehlbeträge erzielt. Angesichts der weiterhin instabilen Entwicklung der Kapitalmärkte und der schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen angesichts der Auswirkungen der Corona-Pandemie und des Ukrainekrieges umfasste die Spanne der erzielten Eigenkapitalrentabilitätsquoten von Negativquoten über eine moderate Verzinsung von 2% bis hin zu 27 %. Letzteres betrifft die WFG und ist auf den Sondereffekt aus Grundstücksverkäufen im Gewebe- und Industriegebiet Alteno zurückzuführen.

Bei der Ermittlung dieser Kennzahl werden Jahresüberschuss und Eigenkapital ins Verhältnis zueinander gesetzt und somit die Verzinsung des eingesetzten Kapitals zum Ausdruck gebracht.

Mit Ausnahme der Beteiligung Naturwelt Lieberoser Heide GmbH erreichten alle Unternehmen die für die Kennzahl Anlagendeckung II angestrebte Quote von mindestens 100 %. Bei der Naturwelt betrug die Kennzahl auf 96 % und lag damit knapp unter der Zielmarke.

Zusammenfassend war festzustellen, dass das langfristige Anlagevermögen der Beteiligungen weitestgehend durch langfristiges Kapital gesichert war. Den mit Abstand größten Wert mit 1.325 % wies die WRL aus, da dem geringen Anlagevermögen ein vergleichsweise hohes Eigenkapital gegenüberstand.

Die Liquidität 3. Grades sollte nach Möglichkeit einen Wert von über 100 überschreiten. Dies wurde von allen Beteiligungsunternehmen des Landkreises Dahme-Spreewald erreicht. Die Liquidität aller Gesellschaften war im Berichtsjahr als gesichert zu beurteilen. Bei der TKW bestand erneut eine überdurchschnittlich hohe Liquidität 3. Grades aufgrund des sehr hohen Kassenbestandes in Relation zu den niedrigen kurzfristigen Verbindlichkeiten.

Die Berechnung der Personalaufwandsquote erfolgte analog der Vorjahre unter Beachtung des erweiterten Umsatzbegriffes nach § 275 Abs. 2 Nr. 1 - 3 HGB (Gesamtleistung). Gesellschafterzuschüsse oder anderweitige öffentliche Einnahmen waren demnach nicht zu berücksichtigen, jedoch alle Leistungen, die mit dem operativen Geschäft erzielt wurden. Bei der Berechnung der Personalaufwandsquote fanden Fremdfinanzierungen (Arbeitnehmerförderung) sowie Zuschüsse der öffentlichen Hand keine Berücksichtigung. Vor diesem Hintergrund und der personalintensiven Branchen Medizin und Nahverkehr erklären sich die relativ hohen Personalaufwandsquoten der RVS (130 %) und der KDS (59 %). Die WRL und auch die Naturwelt erzielten im Berichtsjahr keine Umsatzerlöse, so dass eine Personalaufwandsquote rein rechnerisch nicht ermittelbar war. Die Quote aller anderen Gesellschaften kann als angemessen bewertet werden.

Insgesamt zeigte sich, dass bei allen Gesellschaften die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, der Tätigkeit der Gesellschaften entsprechend, geordnet und stabil waren.

Wesentliche finanzielle Auswirkungen der Beteiligungsunternehmen auf den Haushalt des Landkreises Dahme-Spreewald im Jahr 2022

Im Jahr 2022 ergaben sich gegenüber dem Vorjahr Mehrausgaben in Höhe von 2,0 Mio. Euro. Insbesondere ist dies auf erhöhte Betriebskosten- und Investitionszuschüsse für die RVS in Höhe von 8,9 Mio. Euro (Vj. 7,5 Mio. Euro) sowie auf Zuschüsse an die WFG für die Übernahme von Projektmanagementaufgaben für den Landkreis zurückzuführen.

Ein Großteil der Beteiligungen wurde zur Erfüllung ihrer übertragenen Aufgaben auch im Jahr 2022 finanziell durch den Landkreis Dahme-Spreewald unterstützt. Ausnahmen bildeten die Gesellschaften: TGZ Wildau GmbH, TKW GmbH, BADC GmbH, KDS GmbH und die PD GmbH.

Insgesamt unterstützte der Landkreis im Jahr 2022 seine Beteiligungen finanziell mit 10,7 Mio. Euro (Vj. 8,7 Mio. Euro). Der höchste Betriebskostenzuschuss wurde an die RVS gezahlt. Insgesamt wurde die RVS vom Land Brandenburg und vom Landkreis Dahme-Spreewald mit 13,0 Mio. Euro (Vj. 13,9 Mio. Euro) bezuschusst.

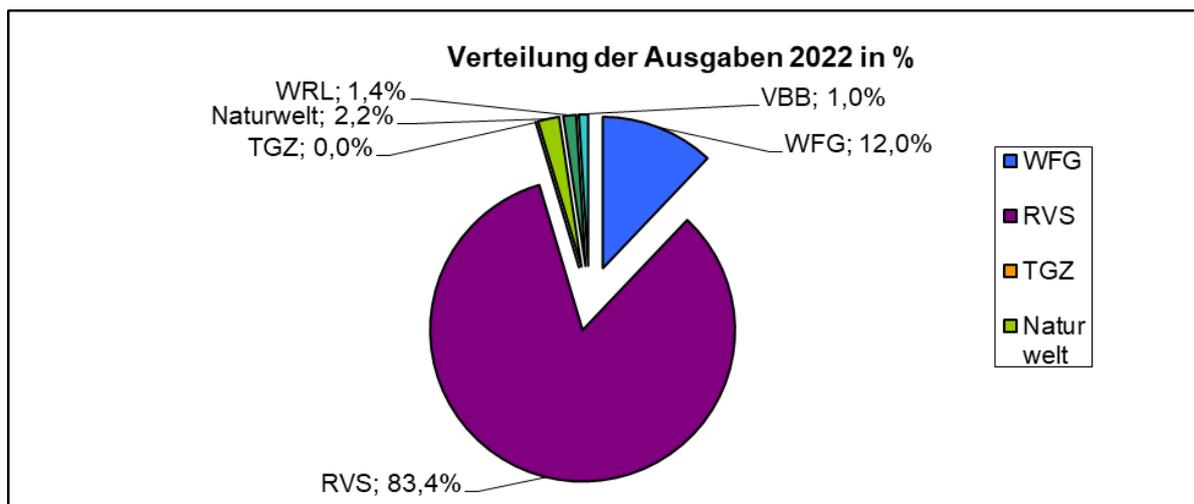
Das Halten von Geschäftsanteilen an der TKW GmbH stellt keine klassische Beteiligung im Sinne des § 92 BbgKVerf dar. Das Beteiligungsverhältnis entspricht vielmehr einer Vermögensverwaltung nach § 91 Abs. 7 BbgKVerf, da jährliche Ausschüttungen aus der Geschäftsbesorgung, der durch die TKW GmbH verwalteten Objekte generiert werden. Bei der Auszahlung handelt es sich um die erwirtschafteten Überschüsse der getrennt von der GmbH verwalteten Objekte der Eigentümergemeinschaft, bestehend aus den Landkreisen Dahme-Spreewald, Teltow-Fläming und Potsdam-Mittelmark. Die Gewinnausschüttung aus Vermietung und Verpachtung belief sich in 2022 auf 387 Tsd. Euro (Vj. 387 Tsd. Euro).

Von einer finanziellen Unterstützung des Landkreises an seine Beteiligungen ist gemäß den beschlossenen Wirtschaftsplänen weiterhin auszugehen. Mittelbedarfe fanden in den Haushaltsplanungen 2021/2022 und 2023/2024, sowie in dem Nachtragshaushalt 2024 des Landkreises Berücksichtigung. Die Gründe für die finanzielle Unterstützung sind vielfältig und liegen oftmals im kommunalen Gesellschaftszweck selbst. Auch wenn für öffentliche Güter eine hohe Nachfrage und eine Verpflichtung seitens der Kommunen auf dessen Erfüllung besteht, bedürfen diese oftmals mangels Profitabilität finanzieller Unterstützung der öffentlichen Hand, zumal eine Privatisierung die Einflussnahme auf die sozialen Rahmenbedingungen über die Erfüllung der originären öffentlichen Aufgabe erheblich einschränkt. Unabhängig davon sind die kommunalen Unternehmen gemäß § 92 Abs. 4 BbgKVerf zum profitablen Wirtschaften angehalten.

Ein weiterer Grund für den eingeschränkten Beitrag zur Haushaltskonsolidierung sind die hohen Kreditbelastungen aufgrund getätigter Investitionen in geschaffene Infrastruktur und den damit verbundenen Abschreibungsaufwendungen (WFG mbH, TGZ Wildau GmbH). Auch Risiken aus der Generierung von Fördermitteln zur Finanzierung von Projekten und damit verbundene Chancen (WRL GmbH, Naturwelt Lieberoser Heide GmbH) beeinflussen den Erfolg der kommunalen Unternehmen.

Nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die Haushaltsbelastungen und –entlastungen der wirtschaftlichen Beteiligungen des Landkreises in 2022.

Beteiligungen	Leistungs- und Finanzbeziehung	Einnahmen in Tsd. Euro	Ausgaben in Tsd. Euro
WFG	Betriebskostenzuschuss	0,0	823,4
	Projektmittel KKP	0,0	0,2
	Projektmittel PTU	0,0	84,3
	Kapitalzuführung	0,0	0,0
	Dienstleistungsvertrag Breitband	0,0	59,5
	Projektmanagement dahme_innovation	0,0	229,7
	Projektmanagement foodChain	0,0	63,8
	Projektmanagement SmarteLandregion	0,0	32,4
RVS	Betriebskosten- und Investitionszuschüsse	0,0	8.948,0
	Verlustausgleich	0,0	0,0
KDS	keine Finanzbeziehung	0,0	0,0
TGZ	Übernahme Darlehen (Begleichung Kapitaldienst)	0,0	0,0
TKW	Gewinnausschüttungen aus Vermietung und Verpachtung	387,0	0,0
	Veräußerung aus dem Teltowvermögen		0,0
Naturwelt	Betriebskostenzuschuss	0,0	241,0
WRL	Betriebskostenzuschuss	0,0	147,0
	Projektmittel (STARK Eigenanteil)	0,0	
BADC	Betriebskostenzuschuss	0,0	0,0
VBB	Betriebskostenzuschuss	0,0	105,0
PD	keine Finanzbeziehung	0,0	0,0
Einnahmen/Ausgaben insgesamt	liquide Haushaltsauswirkung für den LDS im Jahr 2022	387,0	10.734,3





Regionale Verkehrsgesellschaft Dahme-Spreewald mbH

Geschäftsleitung / Niederlassung Luckau	Niederlassung Mittenwalde
Nissanstraße 7	Gewerbestraße 1
15926 Luckau	15749 Mittenwalde
Tel.: +49 (0) 3544 / 5001-0	+49 (0) 33764 / 873-0
Fax: +49 (0) 3544 / 5001-15	+49 (0) 33764 / 873-15
E-Mail: info@rvs-lds.de	www.rvs-lds.de



	2022	2021	2020
Stammkapital in Euro	1.035.366,06	1.035.366,06	1.035.366,06
Beteiligung des LDS in %	100	100	100
Beteiligung des LDS in EUR	1.035.366,06	1.035.366,06	1.035.366,06
Datum der Gründung	01.07.1991		
aktueller Gesellschaftsvertrag	10.12.2012		
Gegenstand des Unternehmens	<p>Organisation und Durchführung des Linienverkehrs nach dem Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr im Land Brandenburg (ÖPNV-Gesetz). Sicherstellung einer ausreichenden Bedienung der Bevölkerung mit Verkehrsleistungen im öffentlichen Straßenpersonennahverkehr als Aufgabe der Daseinsvorsorge für den Gesellschafter als Aufgabenträger. Grundlage ist der Nahverkehrsplan des Gesellschafters in der jeweils gültigen Fassung. Die Gesellschaft ist Inhaber der Liniengenehmigungen. Durchführung von Leistungen nach dem Personenbeförderungsgesetz (§ 42 PBefG) und Sonderformen des Linienverkehrs (§ 43 PBefG).</p>		
Öffentlicher Zweck	<p>Der Landkreis ist gemäß § 122 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) verpflichtet, die wirtschaftliche Entwicklung seines Gebietes zu fördern. Mit Beschluss des Kreistages vom 23.10.2013 wurde die Erfüllung des öffentlichen Zwecks gemäß den Voraussetzungen über die wirtschaftliche Betätigung nach § 91 BbgKVerf bestätigt. Der Anlage 2 zum Beteiligungsbericht 2022 ist der fristgerechte Nachweis (alle 10 Jahre) über die fortlaufende Erfüllung des öffentlichen Zwecks nach den Voraussetzungen des § 91 Abs. 6 BbgKVerf zu entnehmen.</p>		
Organe der Gesellschaft	<p><u>Geschäftsführer:</u> Herr Siegfried Richter</p> <p><u>Gesellschafterversammlung:</u> Zu Beginn der neuen Wahlperiode des Kreistages des Landkreises Dahme-Spreewald im Jahr 2019 wurde die Bestellung von Vertretern des Landkreises in wirtschaftlichen Unternehmen, Zweckverbänden und sonstigen Einrichtungen neu beschlossen. Aus diesem Grund sind in diesem Beteiligungsbericht die Vertreterbestellungen in der Anlage 1 separat dargestellt.</p>		
Beschäftigte	256		

Bilanz der RVS

Bilanz zum		31.12.2022 in Euro	31.12.2021 in Euro	31.12.2020 in Euro
Aktiva				
A.	Anlagevermögen	16.549.550	17.322.241	13.201.544
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	34.045	63.623	23.088
1.	Konzessionen, gewerbl. Schutzrechte u. ähnliche Rechte sowie Lizenzen an solchen Rechten u. Werten	34.045	63.623	23.088
II.	Sachanlagen	16.515.505	17.258.618	13.178.456
1.	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschl. Bauten auf fremden Grundstücken	1.011.651	1.090.586	1.194.491
2.	Fahrzeuge für Personenverkehr	13.319.729	14.025.563	10.602.287
3.	andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.133.504	361.695	392.771
4.	geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	50.621	1.780.774	988.907
III.	Finanzanlagen	0	0	0
1.	Anteile an verbundenen Unternehmen	0	0	0
B.	Umlaufvermögen	3.450.666	3.758.277	4.266.368
I.	Vorräte	345.292	275.737	200.396
1.	Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	345.292	275.737	200.396
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.803.712	2.259.683	2.083.192
1.	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	743.730	665.123	523.382
2.	Forderungen gegen verbundene Unternehmen	0	0	0
3.	Sonstige Vermögensgegenstände	1.059.982	1.594.560	1.559.810
III.	Kassenbestand, Guthaben b. Kreditinstituten u. Schecks	1.301.661	1.222.857	1.982.780
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	86.337	75.486	66.307
	Bilanzsumme	20.086.552	21.156.004	17.534.219
Passiva				
A.	Eigenkapital	9.885.078	10.224.601	10.417.345
I.	Gezeichnetes Kapital	1.035.366	1.035.366	1.035.366
II.	Kapitalrücklage	4.661.163	4.661.163	4.661.163
III.	Gewinnrücklagen	4.528.072	4.720.816	4.701.323
1.	Sonderrücklage gemäß § 27 Abs. 2 DMBILG	2.393.428	2.586.173	2.566.679
2.	Sonderverlustrücklage gemäß § 17 Abs. 4 DMBILG	2.030.264	2.030.264	2.030.264
3.	Andere Gewinnrücklagen	104.379	104.379	104.379
V.	Bilanzgewinn / Bilanzverlust	-339.523	-192.745	19.494
B.	Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen	6.075.724	6.333.301	4.132.102
C.	Rückstellungen	1.360.217	1.505.599	1.850.517
1.	Steuerrückstellungen	77.624	184.000	357.000
2.	Sonstige Rückstellungen	1.282.593	1.321.599	1.493.517
D.	Verbindlichkeiten	2.591.916	2.947.976	1.034.191
1.	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.606.165	1.583.757	0
2.	Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	0	0	0
3.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	918.197	906.683	936.953
4.	Verbindlichkeiten gegenüber verbund. Unternehmen	0	0	0
5.	Sonstige Verbindlichkeiten	67.554	457.535	97.238
E.	Rechnungsabgrenzungsposten	173.618	144.527	100.064
	Bilanzsumme	20.086.552	21.156.004	17.534.219

Erläuterungen zu Positionen der Bilanz

Das Anlagevermögen - hier hauptsächlich das Sachanlagevermögen, hat sich im Berichtsjahr um 743 Tsd. Euro auf 16,5 Mio. Euro vermindert. Dies resultierte insbesondere aus den planmäßigen Abschreibungen (1,74 Mio. Euro) und Anlagenabgängen, welche die Zugänge von 1,0 Mio. Euro mit 742 Tsd. Euro übersteigen. Die Anschaffungen betreffen im Geschäftsjahr vor allem zwei neue Kraftomnibusse für den Personenverkehr für den Betriebshof in Mittenwalde (786 Tsd. Euro), welche vom Gesellschafter mit 200 Tsd. Euro bezuschusst wurden.

Die geleisteten Anzahlungen und Anlagen im Bau (-1,7 Mio. Euro, 51 Tsd. Euro) betreffen die Ingenieurarbeiten an den Heizungsanlagen Luckau und Lübben. Im Berichtsjahr erfolgte die Fertigstellung des Einbaus der neuen Bordrechner. Die Anschaffungskosten wurden in voller Höhe umgebucht (1,8 Mio. Euro).

Die Erhöhung des Vorratsbestandes um 70 Tsd. Euro auf 345 Tsd. Euro resultierte vor allem aus höheren Beständen an Dieselmotoren auf Grund der stark gestiegenen Preise. Die Änderungen waren stichtagsbedingt.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände verringerten sich im Saldo stichtagsbedingt um 457 Tsd. Euro auf 1,8 Mio. Euro. Der Rückgang resultierte mit 535 Tsd. Euro aus den sonstigen Vermögensgegenständen. Diese fielen stichtagsbedingt wegen geringeren Forderungen gegenüber dem Finanzamt niedriger aus. Die Umsatzerstattung war im Vorjahr auf Grund des Erwerbs einiger Kraftomnibusse ungewöhnlich hoch. Gegenläufig bestehen im Berichtsjahr höhere Forderungen gegenüber der Autoschadenausgleich Deutscher Gemeinden und Gemeindeverbände +126 Tsd. Euro und aus dem ÖPNV-Rettungsschirm (+117 Tsd. Euro). Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen haben sich stichtagsbedingt um +79 Tsd. Euro erhöht.

Die liquiden Mittel erhöhten sich im Berichtsjahr um 79 Tsd. Euro auf 1,3 Mio. Euro. Dies resultierte aus dem positiven Cash Flow aus der Geschäftstätigkeit (+815 Tsd. Euro) und der Aufnahme eines Kredites (218 Tsd. Euro) womit die Nettoinvestitionen (758 Tsd. Euro) und die Tilgungen (196 Tsd. Euro) finanziert werden konnten.

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten (86 Tsd. Euro) betraf im Jahr 2022 gezahlte Inventar-, Elektro- und Gebäudeversicherungen (53 Tsd. Euro), Kosten für die Nutzung von Microsoft (10 Tsd. Euro) sowie Wartungs-, Lizenz- und Rundfunkgebühren über den Stichtag hinaus.

Das Eigenkapital verringerte sich auf 9,9 Mio. Euro. Begründet wurde dies durch den Jahresfehlbetrag in Höhe von 340 Tsd. Euro, der im Berichtsjahr dem Eigenkapital/Gewinnrücklage entnommen wurde.

In der Position Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen sind die Zuschüsse des Gesellschafters für Investitionen abgebildet worden. Im Berichtsjahr betrug er 6,1 Mio. Euro (Vj. 6,3 Mio. Euro) und wurde für die Anschaffung von zwei Bussen (202 Tsd. Euro) gebildet. Die Auflösung des Sonderpostens erfolgt über die Nutzungsdauer der geförderten Gegenstände.

Die Bilanzposition Rückstellungen hat sich um 145 Tsd. Euro auf 1,4 Mio. Euro reduziert. Darin enthalten waren Steuerrückstellungen (-106 Tsd. Euro, 78 Tsd. Euro). Die Steuerrückstellungen betrafen im Vorjahr die sich aus den Betriebsprüfungen der Jahre 2014 bis 2021 ergebenden avisierten Steuernachzahlungen zur Körperschaft- und Gewerbesteuer, welche anhand der durchschnittlichen Steuernachzahlungen der Betriebsprüfungen 2010 bis 2013 geschätzt wurden. Im Dezember des Berichtsjahres ergingen nunmehr die Körperschaftsteuer- und Gewerbesteuerbescheide für die Jahre 2014 bis 2017. Die gesamte Inanspruchnahme betrug ausweislich der Bescheide 123 Tsd. Euro. Die steuerliche Belastung inklusive Zinsen für die Jahre 2018 bis 2021 wurde anhand der vorliegenden Trennungsrechnungen mit 65 Tsd. Euro ermittelt. Die Nachzahlungen für 2022 wurde anhand der Zahlen des Vorjahres mit 12 Tsd. Euro vorläufig ermittelt.

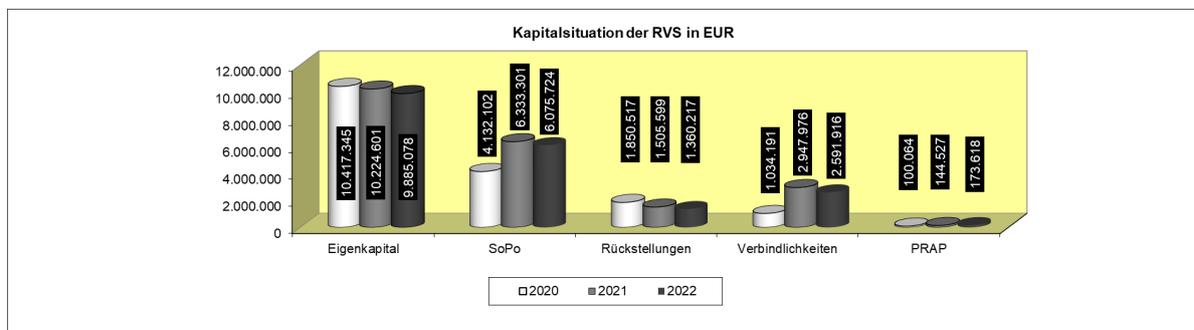
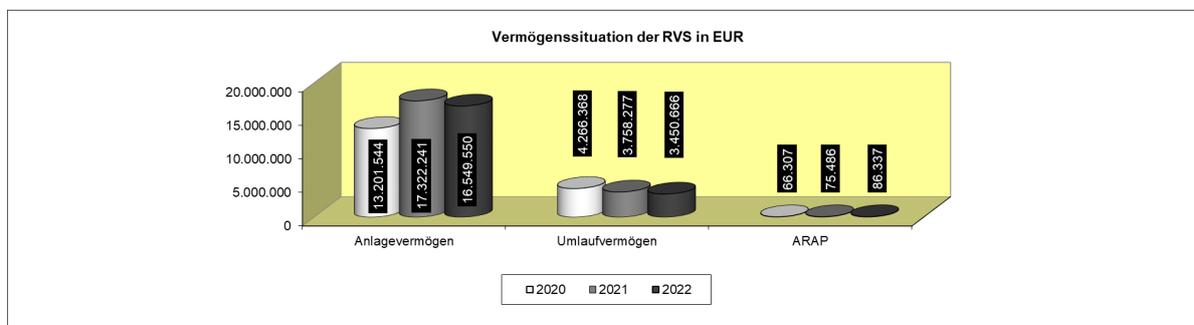
Die sonstigen Rückstellungen verminderten sich um 39 Tsd. Euro auf 1,3 Mio. Euro. Die Position beinhaltete u.a. die Rückstellungen für die Einnahmenaufteilung des bilateralen Schülerverkehrs (117 Tsd. Euro), die Umlageforderungen des Haftpflichtverbandes öffentlicher Verkehrsbetrieb HÖV (547 Tsd. Euro), Urlaubs- und Überstundenrückstellungen (229 Tsd. Euro) und weitere Personalrückstellungen (84 Tsd. Euro) sowie die Umlage für den Autoschadenausgleich (152 Tsd. Euro). Im Berichtsjahr erfolgte keine Rückstellung für die VBB-Einnahmenaufteilung Pool Berlin.

Die Kreditverbindlichkeiten betragen zum 31.12.2022 1,61 Mio. Euro (Vj. 1,58 Mio. Euro). Es betrifft zwei Darlehen, die in den Jahren 2021 und 2022 für die Finanzierung der Busse aufgenommen wurden.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (+11 Tsd. Euro, 918 Tsd. Euro) waren stichtagsbedingt und betrafen im Jahr 2022 hauptsächlich Verbindlichkeiten für Subunternehmer (220 Tsd. Euro), Verbindlichkeiten für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe (361 Tsd. Euro, Material und Kraftstoffe) sowie sonstige Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Zusammenhang mit dem bilateralen Schülerverkehr für die Jahre 2019 bis 2021 (211 Tsd. Euro).

Unter den sonstigen Verbindlichkeiten (-390 Tsd. Euro; 68 Tsd. Euro) wurden vor allem offene Lohn- und Gehaltszahlungen sowie Provisionen ausgewiesen. Den größten Anteil dabei bildeten die Verbindlichkeiten aus der Gewerbesteuer für die Jahre 2014 bis 2017 (30 Tsd. Euro). Die starke Reduzierung in der Position resultierte daher, dass im Vorjahr die ausstehende Zahlung an die anderen Verkehrsunternehmen im Rahmen der Abwicklung des Semestertickets für die TH Wildau mit 357 Tsd. Euro ausgewiesen war. Im Berichtsjahr waren noch keine weiterzuleitenden Gelder geflossen.

In der Position passive Rechnungsabgrenzungsposten (+29 Tsd. Euro, 174 Tsd. Euro) wurden Einnahmen aus Jahresfahrkarten (13 Tsd. Euro), aus dem Azubi Ticket (151 Tsd. Euro), aus dem Senioren-Aboticket (3 Tsd. Euro) und Firmentickets (7 Tsd. Euro) ausgewiesen.



Gewinn- und Verlustrechnung der RVS

Gewinn- und Verlustrechnung zum		31.12.2022 in Euro	31.12.2021 in Euro	31.12.2020 in Euro
1.	Umsatzerlöse	6.359.761	6.944.177	6.937.319
2.	Sonstige betriebliche Erträge	16.585.473	12.745.748	11.067.675
3.	Materialaufwand	-8.218.794	-6.522.592	-5.614.925
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-5.023.513	-3.545.469	-2.933.663
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-3.195.281	-2.977.124	-2.681.261
	Rohergebnis	14.726.440	13.167.333	12.390.069
4.	Personalaufwand	-11.617.589	-10.438.224	-9.553.178
	a) Löhne und Gehälter	-9.359.037	-8.401.054	-7.726.530
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-2.258.551	-2.037.170	-1.826.649
5.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-1.774.438	-1.580.793	-1.450.882
6.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.634.807	-1.391.040	-1.396.228
	Betriebsergebnis	-300.393	-242.725	-10.219
7.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	72	77	1.571
8.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-10.408	-3.284	-3.276
9.	Erträge aus Beteiligungen	0	0	0
	Finanzergebnis	-10.335	-3.207	-1.706
10.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-310.729	-245.932	-11.925
11.	Außerordentliche Erträge	0	0	0
12.	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0
13.	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0
14.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-16.982	65.000	43.000
15.	Ergebnis nach Steuern	-327.710	-180.932	31.075
16.	Sonstige Steuern	-11.813	-11.813	-11.582
17.	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-339.523	-192.745	19.494

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Umsatzerlöse haben sich im Berichtsjahr um 584 Tsd. Euro auf 6,4 Mio. Euro reduziert. Dies war begründet aus der temporären Einführung des 9-Euro-Tickets in den Monaten Juni bis August 2022. Die geschätzten Einnahmeausfälle in diesem Zeitraum betragen 1,0 Mio. Euro. Gegenläufig konnte die Rückstellung für Zahlungen aus dem bilateralen Schülerverkehr aufgelöst werden (+206 Tsd. Euro). Im Vergleich zum Vorjahr konnten insgesamt wiederum positive Effekte durch das Auslaufen der COVID-19 Pandemie festgestellt werden, was in einer Umsatzsteigerung außerhalb der Monate der Gültigkeit des 9-Euro-Tickets resultierte.

Die sonstigen betrieblichen Erträge waren im Berichtsjahr um 3,8 Mio. Euro auf 16,6 Mio. Euro gestiegen. Die Erhöhung resultierte hauptsächlich aus der erhöhten Ausgleichsleistung des Gesellschafters (14,0 Mio. Euro, Vj. 11,2 Mio. Euro). Weiterhin erhielt die RVS 883 Tsd. Euro höhere Erstattungen aus dem ÖPNV-Rettungsschirm auf Grund des Ausgleichs des Verlustes aus der temporären Einführung des 9-Euro-Tickets sowie für den pandemiebedingten Schaden. Die Erträge aus der Auflösung der Sonderposten fielen durch die Fertigstellung des Einbaus der neuen Bordrechner und der gleichzeitigen Passivierung der erhaltenen Zuschüsse um 142 Tsd. Euro höher aus.

Die Erhöhung des Materialaufwands um 1,7 Mio. Euro auf 8,2 Mio. Euro erfolgte insbesondere durch den gestiegenen Materialverbrauch für Dieselkraftstoff (+1,3 Mio. Euro, 4,0 Mio. Euro), die gestiegenen Aufwendungen für bezogene Leistungen (Nachauftragnehmer) (+91 Tsd. Euro, 2,9 Mio. Euro) sowie die Einführung des Rufbusses R466 (+81 Tsd. Euro; 0 Euro).

Die gestiegenen Personalkosten (+1,2 Mio. Euro; 11,6 Mio. Euro) resultierten vor allem aus der Erhöhung der durchschnittlichen Anzahl der Mitarbeiter von 249 auf 256 im Berichtsjahr. Weiterhin wurde eine Tarifierungsanpassung zum 01.03.2022 um ca. 2 % und ab 01.10.2022 um weitere ca. 2 % umgesetzt. Des Weiteren wurde die Sonderzahlung (Urlaubsgeld) für Anwesenheitstage von 1 Euro auf 3 Euro angehoben.

Im Berichtsjahr wurden planmäßige Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen in Höhe von 1,8 Mio. Euro vorgenommen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen haben sich im Berichtsjahr um 244 Tsd. Euro auf 1,6 Mio. Euro erhöht. Die Erhöhung resultierte aus gestiegenen Kosten für den sonstigen Betriebsbedarf (+39 Tsd. Euro) wegen gestiegener Kosten für AdBlue, höhere Schadenersatzzahlungen auf Grund Busunfälle (+83 Tsd. Euro) sowie höheren Reparaturkosten (+30 Tsd. Euro) und gestiegenen Wartungskosten der Betriebs- und Geschäftsausstattung (+48 Tsd. Euro).

Die Zinsen und ähnlichen Aufwendungen erhöhten sich im Berichtsjahr um 7,1 Tsd. Euro auf 10,4 Tsd. Euro. Sie betrafen hauptsächlich die Kreditzinsen (10,0 Tsd. Euro, Vj. 1,9 Tsd. Euro).

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag betragen 17 Tsd. Euro. Ausgewiesen wurde der vorläufig für das Berichtsjahr ermittelte Aufwand aus Körperschaftsteuer, Solidaritätszuschlag und Gewerbesteuer.

Die Position sonstige Steuern (12 Tsd. Euro) betraf im Berichtsjahr die Grundsteuer (9 Tsd. Euro) und die Kfz-Steuer (3 Tsd. Euro).

Analysedaten

Die Anlagenintensität blieb unverändert im Vergleich zum Vorjahr und betrug weiterhin 82 %. Begründet war dies durch die Reduzierungen des Anlagevermögens (-743 Tsd. Euro auf 16,5 Mio. Euro; Sachanlagen – Fahrzeuge für den Personenverkehr) und des Gesamtvermögens der Gesellschaft (-1,1 Mio. Euro auf 20,1 Mio. Euro). Danach sind 82 % des Gesamtkapitals im Anlagevermögen gebunden.

Die Eigenkapitalquote erhöhte sich um einen Prozentpunkt auf 49 %. Ursächlich hierbei war die geringe Reduzierung des Eigenkapitals um 340 Tsd. Euro auf 9,9 Mio. Euro und die starke Reduzierung des Gesamtvermögens der Gesellschaft (-1,1 Mio. Euro auf 20,1 Mio. Euro).

Berücksichtigt man die Bilanzposition Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen (6,1 Mio. Euro, Vj. 6,3 Mio. Euro), so war ein leichter Anstieg der Eigenkapitalquote mit Sonderposten von 78 % auf 79 % im Berichtsjahr zu verzeichnen. Die hohe Eigenkapitalquote lässt die Unabhängigkeit und die finanzielle Sicherheit des Unternehmens erkennen.

Bedingt durch die Anschaffung von nur zwei neuen Kraftomnibussen (Zugänge 802 Tsd. Euro) und die hohen Abschreibungen (1,5 Mio. Euro) im Berichtsjahr reduzierte sich die Bilanzposition Fahrzeuge für den Personenverkehr im Ergebnis um 706 Tsd. Euro auf 13,3 Mio. Euro. Das Eigenkapital plus der Sonderposten für Zuschüsse reduzierte sich ebenfalls gegenüber dem Vorjahr um 597 Tsd. Euro auf 15,96 Mio. Euro. Da die Busbeschaffung seit dem Berichtsjahr 2021 anteilig durch ein Darlehen finanziert wurde, werden im Jahresabschluss Kreditverbindlichkeiten (1,61 Mio. Euro, Vj. 1,58 Mio. Euro) ausgewiesen. Folglich erhöhte sich die Anlagendeckung II leicht um einen Prozentpunkt auf 106 %. Mit der Kennzahl wird deutlich, dass das gesamte Anlagevermögen durch das langfristig vorhandene Kapital gedeckt ist.

Die Zinsaufwandsquote betrug unverändert 0 %. Diese Kennzahl gibt die Zinsaufwendungen eines Unternehmens in Relation zu seinen erzielten Umsatzerlösen an. In der Position Zinsen und ähnliche Aufwendungen wurden der Zinsaufwand aus der Abzinsung von Rückstellungen und die Zinsen für ähnliche Aufwendungen (0,4 Tsd. Euro) sowie die Kreditzinsen (10,0 Tsd. Euro) abgebildet. In den letzten fünf Berichtsjahren war dieser sehr gering im Verhältnis zu den Umsatzerlösen (6,4 Mio. Euro, Vj. 6,9 Mio. Euro), daher betrug die Kennzahl 0 %.

Auf Grund der im Vergleich zum Vorjahr reduzierten sonstigen Vermögensgegenständen (-535 Tsd. Euro auf 1,1 Mio. Euro) und im Vergleich zum Vorjahr ebenfalls gesunkenen kurzfristigen Verbindlichkeiten sowie Rückstellungen von insgesamt 2,3 Mio. Euro (Vj. 2,9 Mio. Euro) war die Liquidität 3. Grades von 116 % auf 123 % gestiegen. Die Zahlungsfähigkeit des Unternehmens war im Berichtsjahr und ist auch zukünftig gegeben.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit betrug zum Stichtag 815 Tsd. Euro (Vj. 836 Tsd. Euro).

Der Zahlungsmittelbestand hat sich am Ende der Periode um 79 Tsd. Euro auf 1,3 Mio. Euro (Vj. 1,2 Mio. Euro) erhöht.

Die Eigenkapitalrentabilität betrug -3,43 %. Die Kennzahl bringt die Verzinsung des eingesetzten Kapitals durch seinen Einsatz im Unternehmen zum Ausdruck. Die Kennzahl war auf Grund des Jahresfehlbetrages (340 Tsd. Euro) und der Reduzierung des Eigenkapitals auf 9,89 Mio. Euro erneut negativ.

Die Gesamtkapitalrentabilität betrug im Berichtsjahr -1,64 %. Dies war begründet durch den Jahresfehlbetrag in Höhe von 340 Tsd. Euro und der Reduzierung des Gesamtvermögens der Gesellschaft (-1,1 Mio. Euro auf 20,1 Mio. Euro). Die Kennzahl gibt die Verzinsung des im Unternehmen investierten Kapitals an.

Die Personalaufwandsquote erhöhte sich um 7 Prozentpunkte auf 130 %. Ausschlaggebend hierfür war der Anstieg der Personalaufwendungen um 1,2 Mio. Euro auf 11,6 Mio. Euro (Erhöhung der Anzahl der Mitarbeiter, Tarifsteigerungen) gegenüber dem Vorjahr. Im Verhältnis stieg die Gesamtleistung (z. B. geringe Umsatzerlöse durch das 9-Euro-Ticket) nicht so stark (+487 Tsd. Euro auf 8,96 Mio. Euro) wie die Personalaufwendungen. Von den Gesamterlösen werden demnach 130 % durch Personalaufwand aufgezehrt.

Kennzahl	2022	2021	2020
Vermögens- und Kapitalstruktur			
Anlagenintensität	82%	82%	75%
Eigenkapitalquote (ohne Sonderposten)	49%	48%	59%
Eigenkapitalquote (mit Sonderposten)	79%	78%	83%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0 Euro	0 Euro	0 Euro
Finanzierung und Liquidität			
Anlagendeckung II	106%	105%	110%
Zinsaufwandsquote	0%	0%	0%
Liquidität 3. Grades	123%	116%	143%
Cashflow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	815 Tsd. Euro	836 Tsd. Euro	-155 Tsd. Euro
Rentabilität und Geschäftserfolg			
Eigenkapitalrentabilität	-3,43%	0%	0,19%
Gesamtkapitalrentabilität	-1,64%	0%	0,13%
Umsatz	6,4 Mio. Euro	6,9 Mio. Euro	6,9 Mio. Euro
Gesamtleistung	8,95 Mio. Euro	8,5 Mio. Euro	8,5 Mio. Euro
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	-340 Tsd. Euro	-193 Tsd. Euro	19 Tsd. Euro
Personalbestand			
Personalaufwandsquote (im Verhältnis zur Gesamtleistung)	130%	123%	112%
Anzahl der Mitarbeiter	256	249	238

Geschäftsverlauf 2022

Der öffentlich-rechtliche Dienstleistungsauftrag zwischen dem Landkreis Dahme-Spreewald und der RVS über die Durchführung des öffentlichen Personennahverkehrs mit Bussen im Landkreis Dahme-Spreewald (ÖDA) für den Zeitraum vom 01.01.2017 bis 31.12.2026 wurde im Dezember 2016 auf der Grundlage des Kreistagsbeschlusses 2016/122 unterzeichnet. Mit dem Dienstleistungsauftrag stellt der Landkreis Dahme-Spreewald auch weiterhin eine ausreichende Verkehrsbedienug im Kreisgebiet sicher. Der ÖDA wurde in der Kreistagssitzung am 28.09.2022 (KT Beschluss Nr. 2022/079) bis zum 31.12.2031 verlängert. Neben der Laufzeitverlängerung um 5 Jahre wurden auch die Regelungen zu Investitionskostenzuschüssen überarbeitet.

Die RVS erzielte in 2022 Erlöse (ohne Innenumsatz) in Höhe von 22,9 Mio. Euro (Vj. 19,7 Mio. Euro). Die Gesamtkosten (ohne Innenaufwand) betragen vor Zinsen und Steuern 23,2 Mio. Euro (Vj. 19,9 Mio. Euro). Die RVS beendete das Geschäftsjahr mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 339.523,30 Euro. (Vj. -192.744,53 Euro). Der Kostendeckungsgrad der RVS betrug vor Zinsen und Steuern und ohne die Mittel zur Förderung von Verkehrsleistungen 38,3 % (Vj. 42,2 %).

Im Jahr 2022 erfolgte keine Anpassung der Fahrausweistarife. Vom 01.06.2022 bis zum 31.08.2022 wurde im öffentlichen Personenverkehr das bundesweit gültige 9-Euro-Ticket angeboten.

Im Jahr 2020 wurde durch den Aufgabenträger die Erarbeitung eines neuen Nahverkehrsplans für den übrigen ÖPNV des Landkreises Dahme-Spreewald 2021–2025 beauftragt. Eine umfassende Beteiligung der Bürger und Bürgerinnen, Städte, Gemeinden, benachbarten Aufgabenträgern und des VBB erfolgte hierbei auch. Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 16.12.2020 diesen beschlossen. Im Berichtsjahr wurden Maßnahmen umgesetzt, die in dem neuen Nahverkehrsplan verankert sind. Dies betraf die folgenden Angebotsausweitungen im Netz der RVS:

1. ÖPNV-Erschließung des Gewerbegebietes Möllenberg und des Industriegebietes Liepnitzenberg in Königs Wusterhausen
2. Flächenrufbus R466 im Bereich Luckau – Golßen – Dahme/Mark
3. Neustrukturierung des Netzes Mittenwalde
4. Anbindung der Gemeinschaftsunterkunft Massow
5. Verknüpfung am Bahnhof Luckau-Uckro
6. Inbetriebnahme der Haltestelle Lübben (Spreewald), Friedrich-Ludwig-Jahn-Straße

Im Berichtsjahr zeigte sich, dass über alle Leistungsarten im Vergleich zum Vorjahr 219.159 Wgkm (+2,4 %) mehr gefahren wurden (9.252.405 Wgkm; Vj. 9.033.246 Wgkm). Mehrkilometer ergaben sich zusätzlich auch durch Umleitungsverkehre wegen Straßen- und Brückenbaustellen.

Im Linienverkehr erhöhte sich die Anzahl der beförderten Personen zum Vorjahr auf 7.265.382 Personen – dies entsprach einem Zuwachs um 12,2 % bzw. um +789.257 Personen (Vj. -10,9 %, +643.705). Im Geschäftsjahr wurden auf insgesamt 53 Linien 1.001 Haltestellen bedient.

Auch in 2022 mussten weitere Leistungen an Subunternehmer vergeben werden, um alle Fahrten gewährleisten zu können. Im Berichtsjahr stiegen dadurch die Aufwendungen für fremde Beförderungskosten für Nachauftragnehmer um 91,3 Tsd. Euro (+3,4 %) auf 2,9 Mio. Euro.

Gemäß dem ÖDA darf die Vergabe an Nachauftragnehmer maximal ein Drittel der öffentlichen Verkehrsdienste betragen. In 2022 wurden 1.653 T Fahrplankm/Nutzwagen km durch Subunternehmer gefahren, das entsprach 20,0 % der Gesamtfahrplankilometer (Vj. 1.751,7 T Fahrplankm/Nutzwagen km \pm 22,0 %).

Im Jahr 2016 fand eine verbundweite Verkehrserhebung statt, welche die Grundlage der VBB-Einnahmenaufteilung für die Jahre 2016 bis 2021 bildet. Die Einnahmenaufteilung für das Jahr 2021 wurde im Berichtsjahr abgeschlossen. Die RVS erhielt eine Erstattung von ca. 102 Tsd. Euro. Die Einnahmenaufteilung für das Jahr 2022 wird im Jahr 2023 abgeschlossen. Eine Rückstellung hierzu wurde nicht gebildet.

Die Vergütung der Beschäftigten erfolgt seit 01.01.2008 nach dem Tarifvertrag Nahverkehr Brandenburg (TV-N-BRB). Der TV-N BRB hat bundesweit das niedrigste Einkommensniveau aller Nahverkehrstarifverträge. Seit dem 01.04.2019 wirkt der siebte Änderungstarifvertrag des TV-N BRB, vom 14.02.2019. Nach vorangegangenen Verhandlungen einigten sich die Tarifparteien im November 2020

auf einen neuen Tarifvertrag. Im Berichtsjahr und im Folgejahr wurden/werden folgende Tarifierpassungen umgesetzt:

- ab März 2022 um weitere 2,0 %,
- ab März 2023 weiter auf die entsprechenden Werte (100 %) der Entgelttabelle des TV-N Berlin (Stand November 2020) und ab September 2023 linear um weitere 1,5 %

Darüber hinaus wurden auch Corona-Sonderzahlungen (für alle Beschäftigte 600 Euro) und die Erhöhung des Grundurlaubs in den ersten vier Jahren von 26 auf 28 Tage beschlossen. Der achte Änderungsstarifvertrag des TV-N BRB endet zum 31.12.2023.

Die RVS hatte im Berichtsjahr 256 Beschäftigte (Vj. 249). Die Personalaufwendungen beliefen sich auf insgesamt 11.617.588,53 Euro (+1.179.364,29 Euro; Vj. 10.438.224,24 Euro).

Im Jahr 2022 wurden 20 Niederflerbusse bestellt, aber nur zwei davon konnten geliefert werden. Die Nettoinvestitionskosten betragen 786 Tsd. Euro. Es wurden Fördermittel in Höhe von 200 Tsd. Euro vom Aufgabenträger für die Businvestition zur Verfügung gestellt. Die Lieferung der restlichen 18 Busse erfolgte im Jahr 2023. Durchschnittlich waren im Berichtsjahr 145 (Vj. 149) Omnibusse im Bestand. Im Geschäftsjahr wurden sechs Busse ausgesondert.

Die Covid-19-Pandemie hat auch im Jahr 2022 Einfluss auf den Geschäftsverlauf der RVS gehabt. Trotzdem die Ausfallzeiten durch Erkrankung und Quarantäne im Mittel kurz waren, konnten personalbedingte Fahrtausfälle nicht immer vollständig vermieden werden.

Die sogenannten Billigkeitsleistungen zum Ausgleich von Schäden im ÖPNV im Zusammenhang mit dem Ausbruch von Covid-19 und dem temporär eingeführten 9-Euro-Ticket (ÖPNV Rettungsschirm 2022) wurde vom LDS am 16.09.2022 beantragt. VBB und RVS hatten einen diesbezüglichen Gesamtschaden von 1,5 Mio. Euro für die RVS errechnet. Davon wurden 718 Tsd. Euro vorab ausgezahlt. Die Auszahlung der verbleibenden 740 Tsd. Euro seitens des Landesamtes für Bauen und Verkehr erfolgte im November 2022. Die Billigkeitsleistungen aus dem ÖPNV Rettungsschirm 2022 sollen im Jahr 2024 endabgerechnet werden.

Voraussichtliche Entwicklung, Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Betriebshoferweiterung Nord:

Im zweiten Halbjahr 2021 wurden erste Gespräche für eine mögliche Erweiterung des Betriebshofes Mittenwalde bzw. für einen Alternativstandort geführt. Die Erweiterung ist notwendig, da die Abstellfläche für die Busse auf dem Betriebshof in Mittenwalde bedingt durch den Ausbau des Fahrplanangebotes zu klein geworden ist und da im ÖPNV emissionsfreie Antriebsarten zu berücksichtigen sind.

Bei der Standortfrage des neuen Busbetriebshofes Nord wurde im Jahr 2022 ein Grundstück im Hafen Königs Wusterhausen (Gemarkung Wildau) in die Prüfung aufgenommen. In der Gesellschafterversammlung am 15.02.2023 berichtete der Geschäftsführer der RVS über den aktuellen Sachstand zum „Betriebshofneubau Nord“. Nach dem gegenwärtigen Stand und nach intensivem Austausch wurde festgelegt, dass die Maßnahmen zur Entwicklung des Betriebshofes am Hafen Königs Wusterhausen (Gemarkung Wildau) durch den Geschäftsführer nicht fortzusetzen sind.

Der Geschäftsführer sollte die Planung zur Erweiterung des Betriebshofes in Mittenwalde wiederaufnehmen bzw. auch andere geeignete Grundstücke in der Prüfung berücksichtigen. Nach einer Variantenuntersuchung sollten die Ergebnisse der Gesellschafterversammlung zur Entscheidung vorgelegt werden. Diese fand dann am 19.04.2023 statt. In Bezug auf die Beschlussfassung der letzten Gesellschafterversammlung am 15.02.2023 wurde durch den Geschäftsführer die Variantenuntersuchung möglicher Standorte des zukünftigen Betriebshofes Nord vorgestellt und dann in der Sitzung diskutiert. Im Ergebnis wurde die Erweiterung des bestehenden Standortes in Mittenwalde als wirtschaftlichste Lösung favorisiert. Ein entsprechender Umlaufbeschluss (RVS 2023_55) wurde auf den Weg gebracht. Im Zuge der Erweiterung Betriebshof Nord in Mittenwalde wird gegenwärtig der Aufstellungsbeschluss B-Plan vorbereitet. Es wird avisiert, diesen in der Stadtverordnetenversammlung ersten Halbjahr 2024 zu fassen. Die zur Schaffung des Baurechts erforderliche Genehmigung zur Umwandlung von Wald in Gewerbefläche wurde zwischenzeitlich durch den Landesbetriebs Forst Brandenburg mit Schreiben vom 06.11.2023 in Aussicht gestellt.

Umstellung Busflotte auf emissionsfreie Antriebe:

Am 11.07.2022 nahm der Geschäftsführer in Berlin Förderbescheide entgegen. Hierbei handelte es sich um eine Zuwendung für die Beschaffung von bis zu 30 Bussen im Personennahverkehr mit emissionsfreien Antrieben innerhalb des 1. Förderaufrufes gemäß der Richtlinie zur Förderung alternativer Antriebe von Bussen im Personennahverkehr des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr. Mit der Förderung geht die RVS einen großen Schritt in Richtung Umstellung der Busflotte auf emissionsfreie Antriebe.

In Umsetzung des Beschlusses 2023/010_1 des Kreistages (Strategie zur schrittweisen Umsetzung der Vorgaben des Saubere-Fahrzeuge-Beschaffungs-Gesetzes im kommunalen ÖPNV des Landkreises Dahme-Spreewald) erfolgte eine Abänderung der bestehenden Förderbescheide sowohl für die Beschaffung von Bussen mit emissionsfreien Antrieben als auch für die notwendige Infrastruktur durch den Fördermittelgeber. Die wesentlichen Änderungen betreffen die Beschaffung von batterieelektrischen Bussen (zuvor Brennstoffzellenbusse) in der Menge von nun 16 statt 30 Fahrzeugen. Die Fristsetzung für Beschaffung konnte ebenfalls angepasst werden.

Im Ergebnis der Ausschreibung der 16 batterieelektrischen Busse erhielt am 27.10.2023 die Firma BYD Company Limited den Zuschlag. Der Auftragswert beläuft sich dabei auf insgesamt 9,3 Mio. Euro. Die Lieferung der Busse soll bis zum 15.03.2025 erfolgen. Diese Investition wird vom Bundesministerium für Digitales und Verkehr mit 4,4 Mio. Euro gefördert.

Kreistagsbeschlüsse:

1. Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 10.05.2023 folgenden Beschluss gefasst; Beschluss-Nr. 2023/010-1: Strategie zur schrittweisen Umsetzung der Vorgaben des Saubere-Fahrzeuge-Beschaffungs-Gesetzes im kommunalen ÖPNV des Landkreises Dahme-Spreewald.
Der Kreistag beschloss die Öffnung der in Kapitel 5.1 Buchstabe E des ab 2021 gültigen Nahverkehrsplanes für den kommunalen ÖPNV des Landkreises Dahme-Spreewald (Vorlage 2020/119 vom 16.12.2020) verankerten strategischen Grundsatzentscheidung zu emissionsfreien Antrieben bei der Regionalen Verkehrsgesellschaft Dahme-Spreewald mbH (RVS). Neben der Brennstoffzellentechnologie auf Basis grünen Wasserstoffs ist grundsätzlich auch die Beschaffung von Bussen mit batterieelektrischem Antrieb möglich. Unter Würdigung der Strategie zur schrittweisen Umsetzung der Vorgaben des Saubere-Fahrzeuge-Beschaffungs-Gesetzes sind bei der Busbeschaffung für den RVS-Standort Mittenwalde batterieelektrische Antriebe zu präferieren. Der künftigen Nahverkehrsplanung (ab 2026) obliegt der Technologieentscheid für die südlichen Standorte der RVS.
2. Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 27.09.2023 folgenden Beschluss gefasst; Beschluss Nr. 2023/105: Schaffung der beihilferechtlichen Grundlagen für das Deutschlandticket.
Durch eine Ergänzung des öffentlichen Dienstleistungsauftrages über die gemeinwirtschaftliche Verpflichtung zur Durchführung des übrigen öffentlichen Personennahverkehrs im Landkreis Dahme-Spreewald wurde die beihilferechtlichen Grundlagen gemäß VO (EG) Nr. 1370/2007 für das Deutschlandticket geschaffen.

Deutschlandticket, VBB-Tarifanpassungen:

Zum 01.05.2023 wurde bundesweit das „Deutschlandticket“ eingeführt. Bund und Länder hatten sich auf ein digitales, deutschlandweit gültiges Ticket für den ÖPNV mit einem Einführungspreis von 49 EUR pro Monat im monatlich kündbaren Abonnement geeinigt. Es ist bundesweit im Nahverkehr gültig und ermöglicht deutschlandweit das Fahren im ÖPNV und in der 2. Wagenklasse des Eisenbahn-Regionalverkehrs aller Verkehrsunternehmen, Landestarife und Verkehrsverbünde sowie in verbundfreien Räumen. Der Aufsichtsrat des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg (VBB) hatte in seiner Sitzung am 29.09.2022 die im Frühjahr 2022 avisierte Tarifmaßnahme zum 01.01.2023 verschoben. Grund war die aktuell zwischen dem Bund und den Ländern laufende Verhandlung über die Einführung eines bundesweit gültigen Nachfolgetickets zum 9-Euro-Ticket, so dass die Rahmenbedingungen für die VBB-Tarifstruktur und die damit verbundenen notwendigen Anpassungen noch nicht absehbar waren. Vor diesem Hintergrund hatte der VBB-Aufsichtsrat nun die Umsetzung der Tarifmaßnahme zum 01.04.2023 in Höhe von 5,62 % für das gesamte Verbundgebiet beschlossen.

Die nächste Erhöhung der Fahrpreise soll zum 01.01.2024 erfolgen, dies hat der VBB-Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 28.09.2023 beschlossen. Hintergrund sind die weiterhin hohen Kosten für Kraftstoffe, Personal und Investitionen, die die Verkehrsunternehmen im VBB wirtschaftlich sehr stark unter Druck setzen. Die Erhöhung der Fahrpreise berechnet sich innerhalb des Tarifentwicklungsverfahrens auf Grundlage des VBB-Tarifindex. Dieser bildet die Preisentwicklung der Lebenshaltungs-, Strom- und Kraftstoffpreise der vergangenen 60 Monate ab. Auf Basis des VBB-Tarifindex steigen die Fahrpreise zum 01.01.2024 um durchschnittlich rund 6,7 %.

Corona-Billigkeitsleistungen ÖPNV 2021, Deutschlandticket-Billigkeitsleistungen ÖPNV 2023:

Im Rahmen der Richtlinie Corona-Billigkeitsleistungen ÖPNV 2021 wurde der RVS mit Bescheid vom 28.10.2021 für die Zeit vom 01.01.2021 bis zum 31.12.2021 eine Zuweisung in Höhe von 718 Tsd. Euro bewilligt. Der tatsächliche entstandene Schaden für den genannten Zeitraum beläuft sich auf insgesamt 836 Tsd. Euro und wurde dem Landesamt für Bauen und Verkehr (LBV) als Über- und Unterkompensationskontrolle am 20.03.2023 angezeigt. Das LBV hat nun mit Bescheid vom 31.05.2023 den tatsächlichen Schaden anerkannt und die Nachzahlung an die RVS in Höhe von 118 Tsd. Euro veranlasst.

Gemäß der Richtlinie Deutschlandticket-Billigkeitsleistungen ÖPNV 2023 wurde der Antrag auf Gewährung von Billigkeitsleistungen zum Ausgleich nicht gedeckter Ausgaben im Zusammenhang mit dem Deutschlandticket (Frist 30.09.2023) am 22.09.2023 beim zuständigen Landesamt für Bauen und Verkehr eingereicht und zwischenzeitlich mit dem ergänzten öffentlichen Dienstleistungsauftrag vervollständigt (siehe auch oben KT-Beschluss). Der für den Zeitraum 01.05.2023 bis 31.12.2023 errechnete vorläufige „Schaden“ beträgt 219.065,67 Euro. Der dazugehörige Bescheid vom Landesamt vom 10.11.2023 liegt bereits vor.

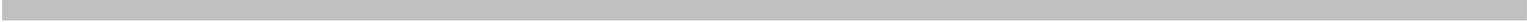
Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald

	Wirtschaftsjahr	Wert
Kapitalzuführungen	2022	0 Euro
	2021	0 Euro
	2020	0 Euro
Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche	2022	0
	2021	0 Euro Verlustausgleich gemäß Trennungsrechnung
	2020	779 Tsd. Euro Gewinnentnahme gemäß Trennungsrechnung
gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen (Kommunalbürgschaften)	2022	keine
	2021	keine
	2020	keine
sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft des Landkreises unmittelbar beziehungsweise mittelbar auswirken können	2022	Zuschuss für Betriebskosten und Investitionen der Busse: gesamt: 13,0 Mio. Euro dav. Kreismittel: 8,9 Mio. Euro
	2021	Zuschuss für Betriebskosten und Investitionen der Busse: gesamt: 13,9 Mio. Euro dav. Kreismittel: 7,5 Mio. Euro
	2020	Zuschuss für Betriebskosten und Investitionen der Busse: gesamt: 8,99 Mio. Euro dav. Kreismittel: 2,33 Mio. Euro

Weitere Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald wie Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche sowie gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen bestehen nicht.

Konsolidierung

Im Gesamtabschluss des Landkreises erfolgt eine Vollkonsolidierung der RVS.



Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH

Stralauer Platz 29

10243 Berlin

Tel.: +49 (0) 30 / 25 41 40

Fax: +49 (0) 30 / 25 41 41 12

E-Mail: info@vbb.de

www.vbb.de



**Verkehrsverbund
Berlin-Brandenburg**
Alles ist erreichbar.

	2022	2021	2020
Stammkapital in Euro	324.000	324.000	324.000
Gesellschafter	Name Gesellschafter	Anteile in EUR	Anteile in %
	Land Berlin	108.000	33,33
	Land Brandenburg	108.000	33,33
	Stadt Brandenburg an der Havel	6.000	1,85
	Stadt Frankfurt/ Oder	6.000	1,85
	Stadt Cottbus	6.000	1,85
	Landeshauptstadt Potsdam	6.000	1,85
	Landkreis Barnim	6.000	1,85
	Landkreis Dahme-Spreewald	6.000	1,85
	Landkreis Elbe-Elster	6.000	1,85
	Landkreis Havelland	6.000	1,85
	Landkreis Märkisch-Oderland	6.000	1,85
	Landkreis Oberhavel	6.000	1,85
	Landkreis Oberspreewald-Lausitz	6.000	1,85
	Landkreis Oder-Spree	6.000	1,85
	Landkreis Ostprignitz-Ruppin	6.000	1,85
	Landkreis Potsdam-Mittelmark	6.000	1,85
	Landkreis Prignitz	6.000	1,85
	Landkreis Spree-Neiße	6.000	1,85
	Landkreis Teltow-Fläming	6.000	1,85
	Landkreis Uckermark	6.000	1,85
	Gesellschafteranteile gesamt	324.000	100,00
Datum der Gründung	08.12.1994		
aktueller Gesellschaftsvertrag	01.12.2005		
Gegenstand des Unternehmens	<p>Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der nachfrage- und bedarfsgerechten Sicherung und Entwicklung der Leistungsfähigkeit und Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs im Sinne der ÖPNV-Gesetze der Länder Berlin und Brandenburg sowie des Einigungsvertrages und der Grundsatzvereinbarung der Länder Berlin und Brandenburg vom 30.12.1993.</p> <p>Aufgaben:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Erarbeitung eines den regionalen Bedingungen angepassten Bedienungskonzepts und Erstellung eines daraufhin gerichteten Fahrplanes, ▪ Konzipierung, Einführung und Fortentwicklung eines einheitlichen Beförderungssystems, ▪ Erarbeitung und Anwendung eines Einnahmeaufteilungsverfahrens für das Verbundgebiet, ▪ Vergabe der SPNV-Leistungen, ▪ Mitwirkung bei der Aufstellung und Fortschreibung der ÖPNV-Bedarfspläne und der Nahverkehrspläne der Aufgabenträger, ▪ Mitwirkung bei der Aufstellung und Umsetzung der Investitions- und Finanzierungspläne der Aufgabenträger für den Verkehrsverbund und Ermittlung des Zuschussbedarfes für den Verbundverkehr, ▪ Schaffung einer einheitlichen Bedien- und Nutzeroberfläche des ÖPNV im Verbundgebiet, ▪ Koordinierung von Fördermaßnahmen der Aufgabenträger, ▪ Abschluss von Kooperations-, Verkehrs- und anderen Verträgen mit Leistungserstellern, ▪ Erarbeitung einheitlicher, qualitativer und quantitativer Standards für die 		

	Verkehrsbedienung des Verbundgebietes nach Maßgabe der Nahverkehrsplanungen, Finanzierungs- und sonstigen Vorgaben der Aufgabenträger,	
Öffentlicher Zweck	<p>Der Landkreis ist gemäß § 122 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) verpflichtet, die wirtschaftliche Entwicklung seines Gebietes zu fördern. Mit Beschluss des Kreistages vom 23.10.2013 wurde die Erfüllung des öffentlichen Zwecks gemäß den Voraussetzungen über die wirtschaftliche Betätigung nach § 91 BbgKVerf bestätigt.</p> <p>Der Anlage 2 zum Teilnehmungsbericht 2022 ist der fristgerechte Nachweis (alle 10 Jahre) über die fortlaufende Erfüllung des öffentlichen Zwecks nach den Voraussetzungen des § 91 Abs. 6 BbgKVerf zu entnehmen.</p>	
Beschäftigte	insgesamt	125
	davon:	
	Geschäftsführer	2
	Beschäftigte Mitarbeiter	117
	Auszubildende	6
Organe der Gesellschaft	<p><u>Geschäftsführung:</u></p> <p>bis 18.04.2022: Frau Susanne Henckel</p> <p>19.04.2022 bis 30.04.2023: Herr Andreas Kuck und Herr Martin Fuchs (interimistisch)</p> <p>ab 01.05.2023 Frau Ute Bonde</p> <p><u>Gesellschafterversammlung:</u></p> <p><u>Vertreter LDS</u> Herr Stefan Klein (Dezernent)</p> <p>Stellvertreter LDS Herr Christian Jank (-23-, Sachbearbeiter ÖPNV)</p> <p><u>Aufsichtsrat:</u></p> <p><u>Vertreter LDS</u> bis 29.02.2024 Herr Stephan Loge (Landrat)</p> <p>ab 01.03.2024 Herr Sven Herzberger (Landrat)</p> <p><u>Beirat der Gesellschaft:</u></p> <p><u>Vertreter LDS</u> Herr Christian Jank (-23-, Sachbearbeiter ÖPNV)</p> <p>Stellvertreter LDS Frau Katrin Lehmann (-23-, Sachbearbeiterin Beteiligungsverwaltung)</p> <p><u>Beirat der Verkehrsunternehmen:</u></p> <p>Mitglied RVS</p>	

Bilanz der VBB GmbH

Bilanz zum		31.12.2022 in Euro	31.12.2021 in Euro	31.12.2020 in Euro
Aktiva				
A.	Anlagevermögen	300.609	478.049	462.930
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	102.157	163.477	213.801
1.	Immaterielle Vermögensgegenstände entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	102.157	145.727	200.194
2.	geleistete Anzahlungen	0	17.750	13.607
II.	Sachanlagen	198.452	314.571	249.128
1.	Andere Anlagen, Betriebs- u. Geschäftsausstattung	198.452	314.571	249.128
B.	Umlaufvermögen	5.632.906	4.900.975	6.616.155
I.	Vorräte	4.978	5.479	6.748
1.	Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	4.978	5.479	5.148
2.	Unfertige Leistungen	0	0	0
3.	Waren	0	0	1.600
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	980.342	790.949	883.693
1.	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	47.065	30.281	84.615
2.	Forderungen gegen Gesellschafter	0	0	0
3.	Sonstige Vermögensgegenstände	933.277	760.668	799.078
III.	Kassenbestand	4.647.586	4.104.547	5.725.714
	Kassenbestand u. Guthaben bei Kreditinstituten	4.647.586	4.104.547	5.725.714
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	65.199	84.170	105.174
	Bilanzsumme	5.998.714	5.463.194	7.184.260
Passiva				
A.	Eigenkapital	324.000	324.000	324.000
I.	Gezeichnetes Kapital	324.000	324.000	324.000
B.	Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen	617	1.670	2.730
C.	Gesellschafterbeiträge zur Finanzierung des Anlagevermögens	299.992	492.307	460.309
D.	Rückstellungen	1.492.055	1.428.874	1.605.618
	Sonstige Rückstellungen	1.492.055	1.428.874	1.605.618
E.	Verbindlichkeiten	3.882.050	3.181.663	4.791.603
1.	Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	0	0	0
2.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	173.029	510.394	463.271
3.	Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	3.388.292	2.167.674	3.955.658
4.	Sonstige Verbindlichkeiten	320.729	503.595	372.673
F.	Rechnungsabgrenzungsposten	0	34.680	0
	Bilanzsumme	5.998.714	5.463.194	7.184.260

Erläuterungen zu Positionen der Bilanz

Das Anlagevermögen reduzierte sich um 177 Tsd. Euro auf 301 Tsd. Euro (Vj. 478 Tsd. Euro). Es handelte sich hauptsächlich um Lizenzen und Büroausstattung.

Die Vorräte reduzierten sich im Berichtsjahr um 0,5 Tsd. Euro auf 5,0 Tsd. Euro (Vj. 5,5 Tsd. Euro). In dieser Position wurde der Bestand des Büromaterials ausgewiesen.

Die Erhöhung der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen um 17 Tsd. Euro auf 47 Tsd. Euro (Vj. 30 Tsd. Euro) resultierte im Wesentlichen aus dem Verkauf von Produkten des VBB (vor allem aus Fahrausweispapier).

Forderungen gegen Gesellschafter (0 Euro, Vj. 0 Euro) bestanden nicht.

Die sonstigen Vermögensgegenstände betragen im Berichtsjahr 933 Tsd. Euro (Vj. 761 Tsd. Euro) und erhöhten sich im Bezug zum Vorjahr um 173 Tsd. Euro. Die Position beinhaltet u. a. Forderungen aus internationalen Sonderprojekten (341 Tsd. Euro) und eine Umsatzsteuerforderung (396 Tsd. Euro).

Es wurde zum Jahresende ein Kassenbestand in Höhe von 4,6 Mio. Euro (Vj. 4,1 Mio. Euro) ausgewiesen – die zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes in Bezug zum Vorjahr betrug +543 Tsd. Euro und war im Wesentlichen aus der Erhöhung der Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern zurückzuführen.

Das Eigenkapital blieb auf Grund des ausgeglichenen Ergebnisses konstant.

Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen sowie Gesellschafterbeiträge zur Finanzierung des Anlagevermögens: Die Sonderposten entwickelten sich im Berichtsjahr entsprechend dem Anlagevermögen. Den Zugängen in Höhe von 128 Tsd. Euro (Vj. 368 Tsd. Euro) standen Auflösungen in Höhe von 246 Tsd. Euro (Vj. 337 Tsd. Euro) gegenüber.

Die Rückstellungen erhöhten sich im Berichtsjahr um 63 Tsd. Euro auf 1,5 Mio. Euro (Vj. 1,4 Mio. Euro). Sie umfassten vor allem Prüfungs- und Beratungskosten / Leistungsverpflichtungen gegenüber Dritten (1,0 Mio. Euro), Personalaufwendungen (209 Tsd. Euro) sowie Kosten für die Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen (65 Tsd. Euro).

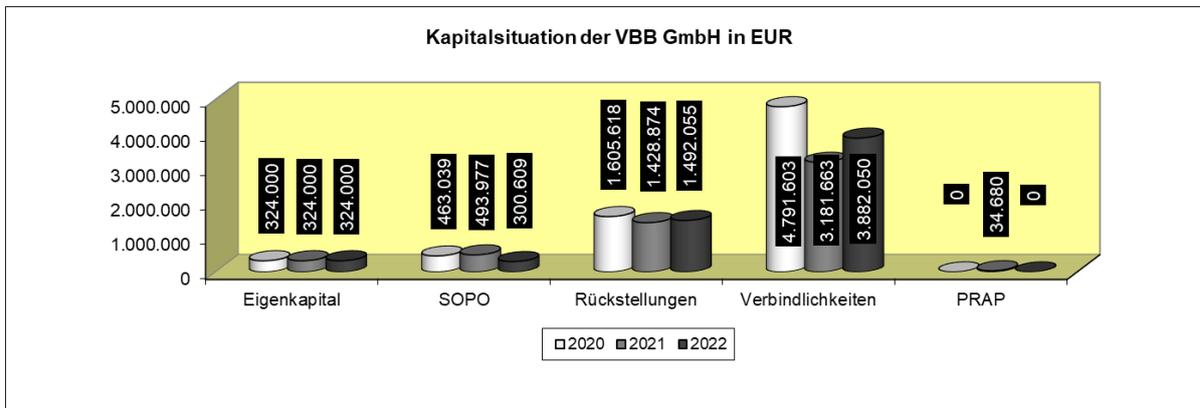
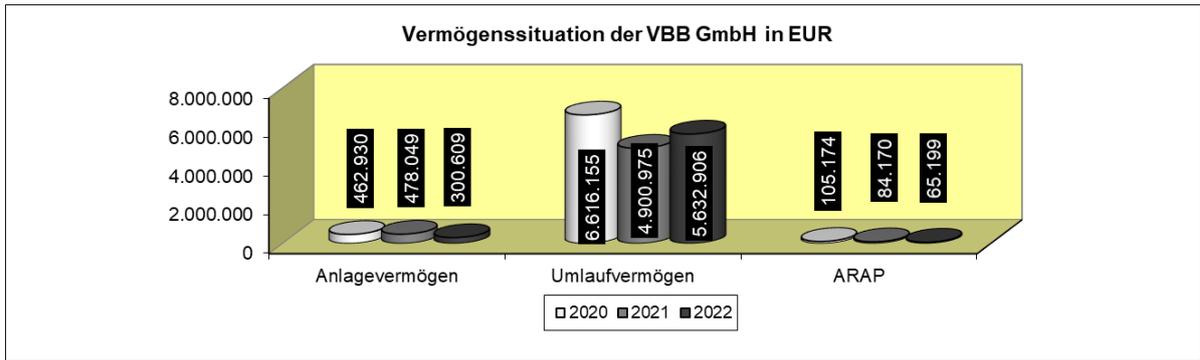
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen: Diese Bilanzposition belief sich im Berichtsjahr erneut auf 0 Euro (Vj. 0 Euro).

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen reduzierten sich im Berichtsjahr um 377 Tsd. Euro auf 173 Tsd. Euro (Vj. 510 Tsd. Euro). Die Position beinhaltet hauptsächlich die Rechts- und Beratungskosten (10 Tsd. Euro), die Verbindlichkeit aus der Gestellung von Personal (45 Tsd. Euro) sowie sonstigen Dienstleistungen (126 Tsd. Euro).

Die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern erhöhten sich um 1,2 Mio. Euro auf 3,4 Mio. Euro (Vj. 2,2 Mio. Euro). Die Position umfasste nicht verausgabte Gesellschafterbeiträge, deren Gebundenheit zur Finanzierung laufender Aufgaben und begonnener Projekte gegeben war. Im Berichtsjahr setzten sie sich u.a. wie folgt zusammen: Verbindlichkeiten aus Gesellschafterbeiträgen (1,7 Mio. Euro), Verbindlichkeiten aus dem Vertragsmanagement (748 Tsd. Euro), Verbindlichkeiten aus den Akquiseprojekten der Gesellschafter (788 Tsd. Euro).

Kreditverbindlichkeiten hatte die VBB GmbH im Berichtsjahr nicht.

Die sonstigen Verbindlichkeiten reduzierten sich im Berichtsjahr um 183 Tsd. Euro auf 321 Tsd. Euro (Vj. 504 Tsd. Euro). Sie beinhalteten im Wesentlichen Auszahlungsverbindlichkeiten für das Projekt VBB-INNOS-START-VBB-2 (9 Tsd. Euro), sonstige Verbindlichkeiten aus Sonderprojekten (133 Tsd. Euro) sowie Verbindlichkeiten aus Akquiseprojekten von Dritten (132 Tsd. Euro).



Gewinn- und Verlustrechnung der VBB GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung zum		31.12.2022 in Euro	31.12.2021 in Euro	31.12.2020 in Euro
1.	Umsatzerlöse	501.750	558.387	674.781
2.	Erhöhung des Bestandes an fertigen und unfertigen Leistungen	0	0	0
3.	Erträge aus Gesellschafterbeiträgen und Zuwendungen	13.320.244	14.197.243	11.121.719
4.	Projekterträge	4.279.119	3.266.094	3.518.476
4.	Sonstige betriebliche Erträge	788.670	595.585	689.969
5.	Materialaufwand	-375.909	-415.082	-369.199
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe und für bezogene Waren	0	0	0
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	-375.909	-415.082	-369.199
6.	Personalaufwand	-8.105.864	-7.963.713	-7.111.492
a)	Löhne und Gehälter	-6.431.978	-6.353.176	-5.622.057
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-1.673.887	-1.610.537	-1.489.435
7.	Abschreibungen	-246.119	-336.940	-499.874
a)	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des AV und Sachanlagen	-246.119	-336.940	-499.874
8.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-10.160.053	-9.900.073	-8.019.171
9.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3.799	905	2.303
10.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-5.083	-1.852	-6.958
11.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	554	554	554
12.	Sonstige Steuern	-554	-554	-554
13.	Jahresüberschuss	0	0	0

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Gesellschaft wies ein *ausgeglichenes Ergebnis* aus, da sämtliche Aufwendungen durch Gesellschafterleistungen und sonstige Einnahmen finanziert wurden und im Geschäftsjahr nicht verbrauchte Gesellschafterbeiträge periodengerecht abgegrenzt und den Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern zugeführt wurden.

Die *Umsatzerlöse* reduzierten sich um 57 Tsd. Euro auf 502 Tsd. Euro. Die Umsatzerlöse wurden hauptsächlich aus dem Verkauf des VBB-Fahrausweispapiers (383 Tsd. Euro) an die am öffentlichen Personennahverkehr teilnehmenden Verkehrsunternehmen erzielt. Darüber hinaus beinhaltete die Position Erlöse aus dem Verkauf von Fahrplanbüchern sowie Erlöse aus der Tarifkommunikation (119 Tsd. Euro).

Erträge aus Gesellschafterbeiträgen und Zuwendungen: Um ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Ertragslage der VBB GmbH zu vermitteln, wurde die Position Erträge aus Gesellschafterbeiträgen und Zuwendungen gebildet. Sie betraf mit 8,9 Mio. Euro die Grundfinanzierung durch die Gesellschafter, mit 4,4 Mio. Euro die Finanzierung des Vertragsmanagements (Center) und die Finanzierung aus Akquiseprojekten. Im Berichtsjahr erhöhte sich die Position um 877 Tsd. Euro auf insgesamt 13,3 Mio. Euro.

Die *Projekterträge (4,3 Mio. Euro) und die sonstigen betrieblichen Erträge (789 Tsd. Euro)* betragen im Berichtsjahr insgesamt 5,1 Mio. Euro (Vj. 3,9 Mio. Euro). Somit erhöhten sie sich gegenüber dem Vorjahr um 1,2 Mio. Euro. Sie beinhalteten folgende Erträge: Erträge aus Sonderprojekten (4,3 Mio. Euro, Vj. 3,3 Mio. Euro), Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Gesellschafterbeiträge zur Finanze-

zung des Anlagevermögens (303 Tsd. Euro, Vj. 337 Tsd. Euro) sowie Erträge aus Auflösung von Rückstellungen (15 Tsd. Euro, Vj. 182 Tsd. Euro).

Die Materialaufwendungen reduzierten sich um 39 Tsd. Euro auf 376 Tsd. Euro. Die Position enthielt vor allem die Kosten für die Beschaffung des Fahrausweispapiers. Diese Aufwendungen stehen in direktem Zusammenhang mit der Erzielung von Umsatzerlösen.

Die Personalaufwendungen erhöhten sich um 142 Tsd. Euro auf 8,1 Mio. Euro, dies war hauptsächlich durch die Erhöhung des Personalbestandes und der im Berichtsjahr erfolgten allgemeinen Gehaltserhöhungen begründet.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich um 260 Tsd. Euro auf 10,2 Mio. Euro. Die Position beinhaltet im Wesentlichen den sonstigen betrieblichen Aufwand aus Verbundaufgaben und Aufwendungen für Projekte in 2022 mit 5,5 Mio. Euro, davon Projekte für Verbundaufgaben (3,8 Mio. Euro), Aufgaben und Projekte des Vertragsmanagements Center (1,6 Mio. Euro) und Aufwendungen für spezielle Aufgaben von Aufgabenträgern (3,5 Mio. Euro).

Analysedaten

Die Anlagenintensität betrug 5 % im Berichtsjahr – die Kennzahl reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr um vier Prozentpunkte. Begründet war dies durch die Reduzierung des Anlagevermögens bei Erhöhung der Bilanzsumme. Demnach sind nur 5 % des Gesamtkapitals im Anlagevermögen gebunden.

Die Eigenkapitalquote (ohne Sonderposten) (5 %) hat sich gegenüber den Vorjahren kaum verändert. Eine verbesserte Eigenkapitalausstattung für die Verwirklichung des Gesellschaftszwecks wäre förderlich.

Die Anlagendeckung II erhöhte sich um 37 Prozentpunkte auf 208 %. Die Gesellschafter finanzieren das gesamte Anlagevermögen. Die Erhöhung war darauf zurückzuführen, dass sich das Anlagevermögen und die Sonderposten im gleichen Umfang reduzierten. Das Eigenkapital blieb dabei unverändert.

Die Liquidität des 3. Grades betrug 105 % im Berichtsjahr – sie reduzierte sich um einen Prozentpunkt gegenüber dem Vorjahr. Die Reduzierung war durch die Erhöhung der Verbindlichkeiten und des Kassenbestandes begründet.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit betrug im Berichtsjahr 502 Tsd. Euro (Vj. - 1,6 Mio. Euro). Ausschlaggebend waren hierbei die Zunahme der Rückstellungen und Verbindlichkeiten sowie die Zunahme des Umlaufvermögens insbesondere des Kassenbestandes.

Die Personalaufwandsquote war gegenüber dem Vorjahr konstant mit 43 % geblieben.

Kennzahl	2022	2021	2020
Vermögens- und Kapitalstruktur			
Anlagenintensität	5%	9%	6%
Eigenkapitalquote (ohne Sonderposten)	5%	6%	5%
Eigenkapitalquote (mit Sonderposten)	10%	15%	11%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0 Euro	0 Euro	0 Euro
Finanzierung und Liquidität			
Anlagendeckung II	208%	171%	170%
Zinsaufwandsquote	1%	0%	0%
Liquidität 3. Grades	105%	106%	103%
Cashflow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	543 Tsd. Euro	-1,6 Mio. Euro	204 Tsd. Euro
Rentabilität und Geschäftserfolg			
Eigenkapitalrentabilität	VBB GmbH weist keinen Gewinn aus	VBB GmbH weist keinen Gewinn aus	VBB GmbH weist keinen Gewinn aus
Gesamtkapitalrentabilität	VBB GmbH weist keinen Gewinn u. keine FK-Zinsen aus	VBB GmbH weist keinen Gewinn u. keine FK-Zinsen aus	VBB GmbH weist keinen Gewinn u. keine FK-Zinsen aus
Umsatz	502 Tsd. Euro	558 Tsd. Euro	675 Tsd. Euro
Gesamtleistung (ohne Zuschuss)	1.290 Tsd. Euro	1.154 Tsd. Euro	1.365 Tsd. Euro
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	0 Euro	0 Euro	0 Euro
Personalbestand			
Personalaufwandsquote (im Verhältnis zum Gesamtleistung)	43%	43%	44%
Anzahl der Mitarbeiter	117	114	111

Geschäftsverlauf 2022

Das im Zuge der Corona-Pandemie auf Basis der geltenden gesetzlichen Regelungen entwickelte Hygienekonzept für die Mitarbeiter*innen wurde gemäß den gesetzlichen Regelungen fortgeschrieben. Besprechungen wurden in der Regel als Videokonferenzen abgehalten. Die Mitarbeiter*innen wurden zudem weiterhin angehalten, möglichst mobil zu arbeiten, um Ansteckungsrisiken noch weiter zu minimieren. Der Besucherverkehr im VBB-Infocenter wurde weiterhin eingeschränkt. Die dynamische Entwicklung der Pandemielage und der gesetzlichen Bestimmungen zur Verminderung der Infektionsrisiken wurden stetig beobachtet und für die VBB GmbH adaptiert. Der Geschäftsbetrieb war zu jeder Zeit sichergestellt.

Die VBB GmbH war auch im Jahr 2022 im Rahmen des Projektes CNB III für das Land Berlin als Gesellschafterin der ARGE Center Nahverkehr Berlin (CNB) tätig.

Das Treuhandvermögen wurde im Jahr 2022 einer Mittelverwendungsprüfung unterzogen. Die ordnungsgemäße Verwendung der Mittel wurde von der beauftragten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft uneingeschränkt bestätigt.

Das nach DIN EN ISO 9001:2015 zertifizierte Qualitätsmanagementsystem der VBB GmbH wurde im Jahr 2022 durch einen unabhängigen Gutachter rezertifiziert. Das Zertifikat im Sinne der Norm ist bis zum 14. November 2025 gültig.

Im Kerngeschäft der VBB GmbH wurden im Geschäftsjahr 2022 gemeinsam mit den Gesellschaftern und Verkehrsunternehmen wichtige Themen fokussiert und die nachfolgend dargestellten Meilensteine erreicht:

Tarif/Vertrieb

a) Tarif

- Umsetzung der neuen gesetzlichen Regelungen zum Gesetz für faire Verbraucherverträge
- Verhandlungen mit den Studierendenvertretungen zur Fortschreibung der Semesterticketverträge ab Sommersemester 2023
- Konzeption der Tarifierfassung zum 1. April 2023 im Rahmen des VBB- Tarifierfassungsverfahrens
- Umsetzung des 9-Euro-Tickets im Aktionszeitraum Juni – August 2022
- Umsetzung der Aktion 29-Euro-Abo Berlin AB für ausgewählte Abo-Produkte ab Oktober 2022
- Diskussion und Vorbereitung des Deutschlandtickets
- Durchführung von Tarifanalysen (u.a. Einnahmenanalysen)
- Evaluierung der flexiblen Tarifangebote (VBB-FlexTicket und VBB-AboFlex), die zur Rückgewinnung von Fahrgästen infolge der pandemiebedingten Fahrgastverluste eingeführt wurden
- Analyse von Prüfaufträgen
- Konzeption von Weiterentwicklungsmöglichkeiten des VBB-Firmentickets
- Prüfung eines einfachen und gleichzeitig leistungsgerechten elektronischen Tarifs
- Vorbereitung eines Gutachtens als Basis für die künftige Preisfindung des Semestertickets für Berlin und Brandenburg
- Einführung einer digitalen Fahrausweis-Mustersammlung
- Entwicklung und Umsetzung von Vorgaben zur einheitlichen Tarifierfassung sowie Zurverfügungstellung geeigneter Prüf- und Kontrollvorgaben
- Koordination der tariflichen und vertrieblichen Umsetzung des VBB-Abo Azubi

b) Vertrieb

- Begleitung des geplanten Wechsels von Kundenvertragspartner und Backendsystem im digitalen Vertrieb über die VBB-App Bus & Bahn (Wechsel von der OVG zur BVG)
- Begleitung innovativer Piloten zur Erprobung neuer Tarifstrukturen (Check in/Check out)
- Prüfung von Möglichkeiten der Ausgabe von Semestertickets und Abonnements als Handyticket
- Prüfung von Fördermöglichkeiten für die digitale Ausgabe hochpreisiger Tickets und für die Erhöhung der Ticket-Sicherheit
- Durchführung der Chipkarten- und Fahrausweisbestellungen für die Verkehrsunternehmen
- Umsetzung des VDV-KA-Sicherheitsmanagements, der Schlüsselbeschaffung und der Secure Application Module-Bestellung
- Leistungsverbesserungen des Produktverantwortlichen-Systems, Vertragsänderungen und Klärung der Neufinanzierung
- Ausstattung des VBB-Testcenters mit weiterer Vertriebs- und Kontrolltechnik

- Weiterentwicklung der VBB-prüfApp
- Sukzessive Umsetzung von Kontrollmodulen (nationaler Standard zur Tarifdatenversorgung in Bezug auf den digitalen Vertrieb)

c) Einnahmenaufteilung

- Abschluss sämtlicher EA-Abrechnungen bis einschließlich 2021
- Spitzabrechnung des ÖPNV-Rettungsschirms 2021 und Antragsstellung für den ÖPNV-Rettungsschirm 2022 (Berechnungen für Verkehrsunternehmen)
- Koordinierung und fachliche Begleitung der Feldarbeit zur Verkehrserhebung 2022
- Verlängerung der Feldarbeit ins Jahr 2023, soweit aus Fahrplansicht möglich
 - Upgrade des Betriebssystems und der Datenbankserver der Einnahmenaufteilungs- Datenbank DBMIT
 - Weitere Vereinheitlichung der Meldeverfahren der Verkehrsunternehmen
 - Weitere Automatisierung beim Abrechnungsversand, Mahn- und Zahlungswesen Weiterentwicklung der Anbindung der Verkehrsunternehmen an die Datenbank DBMIT

Planung

- Durchführung verkehrlicher Untersuchungen zur Weiterentwicklung des ÖPNV-Angebots
- Fertigstellung der Konzeption für einen erweiterten Busverkehr im Korridor Erkner <> Königs Wusterhausen / Flughafen BER / Müggelheim
- Entwicklung von Angebotskonzepten im Stadt-Umland-Verkehr für Expressbusse
- Erarbeitung von Kriterien für ein ÖPNV-Zielnetz für Brandenburg
- Kontinuierliches Monitoring des Mobilitätsverhaltens der Menschen in Berlin und Brandenburg im Nachgang der Corona-Pandemie sowie im Zusammenhang mit dem 9-Euro-Ticket
- Kontinuierliche Begleitung der verkehrlichen Entwicklung im Zusammenhang mit dem Tesla-Werk in Grünheide
- Anpassung kommunaler ÖPNV-Konzepte an die neuen Fahrpläne in den SPNV- Netzen Elbe-Spree und Lausitz; Entwicklung eines neuen Stadtbuskonzepts für Fürstenwalde
- Begleitung der laufenden bzw. verlängerten Inno-Mob-Projekte
- Weiterentwicklung der Stadt-Umland-Verkehre
- Vorbereitung von Taktverdichtungen
- Etablierung eines Prozesses zwischen Berlin und dem Umland zur Weiterentwicklung der Umland-Verkehre; Ermittlung erster Ideen für Verbesserungen bis Mitte Januar 2023
- Fortführung der regionalen Betreuung
- Durchführung der Veranstaltungen VBB vor Ort in den fünf Planungsregionen im Land Brandenburg
- Unterstützung des Landkreises Potsdam-Mittelmark im InnoMob-Projekt Mobilstationen bezüglich der Übertragung auf das gesamte Verbundgebiet
- Teilnahme an den Werkstatt Sitzungen der Wirtschaftsregion Lausitz im Strukturwandelprozess Lausitz
- Teilnahme an Gremien (z.B. Nahverkehrsbeiräte, Arbeitsgruppen des kommunalen Nachbarschaftsforums) und Veranstaltungen
- Aufbau und Implementierung der neuen VBB-Haltestellendatenbank
- Abstimmung Bahn-Bus und Schnittstelle Bahnhof

Fahrgastinformation

- Konzeption, Grundlagen und Projekte
 - Fortsetzung der Umsetzung zur Integration innovativer Mobilitätsangebote in die VBB-Fahrinfo
 - Konzeptionelle Abstimmung für eine regionale VBB-Mobilitätsplattform auf Basis von Vorarbeiten der Digitalagentur Brandenburg (BBNavi) sowie den Ergebnissen des „InnoMob-Projektes“ des Landkreises Potsdam-Mittelmark
 - Fortsetzung des Ausbaus der VBB-Fahrgastinformation zur Voll-Anbindung von Rufbus- bzw. Pooling-Systemen unterschiedlicher Hersteller
 - Fortsetzung der Bearbeitung des Projekts SAFIRA (Laufzeit 2021-2024) des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr (BMDV) im Rahmen des mFUND- Programms „Bewältigung der Auswirkungen der Corona-Pandemie“, das sich schwerpunktmäßig mit der Auslastungsprognose und einem kapazitätsbasierten Routing beschäftigt.
 - Start der Bearbeitung des BMDV-Projekts „DELFI-Tarif (DELTA)“ im Rahmen des mFUND- Programms „Digitalisierung der Braunkohleregionen (Laufzeit 2022-2024)“
 - Bearbeitung des Projektes „Olympklusion - mit Bus & Bahn inklusiv zu den Special Olympics mit dem ÖPNV“ zur Entwicklung einer „VBB easy“-App inkl. digitaler Hilfefunktion für Menschen mit kognitiven Einschränkungen (Finanzierung aus dem Berliner Nachhaltigkeitsprogramm sowie

- durch die Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz des Landes Berlin zu den Special Olympic World Games (SOWG) in Berlin 2023).
- Intensive Vorbereitung der Betriebsaufnahme der Netze Elbe-Spree und Lausitz
- Daten- und Informationsmanagement Fahrgastinformation
- Integration von flexiblen Rufbussen und kommunalen „on Demand“-Verkehren (z.B. DALLI) in die Datenpflege
- Laufende Umsetzung der Maßnahmen aus den Corona-Verordnungen in die Kundeninformation von VBB und Verkehrsunternehmen
- Dienste und Services
 - Implementierung neuer Features in die VBB-App Bus & Bahn
 - Sicherstellung des laufenden Betriebes der Auskunftssysteme
- Fortführung der Tätigkeiten im VBB-Infocenter

Kommunikation

- Konzeption und strategische Einordnung von Kommunikationsmaßnahmen rund um die Sonder-Ticket-Angebote im Jahr 2022 (9-Euro-Ticket, 29-Euro-Abo Berlin AB) sowie zur Imagestärkung des ÖPNV
- Kommunikation von Angebotsausweitungen und Mehrwerten unter der kommunikativen Klammer „Jahr der Schiene“ durch Betriebsaufnahmen, insbesondere in den SPNV- Netzen Elbe-Spree und Lausitz im Dezember 2022 (u.a. neue Fahrzeuge, dichtere Takte), sowie der ersten sicht- und spürbaren Maßnahmen des Infrastrukturprojekts i2030 (z.B. RE1-Bahnsteigverlängerungen)

Neben der kommunikativen Begleitung aller tariflichen Maßnahmen wurden Kommunikation, Kampagnen und Botschaften zu Mehrleistungen und Infrastrukturausbau im Verbundgebiet sowie zur ÖPNV-Nutzung als wichtige Bausteine beim Erreichen der Verkehrswende forciert. Auf dieser Basis flossen folgende Eckpunkte in die VBB-Strategie ein:

- Positionierung des ÖPNV und damit des VBB und seiner Partner als Mitgestalter der Verkehrswende in der Metropolregion Berlin-Brandenburg
- Stärkung des Umweltverbunds bei allen relevanten Meinungsbildnern auf regionaler und überregionaler Ebene. Stärkung der Schiene (S-Bahn und SPNV) als Rückgrat der Mobilitätswende und des damit zusammenhängenden Angebotsausbaus und des gemeinsam mit den Ländern bei den Infrastruktureigentümern zu koordinierenden Ausbaus von Stationen, Schiene sowie Leit- und Sicherungstechnik.

Der VBB agiert dabei gemeinsam mit seinen Partnern im Verkehrsverbund, um zudem den Bekanntheits- und damit Nutzungsgrad aller Angebote rund um den ÖPNV und insbesondere des gemeinsamen VBB-Tarifs kontinuierlich zu steigern. Ziel aller Partner im Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg ist es, in der Öffentlichkeit eine einheitliche Wahrnehmung und breite Nutzung des Verbundsystems zu erreichen. Dies trägt wesentlich dazu bei, die Attraktivität der Angebote im VBB zu erhöhen und eine Steigerung der Einnahmen zu realisieren. Die VBB GmbH steht bei allen Themen und Aktivitäten im steten Austausch mit den Verkehrsunternehmen; sie entwickelt Angebote und Kampagnenmodule für alle Kommunikationskanäle und setzt diese mit den Partnern im Verbund um.

Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald

	Wirtschaftsjahr	Wert in Tsd. Euro
Kapitalzuführungen	2022	0
	2021	0
	2020	0
Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche	2022	0
	2021	0
	2020	0
gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen (Kommunalebürgschaften)	2022	keine
	2021	keine
	2020	keine
sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft des Landkreises unmittelbar beziehungsweise mittelbar auswirken können	2022	Betriebskostenzuschuss: 105*
	2021	Betriebskostenzuschuss: 86*
	2020	Betriebskostenzuschuss: 85*

Weitere Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald wie Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche sowie gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen bestehen nicht.

Konsolidierung

Im Gesamtabchluss des Landkreises erfolgt die Konsolidierung zu Anschaffungskosten.

* Der Landkreis erhält die Mittel vom Land Brandenburg.

Wirtschaftsförderungsgesellschaft Dahme-Spreewald mbH

Freiheitstraße 120

15745 Wildau

Tel.: +49 (0) 3375 / 52 38 0

Fax: +49 (0) 3575 / 52 38 44

E-Mail: info@wfg-lds.de

www.wfg-lds.de, www.zlur.de



	2022	2021	2020
Stammkapital in Euro	738.000	738.000	738.000
Beteiligung des LDS in %	100	100	100
Beteiligung des LDS in Euro	738.000	738.000	738.000
Datum der Gründung	11.05.1992		
aktueller Gesellschaftsvertrag	27.03.2013		
Gegenstand des Unternehmens	<p>Verbesserung der Struktur des Landkreises Dahme-Spreewald durch die Förderung der Wirtschaft, des Verkehrs, des Tourismus sowie der sozialen, kulturellen und sportlichen Einrichtungen</p> <p>Gesellschafter bei der örtlichen und überörtlichen Planung und der Verbesserung der gemeindlichen Infrastruktur zu beraten und zu unterstützen</p> <p>ansässige und ansiedelnde Unternehmen bei der Beschaffung von Grundstücken, Gebäuden, Krediten, Arbeitskräften, Wohnungen und Fördermitteln zu beraten und zu unterstützen</p> <p>Ansiedlung von Unternehmen und Existenzgründungen zu fördern</p> <p>Grundstücke zu erwerben, zu verpachten, zu erschließen und durch Verkauf oder in sonstiger Weise einer wirtschaftlichen Nutzung zuzuführen</p> <p>Unternehmen des Tourismus bei der Werbung und Verbesserung der touristischen Einrichtungen zu unterstützen und dazu mit den Verbänden des Tourismus zusammenzuarbeiten</p> <p>sich an Gesellschaften oder Einrichtungen zu beteiligen oder Dienstleistungen für solche Gesellschaften oder Einrichtungen zu erbringen</p>		
Öffentlicher Zweck	<p>Der Landkreis ist gemäß § 122 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) verpflichtet, die wirtschaftliche Entwicklung seines Gebietes zu fördern. Mit Beschluss des Kreistages vom 23.10.2013 wurde die Erfüllung des öffentlichen Zwecks erstmalig gemäß den Voraussetzungen über die wirtschaftliche Betätigung nach § 91 Abs. 6 BbgKVerf bestätigt.</p> <p>Der Anlage 2 zum Beteiligungsbericht 2022 ist der fristgerechte Nachweis (alle 10 Jahre) über die fortlaufende Erfüllung des öffentlichen Zwecks nach den Voraussetzungen des § 91 Abs. 6 BbgKVerf zu entnehmen.</p>		
Organe der Gesellschaft	<u>Geschäftsführer:</u> Herr Gerhard Janßen		<u>Prokurist:</u> Frau Marion Schirmer
	<p><u>Gesellschafterversammlung:</u></p> <p>Zu Beginn der neuen Wahlperiode des Kreistages des Landkreises Dahme-Spreewald im Jahr 2019 wurde die Bestellung von Vertretern des Landkreises in wirtschaftlichen Unternehmen, Zweckverbänden und sonstigen Einrichtungen neu beschlossen. Aus diesem Grund sind in diesem Beteiligungsbericht die Vertreterbestellungen in der Anlage 1 separat dargestellt.</p>		

Bilanz der WFG mbH

Bilanz zum		31.12.2022 in Euro	31.12.2021 in Euro	31.12.2020 in Euro
Aktiva				
A.	Anlagevermögen	41.084.942	43.005.104	44.004.048
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	1.254	2.520	406
II.	Sachanlagen	41.083.688	43.002.584	44.003.642
1.	Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grund	40.758.201	42.658.011	43.101.637
2.	Technische Anlagen und Maschinen	183.073	190.980	117.307
3.	andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	142.414	153.593	165.093
4.	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0	0	619.605
B.	Umlaufvermögen	8.036.633	6.428.736	4.324.155
I.	Vorräte	723.779	1.021.103	855.573
1.	Fertige Erzeugnisse und Waren	723.779	279.343	279.343
2.	Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	0	741.760	576.230
3.	Geleistete Anzahlungen	0	0	0
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	622.459	4.391.534	1.247.806
1.	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	187.997	614.535	311.772
2.	Forderungen gegen verbundene Unternehmen	7.754	4.796	3.404
3.	Forderungen gegen Gesellschafter	84.304	3.602.839	4.918
4.	Sonstige Vermögensgegenstände	342.403	169.365	927.712
III.	Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	6.690.395	1.016.099	2.220.776
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	81.158	83.952	29.154
	Bilanzsumme	49.202.733	49.517.791	48.357.357
Passiva				
A.	Eigenkapital	12.814.538	9.382.952	9.464.686
I.	Gezeichnetes Kapital	738.000	738.000	738.000
II.	Kapitalrücklage	6.519.136	6.519.136	6.519.136
III.	Gewinnvortrag	2.125.816	2.207.550	2.463.392
IV.	Jahresüberschuss	3.431.586	-81.734	-255.842
B.	Sonderposten für Investitionszuschüsse	10.788.611	11.448.491	12.115.476
C.	Rückstellungen	568.786	248.782	219.356
1.	Steuerrückstellungen	241.388	3.813	0
2.	Sonstige Rückstellungen	327.398	244.969	219.356
D.	Verbindlichkeiten	25.006.718	28.364.036	26.536.636
1.	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	23.046.694	24.192.701	22.927.664
2.	Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	800.210	2.791.650	552.855
3.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	240.690	672.845	2.404.468
4.	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	3.963	0	0
5.	Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	1.015	0	204.560
6.	Sonstige Verbindlichkeiten	914.147	706.840	447.089
E.	Rechnungsabgrenzungsposten	24.081	73.531	21.202
	Bilanzsumme	49.202.733	49.517.791	48.357.357

Erläuterungen zu Positionen der Bilanz

Das Anlagevermögen verringerte sich aufgrund der Abschreibungen des fertiggestellten Zentrums für Zukunftstechnologien (ZFZ) und der Bestandsgebäude sowie der Betriebs- und Geschäftsausstattung auf einen Wert von 41,1 Mio. Euro (Vj. 43,0 Mio. Euro).

Das Sachanlagevermögen entsprach ca. 84 % des Gesamtvermögens. Es setzt sich aus den Technologiezentren I, II, III, dem ZFZ, den Grundstücken und Außenanlagen, der Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie technischen Anlagen in den Technologiezentren (z. Bsp. Krananlage, Ladesäulen) zusammen.

Das Umlaufvermögen erhöhte sich auf 16 % (Vj. 13 %) des Gesamtvermögens bzw. auf 8,0 Mio. Euro (Vj. 6,4 Mio. Euro). Ursächlich dafür waren im Wesentlichen die Erhöhung des Kassenbestandes auf 6,7 Mio. Euro (Vj. 1,0 Mio. Euro). Im Berichtsjahr erfolgte die Auflösung des Cash Pool Vertrages mit dem Gesellschafter, so dass eine Umbuchung der Forderungen aus dem Cash Pool Vertrag (Bestandteil der Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände) in den Kassenbestand vorgenommen wurde. Zum Bilanzstichtag beliefen sich die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen auf 84 Tsd. Euro (Vj. 3.603 Tsd. Euro).

Bei den Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen (8 Tsd. Euro; Vj. 5 Tsd. Euro) handelt es sich vollumfänglich um Forderungen aus Lieferungen und Leistungen.

Die sonstigen Vermögensgegenstände beinhalten im Wesentlichen Forderungen gegenüber dem Finanzamt aus Umsatz- / bzw. Vorsteuererstattungen.

Das Eigenkapital der Gesellschaft betrug zum Bilanzstichtag 12,8 Mio. Euro (Vj. 9,4 Mio. Euro). Die Erhöhung ist auf den Jahresüberschuss des Berichtsjahres (3,4 Mio. Euro) zurückzuführen. Unter hälftiger Anrechnung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse belief sich das Eigenkapital auf 18,2 Mio. Euro (Vj. 15,1 Mio. Euro).

Der Sonderposten für Investitionszuschüsse wurde im Geschäftsjahr planmäßig aufgelöst und betrug zum Bilanzstichtag auf 10,8 Mio. Euro (Vj. 11,4 Mio. Euro).

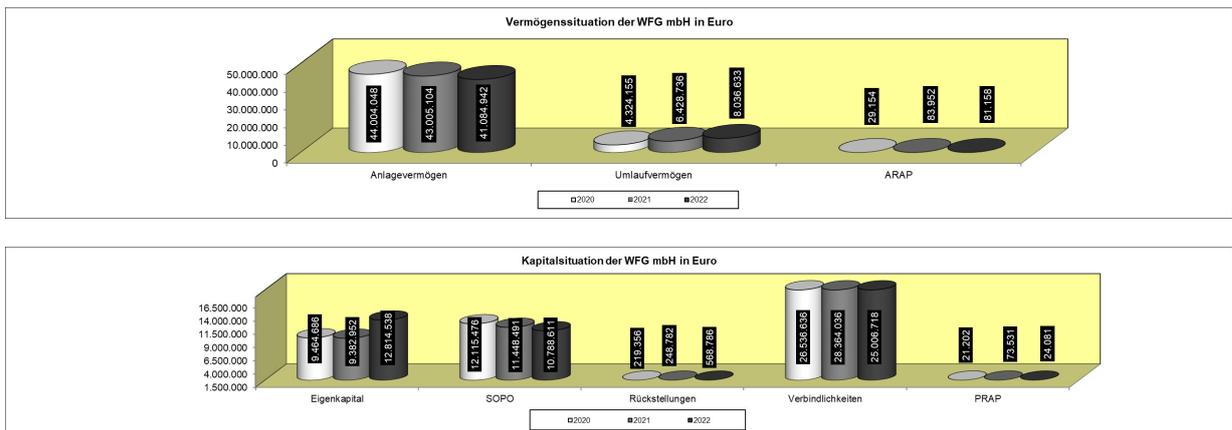
Die Rückstellungen erhöhten sich auf 569 Tsd. Euro (Vj. 249 Tsd. Euro) und beinhalten Steuerrückstellungen (241 Tsd. Euro; Vj. 4 Tsd. Euro) sowie Sonstige Rückstellungen in Höhe von 327 Tsd. Euro (Vj. 245 Tsd. Euro) im Wesentlichen für Umsatzsteuerzahlungen zzgl. Zinsen (25 Tsd. Euro), Archivierungskosten (57 Tsd. Euro), Prozesskosten (36 Tsd. Euro), Abschlusskosten (27 Tsd. Euro), Rückstellungen für Urlaub und Überstunden (83 Tsd. Euro).

Die gesamten Verbindlichkeiten der Gesellschaft beliefen sich auf 25,0 Mio. Euro (Vj. 28,4 Mio. Euro). Der Großteil der Verbindlichkeiten war den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten 23,0 Mio. Euro (Vj. 24,2 Mio. Euro) zuzuordnen. Im Berichtsjahr wurden die Kapitaldienstleistungen planmäßig bedient.

Die sonstigen Verbindlichkeiten (914 Tsd. Euro; Vj. 707 Tsd. Euro) beinhalteten überwiegend Kautionen aus Mietverhältnissen.

Insgesamt reduzierte sich das Fremdkapital um ca. 9,9 % im Vergleich zum Vorjahr auf 31,0 Mio. Euro (Vj. 34,4 Mio. Euro). Maßgeblich dafür waren die Tilgungsleistungen in Höhe von 1,1 Mio. Euro, die Auflösung des Sonderpostens, sowie die Auflösung erhaltener Anzahlungen im Zusammenhang mit dem Grundstücksverkauf Alteno.

Die Bilanzsumme betrug zum Bilanzstichtag 49,2 Mio. Euro (Vj. 49,5 Mio. Euro). Das Vermögen der Gesellschaft verminderte sich daher um 0,6 % gegenüber dem Vorjahr.



Gewinn- und Verlustrechnung der WFG mbH

Gewinn- und Verlustrechnung zum		31.12.2022 in Euro	31.12.2021 in Euro	31.12.2020 in Euro
1.	Umsatzerlöse	8.863.955	3.385.675	2.374.777
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-297.323	165.530	85.373
3.	Sonstige betriebliche Erträge	1.547.282	1.491.428	1.381.758
4.	Materialaufwand	-1.259.830	-888.022	-741.278
	a) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-499.296	-167.557	-158.772
	b) Aufwendungen für Hausbewirtschaftung	-760.534	-720.466	-582.506
5.	Personalaufwand	-1.053.652	-1.052.964	-764.759
	a) Löhne und Gehälter	-860.251	-853.885	-624.592
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-193.401	-199.078	-140.166
6.	Abschreibungen auf immater. Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-1.988.492	-1.992.688	-1.449.059
7.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.442.767	-578.668	-637.379
8.	Ordentliches Betriebsergebnis	4.369.173	530.291	249.434
9.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	10
10.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-428.531	-447.141	-455.541
11.	Finanzergebnis	-428.531	-447.141	-455.531
12.	Steuern vom Einkommen und Ertrag	-321.908	0	0
13.	Ergebnis nach Steuern	3.618.733	83.150	-206.097
14.	Sonstige Steuern	-187.148	-164.884,23	-49.745
15.	Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	3.431.586	-81.734	-255.842

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Das Geschäftsjahr 2022 schloss mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 3,4 Mio. Euro (Vj. -82 Tsd. Euro) ab. Die Gesamtleistung hat sich durch den Einmaleffekt der Veräußerung des Grundstücks im Industriegebiet Alteno im Berichtsjahr um 5,0 Mio. Euro (+141,2 %) auf einen Wert von 8,6 Mio. Euro gesteigert. In den Umsatzerlösen von insgesamt 8,9 Mio. Euro enthalten, ist der Erlös aus der Veräußerung des Grundstücks in Alteno in Höhe von 4,3 Mio. Euro bei gleichzeitiger Bestandsminderung um 279 Tsd. Euro. Weiterhin erhöhten sich die Mieterlöse (3,3 Mio. Euro; Vj. 2,8 Mio. Euro) und die Einnahmen aus Förderprojekten (565 Tsd. Euro; Vj. 265 Tsd. Euro) im Vergleich zum Vorjahr.

Die sonstigen betrieblichen Erträge beliefen sich auf 1,55 Mio. Euro (Vj. 1,49 Mio. Euro) und lagen damit um 56 Tsd. Euro über dem Vorjahreswert. Darin enthalten waren die im Vergleich zum Vorjahr leicht erhöhte Zuwendung des Gesellschafters in Höhe von 823 Tsd. Euro (Vj. 822 Tsd. Euro), Erträge aus der anteiligen Auflösung des Sonderpostens (665 Tsd. Euro) sowie ein Investitionszuschuss in Höhe von 56 Tsd. Euro für die Sanierung des Wärmeverbundsystems im Innenhof des ZLR I sowie übrige Erträge (3 Tsd. Euro).

Den gesamten Erträgen stand ein zum Vorjahr um 28 % unterproportional gestiegener betrieblicher Aufwand in Höhe von 4,9 Mio. Euro (Vj. 4,5 Mio. Euro) gegenüber. Der Aufwandszuwachs von 1,1 Mio. Euro ist im Wesentlichen bedingt durch erhöhte „Materialaufwendungen“ resultierend aus geleisteter Projektarbeit. Der Materialaufwand erhöhte sich auf 1,3 Mio. Euro (Vj. 888 Tsd. Euro).

Im Berichtsjahr fielen Abschreibungen auf das Anlagevermögen in Höhe von 1,988 Mio. Euro (Vj. 1,993 Mio. Euro) an.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr auf 1,4 Mio. Euro (Vj. 579 Tsd. Euro) u.a. infolge erforderlicher Fremdarbeiten, Reparaturen, notwendiger Wertberichtigungen und gesteigerten Werbekosten.

Der Personalaufwand stieg tarifbedingt und durch Neueinstellungen von einem Mitarbeiter auf 1,054 Mio. Euro (Vj. 1,053 Mio. Euro) an. Der Personalbestand erhöhte sich von 12 Mitarbeiter auf 13 Mitarbeiter.

Das ordentliche Betriebsergebnis verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr um 3,8 Mio. Euro auf 4,4 Mio. Euro. Die Entwicklung ist im Wesentlichen auf den gesteigerten Umsatz (+162 %) infolge des Grundstücksverkaufs in Alteno bei unterproportional gestiegenem betrieblichen Aufwand (+27 %) zurückzuführen.

Das Finanzergebnis entsprach aufgrund der Belastungen aus den Kapitaldiensten zur Finanzierung des ZFZ und der anderen Technologiezentren mit 428 Tsd. Euro (Vj. 447 Tsd. Euro) weitestgehend dem Vorjahresniveau.

Analysedaten

Die Anlagenintensität reduzierte sich abschreibungsbedingt auf 84 % (Vj. 87 %). Aufgrund der hohen Kapitalbindung durch die Zentren für Luft- und Raumfahrt und des fertiggestellten ZFZ ist diese weiterhin sehr hoch. Da es sich hierbei um langfristig gebundenes Vermögen handelt, sollte dieses auch langfristig finanziert sein. Unter Anrechnung des hälftigen Sonderpostens beträgt die Eigenkapitalquote 37 %.

Die Anlagendeckung II konnte mit einem Wert von 111 % weiterhin als stabil bewertet werden. Der Wert zeigt an, dass das Anlagevermögen langfristig finanziert ist.

Die Zinsaufwandsquote reduzierte sich im Vergleich zum Vorjahr von 13 % auf 5 %. Dies ist auf erhöhte Umsatzerlöse zurückzuführen.

Die Liquidität 3. Grades stieg deutlich von 114% auf 219 % an. Maßgeblich ist der Liquiditätszufluss aus der Veräußerung der Liegenschaften im Gewerbegebiet Alteno. Die Liquidität der Gesellschaft war zu jedem Zeitpunkt gesichert.

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit hat sich im Vergleich zum Vorjahr von 1.911 Tsd. Euro auf 5.420 Tsd. Euro erhöht.

Die Eigen- und Gesamtkapitalrentabilität lag aufgrund des Jahresüberschusses bei 15% bzw. 5 %.

Die Personalaufwandsquote reduzierte sich im Vergleich zum Vorjahr auf 11%. Der Mitarbeiterbestand wuchs von 12 auf 13 Mitarbeiter, bei nicht ganzjähriger Beschäftigung.

Kennzahl	2022	2021	2020
Vermögens- und Kapitalstruktur			
Anlagenintensität	84%	87%	91%
Eigenkapitalquote (ohne Sonderposten)	26%	19%	20%
Eigenkapitalquote (mit Sonderposten)	48%	42%	45%
Eigenkapitalquote (mit 50 % Sonderposten)	37%	31%	32%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0 Tsd. Euro	0 Tsd. Euro	0 Tsd. Euro
Finanzierung und Liquidität			
Anlagendeckung II (mit Sonderposten)	111%	102%	99%
Zinsaufwandsquote	5%	13%	19%
Liquidität 3. Grades	219%	114%	87%
Cashflow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	5,4 Mio. Euro	1,9 Mio. Euro	1,2 Mio. Euro
Rentabilität und Geschäftserfolg			
Eigenkapitalrentabilität (ohne Sonderposten)	27%	0%	0%
Eigenkapitalrentabilität (mit Sonderposten)	15%	0%	0%
Gesamtkapitalrentabilität	8%	1%	0%
Umsatzerlöse	8,9 Mio. Euro	3,4 Mio. Euro	2,4 Mio. Euro
Gesamtleistung (ohne Zuschuss)	9,3 Mio. Euro	4,2 Mio. Euro	3,8 Mio. Euro
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	3,4 Mio. Euro	-81 Tsd. Euro	-256 Tsd. Euro
Personalbestand			
Personalaufwandsquote	11%	25%	24%
Anzahl der Mitarbeiter	13	12	10

Geschäftsverlauf 2022

Das Geschäftsjahr 2022 wies mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 3,4 Mio. Euro (Vj. -82 Tsd. Euro) eine Ergebnisverbesserung um 3,5 Mio. Euro gegenüber 2021 aus. Die Erhöhung des Jahresergebnisses war begründet in einer im Vergleich zum Vorjahr um 1,9 Mio. Euro und damit um 54 % auf 5,5 Mio. Euro gestiegenen Gesamtleistung bei gleichzeitig unterproportionalem Anstieg des betrieblichen Aufwands um 1,3 Mio. Euro bzw. 27 %. Als einzelner Erträge von außergewöhnlicher Bedeutung sind im Berichtsjahr die Erlöse aus der Veräußerung der Grundstücke im Industriegebiet Alteno in Höhe von 4,3 Mio. Euro zu nennen.

Im Geschäftsjahr wurden ebenfalls erhöhte Einnahmen aus der Vermietung der Technologiezentren in Höhe von 2,7 Mio. Euro (Vj. 2,3 Mio. Euro) erzielt. Diese sind auf eine verbesserte Durchschnittsvermietung von 93 % (Vj. 82 %) zurückzuführen. Ebenfalls konnten die Umsatzerlöse aus geförderten Projekten (Lotsendienst, Digitaler Marktplatz, FoodChain, Mobilitätskonzept, Naturwelt Lieberoser Heide) auf 569 Tsd. Euro (Vj. 257 Tsd. Euro) gesteigert werden.

Im Bereich von Geschäftsbesorgungen (TGZ Wildau GmbH, Naturwelt Lieberoser Heide GmbH) ist der Umsatz mit 168 Tsd. Euro nahezu konstant gegenüber dem Vorjahr geblieben.

Mit dem Jahresergebnis in Höhe von 3,4 Mio. Euro wurde eine Verbesserung von 3,5 Mio. Euro im Vergleich zum Vorjahr erzielt. Hauptursache für den Gewinn war, wie bereits erwähnt, der Verkauf einer Fläche im Industriegebiet Alteno sowie Verbesserungen bei den Einnahmen aus der Vermietung der Technologiezentren.

Nach umfangreichen Investitionen in den Vorjahren wurden im Geschäftsjahr 2022 nur Investitionen in Höhe von insgesamt 74 Tsd. Euro getätigt. Davon entfielen 40 Tsd. Euro auf Restarbeiten am Gebäude ZFZ, 30 Tsd. Euro auf die Betriebs- und Geschäftsausstattung (EDV, Büroeinrichtung etc.) sowie 3 Tsd. Euro auf technische Anlagen und Maschinen.

Im Geschäftsjahr 2022 waren keine Finanzierungsmaßnahmen erforderlich.

Das Vermögen der Gesellschaft hat sich im Geschäftsjahr 2022 um 315 Tsd. Euro auf einen Wert in Höhe von 49,2 Mio. Euro verringert.

Ausgehend vom Anfangsbestand per 01.01.2022 in Höhe von 1,0 Mio. Euro verfügte die WFG mbH zum Bilanzstichtag über liquide Mittel in Höhe von 6,7 Mio. Euro. Der Finanzmittelzuwachs um 5,7 Mio. Euro auf 6,7 Mio. Euro resultiert aus dem Saldo des positiven Cash Flows aus laufender Geschäftstätigkeit (7,3 Mio. Euro), dem negativen Cash Flow aus der Investitionstätigkeit (-74 Tsd. Euro) sowie der negativen Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit (-1,6 Mio. Euro). Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2022 jederzeit gegeben.

Zur Finanzierung des ZLR III bestanden zum 01.01.2022 vier Darlehen mit einem Gesamtvolumen von 4.744 Tsd. Euro (Vj. 5.158 Tsd. Euro). Durch die planmäßige Tilgung in Höhe von 414 Tsd. Euro reduzierte sich die Restschuld zum Bilanzstichtag auf 4,3 Mio. Euro. Das ZFZ wird durch vier Kredite mit einem Gesamtvolumen von 19,3 Mio. Euro finanziert. In 2022 erfolgte eine Tilgung in Höhe von 551 Tsd. Euro, so dass sich die Restschuld am Ende des Geschäftsjahres auf 18,3 Mio. Euro belief. Die gesamten Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten betragen zum 31.12.2022 23,0 Mio. Euro (Vj. 24,2 Mio. Euro).

Ereignisse von besonderer Bedeutung, die wesentliche Auswirkungen auf den Geschäftsverlauf haben, sind nach Abschluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

Voraussichtliche Entwicklung, Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die von der WFG mbH betriebenen Technologiezentren stellen durch die Schaffung von High-Tech Arbeitsplätzen und der hohen Internationalisierung eine bedeutende Rolle auf dem Wirtschafts- und Arbeitsmarkt des Landkreises Dahme-Spreewald dar. Gerade in Corona Zeiten hat sich herausgestellt, dass bislang Technologiezentren von einer derartigen Krise deutlich weniger betroffen sind.

Die mit den Kommunen „Zeuthen-Wildau-Königs Wusterhausen“ entwickelte Dachmarke „dahme_innovation“ wird seit Mitte Juli 2023 durch den Beitritt der Gemeinde Schönefeld räumlich erweitert und umfasst damit die Gebietskulisse des Regionalen Wachstumskerns „Schönefelder Kreuz“.

Mittels der beschiedenen GRW-Förderung und dem Eigenanteil des Landkreises zur Finanzierung der ersten Phase des Projekts „Regionalmanagement dahme_innovation“ konnten erste Vorhaben für ein gemeinsames Standortmarketing und eine abgestimmte Standortentwicklung umgesetzt werden. Diese erfolgreiche Klammer soll ab 2024 mit einer zweiten dreijährigen Phase des Regionalmanagement fortgesetzt werden. Ziel ist es, ein regionales Ökosystem zu etablieren, das auch für den nachhaltigen wirtschaftlichen Erfolg des WFG-Immobilienvermögens ein unterstützendes Umfeld bietet. Dabei soll neben dem Geschäftsfeld Luftfahrt die Bereiche Mobilität, Umwelttechnik/Greentech, Informations- und Kommunikationstechnik sowie Life Science weiterentwickelt werden, um die wirtschaftliche Tragfähigkeit der Technologiezentren zu sichern.

Mit dem Betrieb der bestehenden Technologiezentren sind aktuelle und mittelfristige Chancen und Risiken verbunden, die sich auf die einzelnen Häuser verteilen.

Mit Abschluss der Reparatur des Wärmeverbundsystems im Innenhof des **ZLR I** als auch der noch an dauernden Reparatur der Verkleidung der Ablufttürme sind zentrale Aufgaben der Gebäudeinstandhaltung abgeschlossen bzw. in Angriff genommen worden. Das Haus hatte eine Vermietungsquote von 100 %, welche voraussichtlich in den nächsten Jahren auf hohem Niveau verstetigt werden kann.

Nach jahrelanger durchgängiger Vermietung des **ZLR II** ist der aktuelle Vertrag zum April 2024 gekündigt worden. Die Halle bietet somit die Möglichkeit die Attraktivität des Standorts durch die Vermietung an ein technologisch interessiertes Unternehmen weiter zu verbessern. Von einer Neuvermietung in 2024 wird aufgrund der Nachfrage am Markt ausgegangen.

Die zu Beginn des Jahres 2021 auf 50 % abgesunkene Vermietung des **ZLR III** konnte im Geschäftsjahr 2022 auf 85 % gesteigert werden. Die noch verfügbaren Büroflächen stellen eine angemessene Reserve für weitere Vermietungen dar. Der gut ausgestattete Saal des ZLR III hat sich nach einem Einbruch der Vermietungen in Corona-Zeiten in 2022 wieder auf Vor-Corona-Niveau stabilisiert.

Das **Zentrum für Zukunftstechnologien (ZFZ)** erreichte in 2022 eine durchschnittliche Vermietungsquote von 97 % und ist seit Anfang 2023 vollständig vermietet. Aufgrund der Vertragslaufzeiten wird dies auch für die kommenden Jahre erwartet. Diverse bauliche Mängel, die nach der Fertigstellung aufgetreten sind, konnten bislang weitestgehend im Rahmen der Gewährleistung behoben werden. Mit Ablauf der wesentlichen Gewährleistungsfristen in 2024 sind steigende Instandhaltungsaufwendungen zu erwarten.

Weitere Technologiezentren

Die Technologiezentren in Wildau sind strukturpolitisch als auch wirtschaftlich ein Erfolg. Insofern bestehen Überlegungen das Standortprofil in der Technologie- und Wissenschaftsregion mit weiteren Häusern zu schärfen. Bei kaum noch verfügbaren Grundstücken in der Region sind zunächst regionale liegenschaftliche Voraussetzungen zu schaffen. Ankaufversuch in 2023 sind aufgrund exorbitanter Preisvorstellungen der Eigentümer gescheitert. Gegenwärtig werden die Standorte „Dahme Nordufer“, „Funkenberg“ und Schönefeld hinsichtlich tragfähiger Alternativen geprüft.

Bei der WFG mbH ist im Jahr 2015 eine **steuerliche Außenprüfung** begonnen worden, die im Jahr 2022 fortgesetzt wurde. Prüfungsschwerpunkte waren die Umsatz- und Gewerbesteuer. Auf der Grundlage des Prüfungsergebnisses für die Prüfungsjahre 2010 - 2013 wurde die Prüfung für die Folgejahre 2014 - 2016 fortgesetzt.

Herausforderungen der kommenden Jahre

In Anbetracht der durchschnittlichen Arbeitslosenquote von 3,7 % im Jahr 2022 und den Prognosen für den Arbeitsmarkt in der Region zeigt sich zunehmend, dass die Gewinnung von qualifizierten **Arbeitskräften** schwieriger wird, um die wirtschaftliche Entwicklung der Region zu stärken. Vor diesem Hintergrund gilt es, attraktive Rahmenbedingungen des Arbeitsmarktes zu schaffen, die Integration von Flüchtlingen und möglicherweise die Anwerbung von in- und ausländischen Mitarbeitern zu fördern. Gegebenenfalls sind die Anstrengungen mit weiteren Haushaltsmitteln des Landkreises und der Kommunen zu unterstützen.

Die WFG mbH wird sich in 2023 und in den Folgejahren verstärkt mit dem Thema **Flughafenumfeldentwicklung** auseinandersetzen. Mit der Eröffnung des BER im Herbst 2020 beschäftigen sich Unternehmen zunehmend mit den Möglichkeiten einer Ansiedlung im Flughafenumfeld. In Schönefeld wurden in 2022 und 2023 ungefähr 100.000 m² Bürofläche fertiggestellt. Mit einer geschätzten Vermietungsquote von 30 – 40 % ist die Auslastung jedoch nicht zufriedenstellend.

Eine Neuorganisation der Vermarktung der Standorte im Flughafenumfeld ist seitens der Landespolitik und seitens des MWAE angeregt worden. In diesem Zusammenhang soll eine Evaluierung des aktuell in der Region agierenden Airport Region Teams angestoßen werden.

Aus Sicht der WFG ist es dringend geboten, dass eine gebündelte Vermarktung der Standorte im Flughafenumfeld durch die regionalen Wirtschaftsförderungsgesellschaften auf Brandenburger und Berliner Seite sowie durch die zahlreichen privaten Grundstücksgesellschaften unter Einbeziehung der Flughafengesellschaft erfolgt. Die WFG mbH hat zusammen mit den Kommunen des Regionalen Wachstums-kerns das Konzept „NEOCITY“ für die Flughafenregion vorgelegt. Erste Ergebnisse wurden Ende 2022 vorgelegt. Sofern seitens des Landes keine weitreichenden Schritte zur Neuentwicklung der Umfeldentwicklung und Vermarktung eingeleitet werden, ist zu überlegen, ob die Kommunen des RWK Schönefelder Kreuz zusammen mit dem Landkreis und der Flughafengesellschaft und möglicherweise privaten Entwicklern und Investoren eigene Entwicklungs- und Vermarktungsstrukturen aufbauen.

Digitale Infrastruktur

Zur Vorbereitung eines Förderantrags im Rahmen des neuen „Graue-Flecken-Programms“ der Bundesregierung hat die WFG in 2023 ein Markterkundungsverfahren durchgeführt. Für die flächendeckende Versorgung des Landkreises mit Glasfaseranschlüssen entstehen nach vorläufiger Schätzung Gesamtkosten von ca. 250 Mio. Euro. Von der bisherigen Kostenverteilung soll aufgrund des Einsatzes vorgenannter Fördermittel abgewichen werden. Der bisher übliche Eigenanteil des Landkreises in Höhe von 10 % der Ausbaurkosten soll aufgrund des Einsatzes der vorgenannten Fördermittel entfallen. Da die JTF Mittel allerdings bis 2028 endabgerechnet sein müssen, steht das gesamte Verfahren unter erheblichen zeitlichen Druck.

Digitale Dienste

Mit dem Ausbau der Breitbandinfrastruktur wird die Voraussetzung für eine verstärkte Digitalisierung des Landkreises und der Nutzung digitaler Dienste durch Bürger, öffentliche Einrichtungen und Unternehmen geschaffen. Die WFG ist an der Umsetzung der vom Kreistag am 14.12.2022 beschlossenen Digitalisierungsstrategie beteiligt.

Auf Grundlage der in 2016 gegenüber dem Landkreis getätigten Fördermittelzusage des Bundes und Landes in Höhe von 15,7 Mio. Euro und dem Kreistagsbeschluss vom 13.04.2016 über die Erbringung der erforderlichen Eigenmittel in Höhe von 1,7 Mio. Euro wurden die Aktivitäten zum **Breitbandausbau** fortgesetzt. Die WFG mbH setzte damit auf der Grundlage des am 01.01.2017 mit dem Landkreis abgeschlossenen Dienstleistungsvertrages die vereinbarten Aufgaben des Breitbandausbaus bis zum voraussichtlichen Ende der ersten Ausbauphase um. Die Arbeiten zum Ausbau erfolgten durch die Telekom, als bester Bieter des Vergabeverfahrens. Der Abschluss dieses Ausbauprojektes erfolgte im September 2022.

Als erstes umsetzungsorientiertes Digitalisierungsprojekt hat die WFG mbH einen vom Landkreis im Rahmen des BMEL-Programms „Smarte LandRegionen“ gestellten Förderantrag vorbereitet. Das Projekt sieht die Etablierung einer „digitalen Vermarktungsform für regionale Lebensmittel“ vor. Für die Konzeption stellte das BMEL 200 Tsd. Euro zur Verfügung. Ziel ist es, bis 2024 eine umfassende Konzeption zu erarbeiten. Hinsichtlich der Umsetzung sollen in einem zweiten Schritt Fördermittel aus dem Strukturstärkungsgesetz beantragt werden. Bis Ende 2024 soll eine umfassende Konzeption unter Beteiligung der relevanten regionalen Partner erarbeitet werden.

Ein weiteres von der WFG angestoßenes Projekt im Bereich der Digitalisierung ist „FoodChain“, bei dem in Kooperation mit dem Bereich Agrartechnik der Leibniz-Gesellschaft und verschiedenen Firmen Einsatzmöglichkeiten von autonomen Landwirtschaftsmaschinen in temporären 5G-Netzen erforscht werden sollen. Die WFG hat bei dem Projekt insbesondere die Bereiche Öffentlichkeitsarbeit und Bürgerbeteiligung übernommen. Laufzeit des Projekts ist bis Ende 2024.

Naturwelt Lieberoser Heide

Die WFG mbH übernahm zum 01.01.2021 die Geschäftsführung der I.N.A. Lieberoser Heide GmbH (neu: NaturWelt Lieberoser Heide GmbH). Die ursprünglich bis Ende 2023 begrenzte Geschäftsbesorgung wird mit Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 05.07.2023 um weitere 2 Jahre bis Ende 2025 durch die WFG weitergeführt.

Ziel ist es, die Lieberoser Heide als Wirtschafts-, Wissenschafts- und Tourismusregion über modellhafte Projekte zur Verbindung von Wildnis, Naturschutz und Regionalentwicklung weiterzuentwickeln.

Innerhalb der Tagung der IMAG der Brandenburger Ministerien am 10. Juli 2023 wurde die grundsätzliche Förderfähigkeit der wesentlich von der WFG entwickelten Konzeption mit einem Investitionsvolumen von ca. 25 Mio. Euro bestätigt. Förmlicher Antragsteller für die Beantragung einer bei der ILB ist der Landkreis Dahme-Spreewald, der beabsichtigt, die WFG mit der Umsetzung des Infrastrukturprojektes zu beauftragen.

Existenzgründungsförderung

Nach Intervention diverser Landkreise und kreisfreier Städte wird die Existenzgründungsförderung in Brandenburg im Zeitraum 2022 - 2025 in der bisherigen Form auf Ebene der Kreise fortgesetzt. Aufbauend auf bestehenden Stärken und Kompetenzen wird sich die WFG mbH mit einem neuen Konzept für dieses Förderprogramm mit einem jährlichen Volumen von ca. 190 Tsd. Euro bewerben.

Gewerbeflächen

Im Norden des Landkreises verstetigt sich zunehmend um das Schönefelder Kreuz ein **Gewerbeflächenengpass** bei Grundstücken zwischen 2.000 m² und 10.000 m². Vor diesem Hintergrund konnten die

Nachfragen an kleinteiligen Flächen für dort bereits ansässige Firmen seit 2017 nicht mehr bedient werden. Um die wirtschaftliche Entwicklung im Landkreis weiter zu befördern, bedarf es einer vertieften Bedarfsanalyse und Planung. Möglicherweise sind in einem zweiten Schritt Haushaltsmittel des Landkreises für Flächenankäufe und Erschließungsmaßnahmen erforderlich.

EU-Förderung

Bei allen Tätigkeiten der WFG mbH ist zu bedenken, dass die vergangene **Förderperiode der Europäischen Union (EFRE und ESF)** bis Ende 2021 verlängert wurde. Bei der Förderrichtlinie ab 2023 für das Land Brandenburg ist die Förderquote in vielen Bereichen deutlich abgesenkt worden bzw. sind Förderatbestände nicht mehr Bestandteil des Programms.

Bei der Finanzierung der WFG mbH und ihrer Projekte sind Mittel aus den EU-Strukturfonds seit Jahren ein wesentlicher Bestandteil der Finanzierung. Es ist davon auszugehen, dass hierfür mittelfristig andere Finanzierungsquellen zu erschließen sind.

Kooperation

Die WFG mbH ist bestrebt die Kooperationen mit den Kommunen, aufbauend aus der Zusammenarbeit mit dem Breitbandausbau, zu intensivieren. Dies erfreuliche Entwicklung soll in den Folgejahren fortgesetzt werden.

Für das Jahr 2023 geht die Geschäftsführung davon aus, dass das prognostizierte und angestrebte Betriebsergebnis in Höhe von 168,9 Tsd. Euro auf Grund erreicht werden wird.

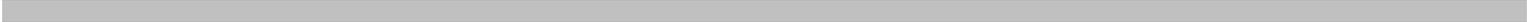
Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald

	Wirtschaftsjahr	Wert in Tsd. Euro
Kapitalzuführungen	2022	0
	2021	0
	2020	1, 4 Mio. Euro* Kapitalerhöhung zur Finanzierung ZFZ durch Kapitaldienstverzicht
Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche	2022	0
	2021	0
	2020	0
gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen (Kommunalbürgschaften)	2022	0
	2021	0
	2020	Bürgschaft gegenüber der MBS zur Finanzierung des ZFZ in Höhe von 8,337 Mio. Euro
sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft des Landkreises unmittelbar beziehungsweise mittelbar auswirken können in Tsd. Euro	2022	823,4 Betriebskostenzuschuss
		0,2 Kleinkreditprogramm
		59,5 Dienstleistung Breitband (brutto)
		84,3 PTU (brutto) FM LDS
		229,7 DL Dahme_innovation
		63,8 DL foodChain (brutto)
	2021	32,4 DL Smarte LandRegionen (brutto)
		821,7 Betriebskostenzuschuss
		0,0 Kleinkreditprogramm
	2020	37,0 Dienstleistung Breitband (brutto)
		16,9 PTU (brutto) FM LDS
		600 Betriebskostenzuschuss
0,0 Kleinkreditprogramm		
37,0 Dienstleistung Breitband (brutto)		
16,9 Start to fly, Start to green, Start to health (brutto)		

*Von Oktober 2011 - 2019 erfolgte in halbjährlichen Raten in Höhe von 103 Tsd. Euro die Tilgung des Ratendarlehens von ursprünglich 3.718 Tsd. Euro gegenüber der Investitionsbank des Landes Brandenburg über die Finanzierung des ZLR III. Der Landkreis Dahme-Spreewald stellt die Tilgung sicher, die Tilgungsraten werden von der WFG mbH refinanziert. Ab 2020 bis 2029 verzichtet der Landkreis auf die vollständige Refinanzierung des durch die WFG zu erbringenden Kapitaldienstes. Dadurch freigesetzte Liquidität der WFG mbH von insgesamt 1.400 Tsd. Euro sichert den Kapitaldienst des von der WFG mbH aufzunehmenden Darlehens zur Finanzierung zusätzlicher Baukosten des ZFZ ab. Der als Kapitalerhöhung zu wertende teilweise Kapitaldienstverzicht ist im Jahresabschluss 2020 bei der WFG mbH abgebildet.

Konsolidierung

Im Gesamtabschluss des Landkreises erfolgt eine Vollkonsolidierung der WFG mbH.



Technologie- und Gründerzentrum Wildau GmbH

Freiheitstraße 124-126
 15745 Wildau
 Tel.: +(49) (0) 3375 / 52 38 0
 Fax: +(49) (0) 3375 / 52 38 44
 E-Mail: kontakt@tgz-wildau.de
 www.tgz-wildau.de



	2022	2021	2020
Stammkapital in Euro	51.200	51.200	51.200
Beteiligung des LDS in %	100	100	100
Beteiligung des LDS in Euro	51.200	51.200	51.200
Datum der Gründung	22.12.1994		
Aktueller Gesellschaftsvertrag	03.11.2014		
Gegenstand des Unternehmens	<p>Betrieb eines Technologie-, Innovations- und Gründerzentrums mit dem Ziel, vor allem innovations- und technologieorientierten Unternehmen Unterstützung und günstige Bedingungen für die Unternehmensgründung und Ansiedlung zu bieten</p> <p>Vermietung bzw. Verpachtung entsprechender Räume an technologie- und innovationsorientierte Unternehmen</p> <p>Betreuung der Mieter durch Informationen über Unternehmensplanung (Technologie-, Finanzierungs- und Marketingberatung) sowie Vermittlung von Kontakten und Kooperationen</p> <p>Akquise finanzieller Mittel für wichtige Projekte der Wirtschafts-, Arbeits- und Technologieförderung</p>		
Öffentlicher Zweck	<p>Der Landkreis ist gemäß § 122 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) verpflichtet, die wirtschaftliche Entwicklung seines Gebietes zu fördern. Mit Beschluss des Kreistages vom 23.10.2013 wurde die Erfüllung des öffentlichen Zwecks gemäß den Voraussetzungen über die wirtschaftliche Betätigung nach § 91 BbgKVerf bestätigt. Der Anlage 2 zum Beteiligungsbericht 2022 ist der fristgerechte Nachweis (alle 10 Jahre) über die fortlaufende Erfüllung des öffentlichen Zwecks nach den Voraussetzungen des § 91 Abs. 6 BbgKVerf zu entnehmen.</p>		
Organe der Gesellschaft	<p><u>Geschäftsführer:</u> Herr Gerhard Janßen</p>		
	<p><u>Gesellschafterversammlung:</u> Zu Beginn der neuen Wahlperiode des Kreistages des Landkreises Dahme-Spreewald im Jahr 2019 wurde die Bestellung von Vertretern des Landkreises in wirtschaftlichen Unternehmen, Zweckverbänden und sonstigen Einrichtungen neu beschlossen. Aus diesem Grund sind in diesem Beteiligungsbericht die Vertreterbestellungen in der Anlage 1 separat dargestellt.</p>		

Bilanz der TGZ Wildau GmbH

Bilanz zum		31.12.2022 in Euro	31.12.2021 in Euro	31.12.2020 in Euro
Aktiva				
A.	Anlagevermögen	442.935	664.035	858.910
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0
II.	Sachanlagen	442.935	664.035	858.910
1.	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken	396.499	611.023	826.525
2.	Technische Anlagen und Maschinen	10.421	12.390	14.359
3.	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	36.015	40.622	18.026
B.	Umlaufvermögen	384.222	318.139	445.080
I.	Vorräte	133.015	125.571	135.578
1.	Unfertige Leistungen	133.015	125.571	135.578
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	41.608	29.875	16.923
1.	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	35.198	21.281	15.835
2.	Forderungen gegen verbundene Unternehmen	0	0	0
3.	Sonstige Vermögensgegenstände	6.410	8.594	1.088
III.	Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten u. Schecks	209.599	162.693	292.580
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	12.615	13.008	12.615
	Bilanzsumme	839.772	995.182	1.316.605
Passiva				
A.	Eigenkapital	456.648	426.459	466.907
I.	Gezeichnetes Kapital	51.200	51.200	51.200
II.	Kapitalrücklage	105.671	105.671	105.671
III.	Gewinnvortrag	269.589	310.036	278.381
IV.	Jahresüberschuss / -fehlbetrag	30.189	-40.447	31.655
B.	Sonderposten für Investitionszuschüsse	6.119	128.498	250.878
C.	Rückstellungen	20.506	20.230	23.914
1.	Steuerrückstellungen	0	0	0
2.	Sonstige Rückstellungen	20.506	20.230	23.914
D.	Verbindlichkeiten	356.499	419.995	574.906
1.	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	208.588	260.578	413.961
2.	Erhaltene Anzahlungen	129.906	107.921	121.819
3.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	10.020	34.022	25.273
4.	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	0	0	0
5.	Sonstige Verbindlichkeiten	7.985	17.473	13.854
E.	Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
	Bilanzsumme	839.772	995.182	1.316.605

Erläuterungen zu Positionen der Bilanz

Die Bilanz der TGZ Wildau GmbH war auch im Berichtsjahr 2022 durch hohes gebundenes Anlagevermögen, dem Grundstück, Gebäude sowie der Betriebs- und Geschäftsausstattung des TGZ gekennzeichnet. Gemessen an der Bilanzsumme betrug der Anteil des Anlagevermögens 53 %.

Die unter Vorräte untergeordnete Position „unfertige Leistungen“ beinhalten die umlagefähigen Betriebskosten, die im Folgejahr mit den Mietern endabgerechnet werden. Mit 133 Tsd. Euro beliefen sich die Vorräte leicht über dem Vorjahreswert (126 Tsd. Euro).

Der Forderungsbestand lag mit 42 Tsd. Euro über dem Vorjahreswert (30 Tsd. Euro). Die darin enthaltenen Lieferforderungen (35 Tsd. Euro) beziehen sich auf Betriebskostenabrechnungen für das Jahr 2021, welche im IV. Quartal 2022 in Rechnung gestellt wurden. Die sonstigen Vermögensgegenstände betragen 6 Tsd. Euro (Vj. 9 Tsd. Euro).

Der Kassenbestand erhöhte sich auf 210 Tsd. Euro zum Bilanzstichtag.

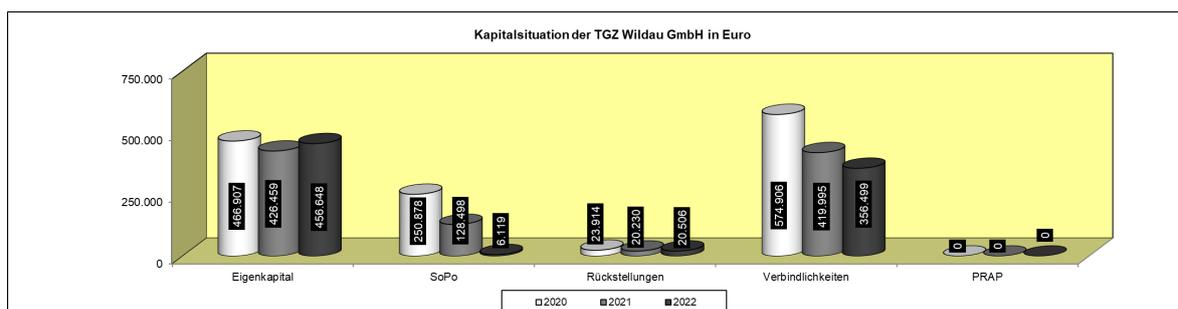
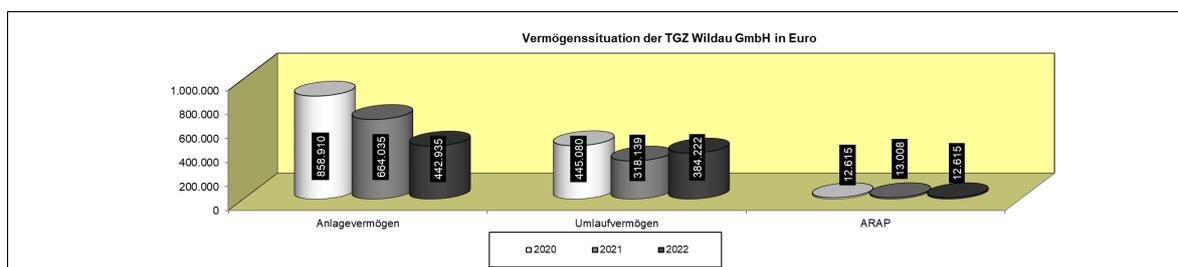
Insgesamt erhöhte sich das Umlaufvermögen gegenüber dem Vorjahr auf 384 Tsd. Euro (Vj. 318 Tsd. Euro).

Das Eigenkapital erhöhte sich auf 457 Tsd. Euro zum Bilanzstichtag, bei einem Gewinnvortrag von 270 Tsd. Euro und einem Jahresüberschuss aus 2022 in Höhe von 30 Tsd. Euro. Das gezeichnete Kapital sowie die Kapitalrücklage blieben konstant gegenüber dem Vorjahr.

Unter Berücksichtigung des hälftigen Sonderpostens für Investitionszuschüsse, der Eigenkapitalcharakter hat, errechnete sich für 2022 eine Reduzierung des Eigenkapitals auf 460 (Vj. 490 Tsd. Euro). Die Eigenkapitalquote stieg auf 55 % (Vj. 49 %) durch die überproportionale Reduzierung des langfristigen Fremdkapitals und der Verkürzung der Bilanzsumme. Der Sonderposten für Investitionszuschüsse verringerte sich analog der anteiligen Abschreibungen des TGZ-Gebäudes planmäßig um 123 Tsd. Euro. Zum Bilanzstichtag betrug dieser 6 Tsd. Euro (Vj. 128 Tsd. Euro).

Die Rückstellungen in Höhe von 21 Tsd. Euro blieben im Vergleich zum Vorjahr (20 Tsd. Euro) annähernd konstant. Sie beinhalten Rückstellungen für Abschluss- und Prüfungskosten (10 Tsd. Euro), für Archivierungskosten (9,8 Tsd. Euro) und für ausstehende Rechnungen (0,4 Tsd. Euro).

Die Verbindlichkeiten beliefen sich insgesamt auf 357 Tsd. Euro (Vj. 420 Tsd. Euro). Ein Großteil davon entfällt auf die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 209 Tsd. Euro (Vj. 261 Tsd. Euro). Die kurzfristigen Verbindlichkeiten und übrigen Verbindlichkeiten beliefen sich auf 148 Tsd. Euro (Vj. 159 Tsd. Euro).



Gewinn- und Verlustrechnung der TGZ Wildau GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung zum		31.12.2022 in Euro	31.12.2021 in Euro	31.12.2020 in Euro
1.	Umsatzerlöse	450.352	450.092	506.538
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen	7.444	-10.006	-10.609
3.	sonstige betriebliche Erträge	122.457	122.983	122.379
4.	Materialaufwand	-137.087	-137.172	-134.270
5.	Personalaufwand	0	-333	-73.288
	a) Löhne und Gehälter	0	0	-59.356
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	0	-333	-13.932
6.	Abschreibungen	-222.685	-237.443	-226.913
	a) Abschreibungen auf imm. VG und Sachanlagen	-222.685	-237.443	-226.913
	b) außerplanmäßige Abschreibungen auf Vermögensgegenstände und Sachanlagen	0	0	0
7.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-179.751	-216.760	-141.196
8.	Ordentliches Betriebsergebnis	40.730	-28.642	42.642
9.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	4.538
10.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-3.954	-5.218	-8.938
11.	Finanzergebnis	-3.954	-5.218	-4.400
12.	Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0	0
13.	Ergebnis nach Steuern	36.776	-33.860	38.242
14.	Sonstige Steuern	-6.587	-6.587	-6.587
15.	Jahresergebnis	30.189	-40.447	31.655

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Umsatzerlöse beliefen sich im Berichtsjahr auf 450 Tsd. Euro (Vj. 450 Tsd. Euro) und entsprachen damit dem Vorjahreswert.

Sonstige betriebliche Erträge (123 Tsd. Euro) stammten im Wesentlichen aus der ertragswirksamen Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen.

Der Materialaufwand in Höhe von 137 Tsd. Euro (Vj. 137 Tsd. Euro) beinhaltete die bezogenen Leistungen (Betriebskosten) und belief sich auf dem Vorjahreswert.

Die Abschreibungen in Höhe von 223 Tsd. Euro lagen unter dem Vorjahreswert (237 Tsd. Euro).

Die Verwaltung des Technologiezentrums erfolgte auch in 2022 vollständig im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages zwischen der TGZ Wildau GmbH und der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Dahme-Spreewald mbH. Die Kosten, die im Rahmen des Geschäftsbesorgungsvertrages entstanden sind, wurden in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen erfasst.

Seit 2021 wird das Facility Management des TGZ von der WFG mbH erbracht werden. Durch den Personalwechsel fielen bei der TGZ Wildau GmbH keine Personalkosten mehr an. Im Geschäftsjahr wurde ein Jahresüberschuss in Höhe von 30 Tsd. Euro erzielt (Vj. -40 Tsd. Euro).

Analysedaten

Die Anlagenintensität war aufgrund des TGZ Gebäudes mit 53 % weiterhin hoch. Da es sich hierbei um langfristig gebundenes Vermögen handelt, sollte dieses auch langfristig finanziert sein. Bei Betrachtung der Anlagendeckung II mit einem Wert von 140 % zeigt sich, dass diese Regel vollumfänglich erfüllt ist. Der Zielwert liegt bei 1 bzw. 100 %.

Eine hohe Anlagenintensität erfordert daher einen hohen Anteil von Eigenkapital bzw. langfristigem Fremdkapital. Unter Einbeziehung des hälftigen Sonderpostens für Investitionszuschüsse kann die gesteigerte Eigenkapitalquote von 55 % als solide beurteilt werden. Durch die Veränderung des Fremdkapitals und der Erhöhung des Gewinnvortrages durch den erzielten Jahresüberschuss konnte die Eigenkapitalquote (ohne Sonderposten) im Vergleich zum Vorjahr von 43 % auf 54 % gesteigert werden.

Die Zinsaufwandsquote blieb aufgrund der Tilgungen von Krediten bei 1 %. Im Rahmen des planmäßig erbrachten Kapitaldienstes von insgesamt 56 Tsd. Euro, wurden 4 Tsd. Euro (Vj. 5 Tsd. Euro) für Zinszahlungen geleistet. Die Liquidität 3. Grades hat sich von 94 % auf 174 % erhöht.

Der Cash Flow aus der lfd. Geschäftstätigkeit erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 56 Tsd. Euro auf 253 Tsd. Euro. Aufgrund des positiven Jahresergebnisses betrug die Eigenkapitalrentabilität 7 % und die Gesamrentabilität 4 % (Vj. jeweils 0 %).

Aufgrund der Ausgliederung des Facilitymanagements in die WFG mbH fielen keine Personalaufwendungen im Berichtsjahr an. Vor diesem Hintergrund errechnete sich keine Personalaufwandsquote. Die Kosten für das Facilitymanagement waren den betrieblichen Aufwendungen zuzurechnen.

Kennzahl	2022	2021	2020
Vermögens- und Kapitalstruktur			
Anlagenintensität	53%	67%	65%
Eigenkapitalquote (ohne Sonderposten)	54%	43%	35%
Eigenkapitalquote (mit 50% Sonderposten)	55%	49%	45%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0 Tsd. Euro	0 Tsd. Euro	0 Tsd. Euro
Finanzierung und Liquidität			
Anlagendeckung II (mit Sonderposten)	140%	115%	114%
Zinsaufwandsquote	1%	1%	2%
Liquidität 3. Grades	174%	94%	132%
Cashflow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	253 Tsd. Euro	197 Tsd. Euro	259 Tsd. Euro
Rentabilität und Geschäftserfolg			
Eigenkapitalrentabilität	7%	0%	7%
Gesamtkapitalrentabilität	4%	0 %	3%
Umsatz	450 Tsd. Euro	450 Tsd. Euro	507 Tsd. Euro
Gesamtleistung	580 Tsd. Euro	563 Tsd. Euro	618 Tsd. Euro
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	30 Tsd. Euro	-40 Tsd. Euro	32 Tsd. Euro
Personalbestand			
Personalaufwandsquote (im Verhältnis zur Gesamtleistung)	0%	0%	11%
Anzahl der Mitarbeiter	0	0	1

Geschäftsverlauf 2022

Die Leistungen der TGZ Wildau GmbH bezogen sich auf die Dauervermietung von Räumlichkeiten überwiegend an „kleine und mittlere“ Unternehmen, die Einzelvermietung von Räumlichkeiten für Veranstaltungen und Seminare. Facility-Managementleistungen für Dritte werden ab 2021 durch die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Dahme-Spreewald im Rahmen eines Dienstleistungsvertrages erbracht.

Das Geschäftsjahr war durch einen vergleichsweise konstanten Mieterbesatz geprägt. Die Umsatzerlöse der TGZ beliefen sich im Geschäftsjahr 2022 auf 450 Tsd. Euro und waren damit nahezu identisch mit dem Vorjahreswert. Der Vermietungsstand belief sich auf 93,05 % (Vj. 88,3 %) und lag damit 5 % über dem Vorjahresniveau. Im Geschäftsjahr konnten aufgrund der bereits hohen Vermietung nur zwei neue Mietverträge über kleinere Flächen abgeschlossen werden. Neue Mieter sind ein Unternehmen für Ingenieurdienstleistungen in der Baubranche und eine Firma, die in der modelbasierten Softwareentwicklung tätig ist.

Der im Vorjahr neu eingerichtete Coworking Space konnte auch im Jahr 2022 die erwartete Vermittlungsrate nicht erreichen. Die durchschnittliche Auslastung betrug 30 %, wobei die Verweildauer (zwischen 2 und 12 Monaten) als auch die Anzahl der Nutzer (zwischen 4 und 8) fluktuierte. Das Projekt „Coworking Space“ hatte gegenüber dem Vorjahr eine verbesserte aber insgesamt noch nicht zufriedenstellende Auslastung. Das Angebot soll zunächst weitergeführt werden, um weitere Erfahrungswerte zu sammeln.

Im Geschäftsjahr wurden Investitionen in Höhe von 2 Tsd. Euro für ein Pflanzgefäß getätigt. Für Reparaturen und Instandhaltung fiel ein Aufwand in Höhe von 45 Tsd. Euro an.

Die Geschäftsführung sowie die gesamte Verwaltung des Technologiezentrums erfolgten, wie auch in den Vorjahren, durch die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Dahme-Spreewald mbH, welche im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages diese Aufgaben abdeckt. Seit dem 01.01.2021 verfügt die TGZ Wildau GmbH nicht mehr über eigenes Personal. Das Facility Management wird nunmehr ebenfalls durch die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Dahme-Spreewald im Rahmen eines Dienstleistungsvertrages erbracht.

Der Kapitaldienst der Kredite zur Finanzierung der Errichtung des Technologie- und Gründerzentrums wurde im Geschäftsjahr planmäßig in Höhe von 56 Tsd. Euro bedient. Die Kreditverbindlichkeiten reduzierten sich auf 209 Tsd. Euro (Vj. 261 Tsd. Euro).

Die liquiden Mittel der Gesellschaft, die im Vorjahr auf 163 Tsd. Euro abgesunken waren, konnten wieder auf einen Wert von 210 Tsd. Euro erhöht werden. Betriebskostenzuschüsse des Gesellschafters wurden nicht geleistet. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war in 2022 zu jedem Zeitpunkt sichergestellt.

Es wurde ein Jahresüberschuss in Höhe von 30 Tsd. Euro erzielt, was einer Verbesserung von 11 Tsd. Euro gegenüber dem Planwert entsprach.

Voraussichtliche Entwicklung, Chancen und Risiken

Mit einer Sockelliquidität Ende 2022 in Höhe von 210 Tsd. Euro besteht aus Sicht der Geschäftsführung ausreichen Liquidität für anstehende Reparaturen im Jahr 2023 (Heizkesselerneuerung, Wärmepumpe). Aufgrund der stabilen Vermietungssituation im Jahr 2022 konnte die Liquidität gesteigert werden. Für die Finanzierung der zusätzlichen Wärmepumpe ist neben der Akquise von Fördermitteln möglicherweise eine im Wirtschaftsplan 2023 bereits enthaltene Kreditaufnahme erforderlich.

An der Strategie, der Investition in die Gebäudesubstanz, zum Erhalt der Qualität wird auch in den folgenden Jahren festgehalten. Sie ist Voraussetzung für eine nachhaltige Bewirtschaftung. Umfassender Bedarf für eine Neugestaltung besteht im ehemaligen Foyer des TGZ. Im aktuellen Zustand ist dieser Eingangsbereich nicht repräsentativ für das Gesamthaus. Daneben ist eine Abhängigkeit der finanziellen Mittel eine nachträgliche Klimatisierung des zweiten Flügels des TGZ und von Teilflächen des Anbaus weiterhin zu erwägen.

Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald

	Wirtschaftsjahr	Wert in Tsd. Euro
Kapitalzuführungen (eigenkapitalerhöhende Betriebskostenzuschüsse)	2022	0
	2021	0
	2020	0
Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche	2022	0
	2021	0
	2020	0
Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen (Kommunalbürgschaften)	In 2021 erlosch mit Ablösung des Darlehens die Bürgschaft des LDS.	
Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft des Landkreises unmittelbar beziehungsweise mittelbar auswirken können	2022	0 Tsd. Euro
	2021	Umsetzung Sanierungsvereinbarung vom 18.10.2006 mit der Übernahme des Kapitaldienstes gegenüber der DKB-Bank Restschuld zum 31.12.2021: 0 Tsd. Euro
	2020	Umsetzung Sanierungsvereinbarung vom 18.10.2006 mit der Übernahme des Kapitaldienstes gegenüber der DKB-Bank Restschuld zum 31.12.2020: 37 Tsd. Euro
Konsolidierung		
Im Gesamtabchluss des Landkreises erfolgt eine Vollkonsolidierung der TGZ Wildau GmbH.		



Wirtschaftsregion Lausitz GmbH

Magazinstr. 28

03046 Cottbus

Tel.: +49 (0) 355 / 28 890 404

Fax: +49 (0) 355 / 288 90 405

E-Mail: info@wirtschaftsregion-lausitz.de

www.wirtschaftsregion-lausitz.de



	2022	2021	2020
Stammkapital in Euro	55.000	25.000	35.000
Gesellschafter	Anteil am Stammkapital	Anteil am Stammkapital	Anteil am Stammkapital
Land Brandenburg (vertr. d. d. Ministerium der Finanzen und für Europa)	30.000 Euro; 54,55 %	-	-
Wirtschaftsregion Lausitz GmbH	-	5.000 Euro; 5.000 Euro, 28,57 %	-
Landkreis Bautzen	-	-	5.000 Euro, 14,29 %
Landkreis Dahme-Spreewald	5.000 Euro; 9,09 %	5.000 Euro; 14,29 %	5.000 Euro; 14,29 %
Landkreis Elbe-Elster	5.000 Euro; 9,09 %	5.000 Euro; 14,29 %	5.000 Euro; 14,29 %
Landkreis Görlitz	-	-	5.000 Euro; 14,29 %
Landkreis Oberspreewald-Lausitz	5.000 Euro; 9,09 %	5.000 Euro; 14,29 %	5.000 Euro; 14,29 %
Landkreis Spree-Neiße	5.000 Euro; 9,09 %	5.000 Euro; 14,29 %	5.000 Euro; 14,29 %
Stadt Cottbus	5.000 Euro; 9,09 %	5.000 Euro; 14,29 %	5.000 Euro; 14,29 %
Datum der Gründung	15.07.2009 als Energieregion Lausitz-Spreewald GmbH		
Umfirmierung	27.11.2017 (Eintragung Handelsregister)		
aktueller Gesellschaftsvertrag	25.01.2022		
Gegenstand des Unternehmens	Strategische Koordinierung und Begleitung des Strukturwandels durch die Entwicklung zukunftsfähiger wirtschaftlicher Perspektiven für den Brandenburger Teil der Lausitz auf der Basis der strategischen Ausrichtung des Landes		
	Beratung und Unterstützung bei der Weiterentwicklung strategischer Ausrichtungen		
	Begleitung und Steuerung der Strukturentwicklung, u. a. durch die Unterstützung regionaler Projekte		
	Steuerung, Durchführung und Weiterentwicklung der Werkstattprozesse zur Entwicklung, Qualifizierung, Begleitung und Unterstützung der Umsetzung von regionalen Projekten		
	Förderung der länderübergreifenden Zusammenarbeit zwischen dem Freistaat Sachsen und dem Land Brandenburg sowie benachbarter Staaten zu Fragen der Struktur- und Regionalentwicklung unter Beachtung des § 91 Abs. 4 Satz 2 BbgKVerf		
	Unterstützung eines partizipativen Beteiligungsprozesses zivilgesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure		

	Koordinierung, Steuerung und Umsetzung von Maßnahmen zum Marketing und zur Imagestärkung der Wirtschaftsregion Lausitz
Öffentlicher Zweck	<p>Der Landkreis ist gemäß § 122 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) verpflichtet die wirtschaftliche Entwicklung seines Gebietes zu fördern. Mit Beschluss des Kreistages vom 23.10.2013 wurde die Erfüllung des öffentlichen Zwecks gemäß den Voraussetzungen über die wirtschaftliche Betätigung nach § 91 BbgKVerf bestätigt.</p> <p>Der Anlage 2 zum Beteiligungsbericht 2022 ist der fristgerechte Nachweis (alle 10 Jahre) über die fortlaufende Erfüllung des öffentlichen Zwecks nach den Voraussetzungen des § 91 Abs. 6 BbgKVerf zu entnehmen.</p>
Organe der Gesellschaft	<p><u>Geschäftsführung:</u> Herr Heiko Jahn (ab 13.09.2019)</p> <p><u>Gesellschafterversammlung:</u> Vertreter LDS: Frau Heike Zettwitz (Beigeordnete des Landkreises Dahme-Spreewald, Betrauung gem. § 97 Abs. 1 BbgKVerf)</p> <p>Stellvertreter LDS: Gem. § 97 Abs. 1 BbgKVerf</p> <p><u>Aufsichtsrat:</u> Vertreter des LDS: Herr Stefan Klein (Dezernent für Wirtschaft, Finanzen, Sicherheit und Recht des Landkreises Dahme-Spreewald, Betrauung gem. § 97 Abs. 1 BbgKVerf)</p>

Bilanz der WRL GmbH

Bilanz zum		31.12.2022 in Euro	31.12.2021 in Euro	31.12.2020 in Euro
Aktiva				
A.	Anlagevermögen	20.131	30.055	57.153
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	5	5	5
1.	Entgeltlich erworbene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	5	5	5
II.	Sachanlagen	20.126	30.050	57.148
1.	Andere Anlagen, Betriebs- u. Geschäftsausstattung	20.126	30.050	57.148
B.	Umlaufvermögen	419.552	756.052	824.574
I.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	12.754	326.161	79.450
1.	Forderungen aus Lieferungen u. Leistungen	9.552	317.738	62.256
2.	Sonstige Vermögensgegenstände	3.202	8.422	17.194
II.	Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	406.798	429.891	745.124
C.	Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten	5.996	12.485	7.786
D.	Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag		0	16.765
	Bilanzsumme	445.679	798.592	906.278
Passiva				
A.	Eigenkapital	266.670	271.699	0
I.	Gezeichnetes Kapital	55.000	25.000	35.000
II.	Gewinnvortrag/Verlustvortrag	246.699	-51.765	162.719
III.	Jahresfehlbetrag/-überschuss	-35.029	298.464	-214.484
IV.	Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	16.765
B.	Geleistete Einlagen zur beschlossenen Kapitalerhöhung	0	20.000	0
C.	Rückstellungen	111.811	28.182	487.882
1.	Steuerrückstellungen	0	0	0
2.	Sonstige Rückstellungen	111.811	28.182	487.882
D.	Verbindlichkeiten	67.198	478.711	418.396
1.	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0	85.894
2.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen u. Leistungen	6.843	31.100	246.212
3.	Sonstige Verbindlichkeiten	60.356	447.611	86.290
D.	Passiver Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
	Bilanzsumme	445.679	798.592	906.278

Erläuterungen zu Positionen der Bilanz

Das Anlagevermögen (20 Tsd. Euro; Vj. 30 Tsd. Euro) hat sich im Vergleich zum Vorjahr aufgrund planmäßiger Abschreibungen, denen keine Zugänge und Abgänge gegenüberstanden, verringert.

Das Umlaufvermögen (420 Tsd. Euro; Vj. 756 Tsd. Euro) hat sich per Saldo um 337 Tsd. Euro verringert. Dabei sind unter den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen die noch nicht geleisteten Eigenanteile der Kooperationspartner zum Projekt „Zukunftswerkstatt Lausitz“ ausgewiesen. Ebenso reduziert haben sich die liquiden Mittel zum Bilanzstichtag im Vergleich zum Vorjahr um 23 Tsd. Euro (407 Tsd. Euro; Vj. 430 Tsd. Euro).

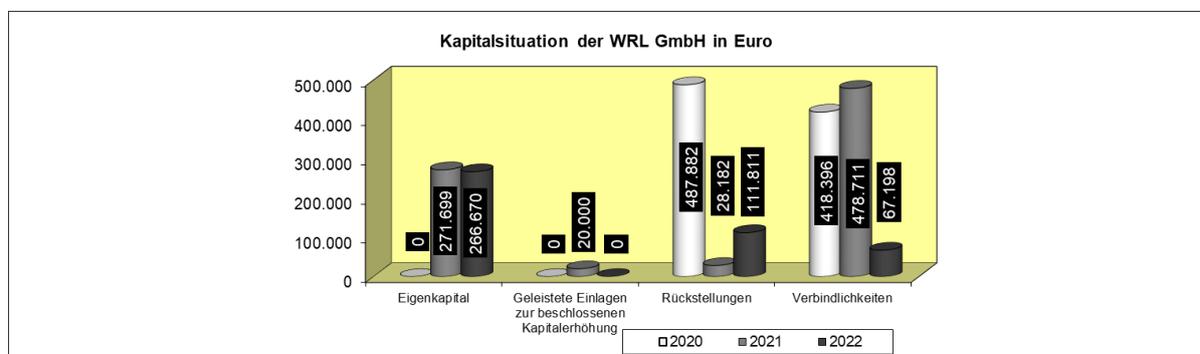
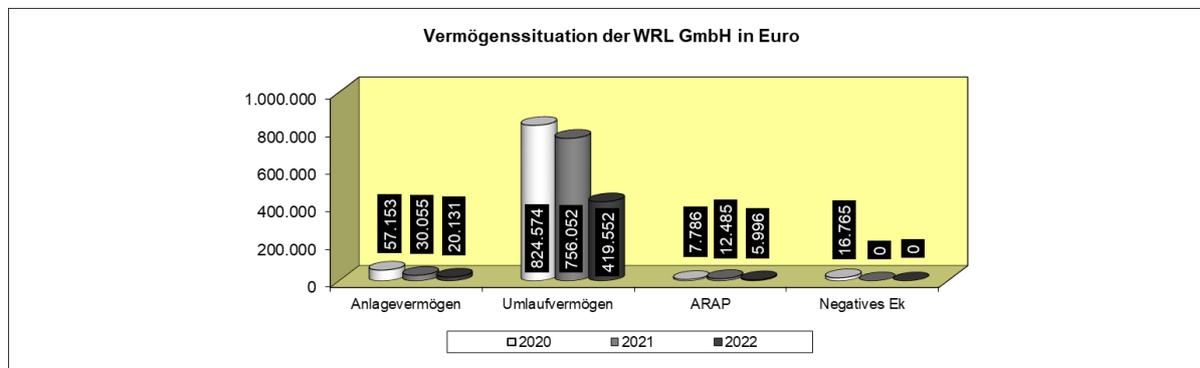
Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten beinhaltet maßgeblich Kosten für vorausgezahlte Versicherungen in Höhe von 6 Tsd. Euro (Vj. 13 Tsd. Euro), die das Folgejahr betreffen.

Das Eigenkapital hat sich insgesamt gegenüber dem Vorjahr um 5 Tsd. Euro reduziert. Bedingt durch den Jahresfehlbetrag in Höhe von -35 Tsd. Euro und der gegenläufigen Erhöhung im Gezeichneten Kapital in Höhe von 30 Tsd. Euro errechnet sich diese Veränderung. Das Gezeichnete Kapital erhöht sich aufgrund der Umbuchung der im Vorjahr gebildeten Bilanzposition „Geleistete Einlagen zur beschlossenen Kapitalerhöhung“, darüber hinaus wird der von der WRL selbst gehaltene Anteil in Höhe von 10 Tsd. Euro nicht mehr vom Eigenkapital abgesetzt.

Eine Erhöhung um 84 Tsd. Euro zeigt sich in der Position der Rückstellungen. Im Wesentlichen sind zwei Sachverhalte für diese Entwicklung verantwortlich – zum einen wurde eine Rückstellung für zurückzuzahlende Gesellschafterzuschüsse in Höhe von 41 Tsd. Euro gebildet, außerdem wurde eine Rückstellung in Höhe von 28 Tsd. Euro für Gehaltszahlungen aufgrund eines Vergleiches gebildet. Weitere 9 Tsd. Euro entfallen auf eine für die Rückzahlung von Fördermitteln im Rahmen des Projektes Moro gebildete Rückstellung.

Die gesamten Verbindlichkeiten (67 Tsd. Euro; Vj. 479 Tsd. Euro) verringerten sich deutlich um 412 Tsd. Euro. Davon betreffen innerhalb der Sonstigen Verbindlichkeiten 388 Tsd. Euro die Rückzahlung eines Anteils der im Jahr 2022 erhaltenen institutionellen Förderung des Landes Brandenburg. Die Rückzahlung von Fördermitteln und Zinsen aus dem ZWL-Projekt in Höhe von 114 Tsd. Euro sowie die Rückzahlung von Gesellschafterzuschüssen in Höhe von 50 Tsd. Euro sind hier ebenfalls ausgewiesen.

Die Bilanzsumme reduzierte sich erneut, und zwar um 353 Tsd. Euro von 799 Tsd. Euro auf 446 Tsd. Euro.



Gewinn- und Verlustrechnung der WRL GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung zum		31.12.2022 in Euro	31.12.2021 in Euro	31.12.2020 in Euro
1.	Umsatzerlöse	0	0	0
2.	Sonstige betriebliche Erträge	1.737.753	1.787.600	6.228.471
3.	Materialaufwand	0	0	0
	a) Aufwendungen für bezogene Leistungen	0	0	0
4.	Personalaufwand	-1.244.647	-1.176.874	-1.269.296
	a) Löhne und Gehälter	-1.034.240	-977.111	-1.047.405
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-210.407	-199.762	-221.890
5.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-9.924	-34.903	-45.362
6.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-517.780	-276.132	-5.114.069
7.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	4	0
8.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	-679	-13.932
9.	Ergebnis nach Steuern	-34.598	299.016	-214.188
10.	Sonstige Steuern	-431	-552	-296
11.	Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-35.029	298.464	-214.484

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Im Jahr 2022 erzielte die WRL GmbH Gesamterträge in Höhe von 1.738 Tsd. Euro (Vj. 1.788 Tsd. Euro). Umsatzerlöse wurden nicht generiert.

Unter den sonstigen betrieblichen Erträgen in Höhe von 1.738 Tsd. Euro wurden unter anderem die Betriebskostenzuschüsse der Gesellschafter des Berichtsjahres ausgewiesen sowie die institutionelle Förderung des Landes Brandenburg. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich diese Position um 50 Tsd. Euro verringert.

Die Personalaufwendungen beliefen sich im Berichtsjahr auf 1.245 Tsd. Euro. Dies entspricht einer Erhöhung gegenüber dem Vorjahr um 68 Tsd. Euro. Die Mitarbeiterzahl blieb mit 17 Vollzeitstellen konstant gegenüber dem Vorjahr.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich im Berichtsjahr um 242 Tsd. Euro aufgrund der Durchführung von zwei STARK-Projekten.

Gegenüber dem Vorjahr konnten die Zinsaufwendungen (0 Tsd. Euro; Vj. 1 Tsd. Euro) nochmals reduziert werden.

Das Berichtsjahr schloss mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von -35 Tsd. Euro ab. Dies begründet sich im Wesentlichen durch Abschreibungen und Personalkostenrückstellungen, die nicht durch die Gesellschafter finanziert werden konnten.

Analysedaten

Die Anlagenintensität von 5 % hat sich im Vergleich zum Vorjahr wieder leicht erhöht.

Die Eigenkapitalquote hat sich im Vorjahresvergleich auf 60 % erhöht und deutet damit auf einen sehr stabilen Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital. Die deutliche Veränderung zum Vorjahreswert begründet sich durch eine stark reduzierte Bilanzsumme bei nur wenig verringertem Eigenkapital.

Die Liquidität 3. Grades betrug 234 % und lag damit über dem Schwellenwert von 100 %.

Die Ermittlung der Personalaufwandsquote ist aufgrund einer neutralen Gesamtleistung des Unternehmens auch in diesem Berichtszeitraum nicht abbildbar. Die Anzahl der Mitarbeiter hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht verändert, der Personalaufwand ist jedoch etwas angestiegen.

Kennzahl	2022	2021	2020
Vermögens- und Kapitalstruktur			
Anlagenintensität	5%	4%	6%
Eigenkapitalquote	60%	34%	0%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0 Euro	0 Euro	17 Tsd. Euro
Finanzierung und Liquidität			
Anlagendeckung II	1.325%	971%	0%
Zinsaufwandsquote	-	-	-
Liquidität 3. Grades	234%	149%	101%
Cashflow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	-5 Tsd. Euro	353 Tsd. Euro	-169 Tsd. Euro
Rentabilität und Geschäftserfolg			
Eigenkapitalrentabilität	13%	0%	0%
Gesamtkapitalrentabilität	-8%	37%	0%
Umsatz	0 Euro	0 Euro	0 Euro
Gesamtleistung	0 Euro	0 Euro	0 Euro
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	-35 Tsd. Euro	298 Tsd. Euro	-214 Tsd. Euro
Personalbestand			
Personalaufwandsquote (im Verhältnis zur Gesamtleistung)	-	-	-
Anzahl der Mitarbeiter	17	17	22

Geschäftsverlauf 2022

Im Berichtsjahr 2022 setzte sich die Gesellschafterstruktur wie folgt zusammen: Land Brandenburg vertr. d. d. Ministerium der Finanzen und für Europa, Landkreis Dahme-Spreewald, Landkreis Elbe-Elster, Landkreis Oberspreewald-Lausitz, Landkreis Spree-Neiße und die kreisfreie Stadt Cottbus. Das Land Brandenburg hält demnach nun mit 30 Tsd. Euro Stammkapital einen Anteil in Höhe von 54,55 % an der Gesellschaft, die fünf kommunalen Gesellschafter sind mit jeweils 5 Tsd. Euro und einem Anteil in Höhe von jeweils 9,09 % beteiligt. Die mit dem Eintritt des Landes Brandenburg als Gesellschafter in Zusammenhang stehende Erhöhung des Stammkapitals wurde mit Eintragung in das Handelsregister am 04.01.2022 rechtskräftig.

Dem angepassten Geschäftszweck des Unternehmens entsprechend, nahm die WRL GmbH im Berichtsjahr ihre gesellschaftsrechtliche Aufgabe, den Strukturwandel in der Lausitz zu befördern, wahr und konzentrierte sich insbesondere auf die folgenden Aufgaben:

Strategische Koordinierung und Begleitung des Strukturwandels durch die Entwicklung zukunftsfähiger wirtschaftlicher Perspektiven für den Brandenburger Teil der Lausitz auf der Basis der strategischen Ausrichtung des Landes,

Beratung und Unterstützung bei der Weiterentwicklung strategischer Ausrichtungen,

Begleitung und Steuerung der Strukturentwicklung, u. a. durch die Unterstützung regionaler Projekte,

Steuerung, Durchführung und Weiterentwicklung der Werkstattprozesse zur Entwicklung, Qualifizierung, Begleitung und Unterstützung der Umsetzung von regionalen Projekten,

Förderung der länderübergreifenden Zusammenarbeit zwischen dem Freistaat Sachsen und dem Land Brandenburg sowie benachbarter Staaten zu Fragen der Struktur- und Regionalentwicklung unter Beachtung des § 91 Abs. 4 Satz 2 BbgKVerf,

Unterstützung eines partizipativen Beteiligungsprozesses zivilgesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure, Koordinierung, Steuerung und Umsetzung von Maßnahmen zum Marketing und zur Imagestärkung der Wirtschaftsregion Lausitz.

Aufgrund der Neuausrichtung der WRL GmbH als Landesstrukturentwicklungsgesellschaft des Landes Brandenburg konzentrierte sich das Unternehmen ab dem Jahr 2021 ausschließlich auf Projekte, die direkt mit dem Strukturwandel in der Lausitz in Verbindung stehen. Eine Fortführung der Arbeit als Projektträger sowie finanzielle Unterstützung für andere Projekte erfolgt nicht mehr.

Im Berichtsjahr konnte sich die Arbeit des Werkstattteams verstetigen und weiterentwickeln, z. B. um die Funktion eines Förderlotsen. Seine Aufgabe ist es, auf andere Förderprogramme zu verweisen, sofern eine Förderung über die Strukturmittel des Landes nicht möglich ist. Es wurden zahlreiche Projektideen geprüft und qualifiziert. Um Synergieeffekte zu erzielen, wurden im Verlauf komplementär angesiedelte Projekte identifiziert. Insgesamt fanden 18 Sitzungen in den fünf Werkstätten statt, außerdem wurden zwei werkstattübergreifende Sitzungen durchgeführt. Durch die Interministerielle Arbeitsgruppe (IMAG) wurden 11 Projekte bestätigt, durch die Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB) wurden 19 Zuwendungsbescheide erteilt.

Eine weitere wichtige Säule der Projektarbeit der WRL besteht in der Umsetzung des Bundesmodellvorhabens „Unternehmen Revier“. Hierbei betreut die WRL als Regionalpartner die Förderungen im Rahmen des Regionale Investitionskonzeptes (RIK). Dieses Förderprogramm ist eine bedeutende Ergänzung zum Strukturstärkungsgesetz, da es sich mit Möglichkeiten einer direkten Unternehmensförderung an KMUs richtet, die eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung mit Effekten der Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen erzielen wollen. Aus dem im Berichtsjahr erfolgten Projektauftrag gingen von 27 eingereichten Projektideen insgesamt 12 Projekte mit 21 Einreichern, teilweise im Verbund, mit der Aufforderung zur Einreichung hervor.

Das Hauptaugenmerk der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie des Marketings der WRL im Jahr 2022 lag in der intensiven Vorbereitung und dem Start der Imagekampagne „Aufbruch Lausitz“, mit der eine Full-Service-Agentur betraut werden sollte. Zum 01.07.2022 konnte eine Agentur gebunden werden, der Start zur Umsetzung wurde am 28.12.2022 im Rahmen einer Pressekonferenz verkündet. Im Jahr 2023 soll eine intensive Arbeit aufgenommen werden, die auch den professionellen Aufbau eines Social Media Marketing beinhaltet.

Das Geschäftsjahr 2022 schloss mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von -35 Tsd. Euro ab.

Voraussichtliche Entwicklung, Chancen und Risiken

Auch zukünftig ist für den Erhalt einer liquiden Basis der Gesellschaft und dem damit in Verbindung stehenden Handlungsspielraum die Grundfinanzierung durch die institutionelle Förderung der Staatskanzlei Brandenburg und die Betriebskostenzuschüsse der Gesellschafter unerlässlich, denn durch die Betrauung gemäß geltendem EU-Recht ist die Anhäufung von Liquiditätsreserven nicht zulässig.

Ein rechtsverbindlicher Betrauungsakt, der die ausgleichsfähige Daseinsvorsorge genau definiert, gilt für die Gesellschaft seit dem 01.01.2014 und reduziert somit das beihilferechtliche Rückforderungsrisiko. Eine Finanzierungsvereinbarung zwischen den Gesellschaftern vom 08.12.2021 bildet die Grundlage für die Finanzierung der Gesellschaft.

Um eine frühestmögliche Erkennung bestandsgefährdender Risiken zu gewährleisten, die Auswirkungen auf die Ertrags- oder Finanzlage des Unternehmens haben könnten, wird auf lückenlose und engmaschige Kommunikation gesetzt. Bestandsgefährdende Risiken sind für das Unternehmen nicht zu erwarten.

Für das Jahr 2023 wird gemäß Wirtschaftsplanung ein ausgeglichenes Ergebnis erwartet.

Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald

	Wirtschaftsjahr	Wert in Tsd. Euro
Kapitalzuführungen	2022	0
	2021	0
	2020	0
Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche	2022	0
	2021	0
	2020	0
gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen (Kommunalbürgschaften)	2022	keine
	2021	keine
	2020	keine
sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft des Landkreises unmittelbar beziehungsweise mittelbar auswirken können	2022	147 Betriebskostenzuschuss und anteilige Projektfinanzierung
	2021	118 Betriebskostenzuschuss 9 STARK Eigenanteil
	2020	60 Betriebskostenzuschuss 34 ZWL Eigenanteil
Weitere Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald wie Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche sowie gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen bestehen nicht.		
Konsolidierung		
Im Gesamtabchluss des Landkreises erfolgt die Konsolidierung zu Anschaffungskosten.		



BADC – Berlin-Brandenburg Area Development Company GmbH

Mittelstraße 11

12529 Schönefeld

Tel.: +49 (0) 30 / 81 03 17 72

Fax: +49 (0) 30 / 80 92 70 52

E-Mail: info@badc-gmbh.de

www.badc-gmbh.de

BADC

Berlin-Brandenburg Area Development Company

	2022		2021		2020	
Stammkapital in Euro	50.000		50.000		50.000	
Gesellschafter	Anteil in Euro	Anteil in %	Anteil in Euro	Anteil in %	Anteil in Euro	Anteil in %
Landkreis Teltow-Fläming	2.500	5	2.500	5	2.500	5
Gemeinde Rangsdorf	8.000	16	8.000	16	8.000	16
Gemeinde Großbeeren	5.000	10	5.000	10	5.000	10
Stadt Ludwigsfelde	5.000	10	5.000	10	5.000	10
Gemeinde Blankenfelde-Mahlow	3.000	6	3.000	6	3.000	6
Landkreis Dahme-Spreewald	5.000	10	5.000	10	5.000	10
Stadt Königs Wusterhausen	7.500	15	7.500	15	7.500	15
Stadt Wildau	7.500	15	7.500	15	7.500	15
Gemeinde Eichwalde	1.500	3	1.500	3	1.500	3
Gemeinde Schulzendorf	1.500	3	1.500	3	1.500	3
Gemeinde Zeuthen	1.500	3	1.500	3	1.500	3
Gemeinde Bestensee	1.000	2	1.000	2	1.000	2
Gemeinde Schönefeld	500	1	500	1	500	1
Stadt Mittenwalde	500	1	500	1	500	1
Datum der Gründung	26.02.2001					
aktueller Gesellschaftsvertrag	16.12.2015					
Gegenstand des Unternehmens	<p>Vorbereitung und Durchführung von Maßnahmen der kommunalen Standort- und Strukturentwicklung im Flughafenumfeld BER in Zusammenarbeit mit den Ländern Berlin und Brandenburg, den Landkreisen, Kommunen und Privatpersonen</p> <p>Durchführung eines Dialogforums im Flughafenumfeld BER sowie Unterhaltung und Betrieb einer Kommunikationsplattform</p> <p>Sicherstellung eines Interessenausgleichs zwischen kommunalen Gebietskörperschaften des Flughafenumfeldes (gemäß Definition LEP FS) untereinander sowie zwischen den kommunalen Gebietskörperschaften und den Betreibern des Flughafens Berlin-Schönefeld und deren Gesellschaftern andererseits</p> <p>Koordinierung und Umsetzung ökologischer Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen im Flughafenumfeld BER</p> <p>Darüber hinaus kann die Gesellschaft alle Aufgaben wahrnehmen, die dem Gesellschaftszweck unmittelbar dienlich sind.</p>					

<p>Öffentlicher Zweck</p>	<p>Gemäß § 122 Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) ist der Landkreis verpflichtet, die wirtschaftliche und ökologische Entwicklung seines Gebietes zu fördern. Mit Beschluss des Kreistages vom 23.10.2013 wurde die Erfüllung des öffentlichen Zwecks gemäß den Voraussetzungen über die wirtschaftliche Betätigung nach § 91 BbgKVerf bestätigt.</p> <p>Der Anlage 2 zum Beteiligungsbericht 2022 ist der fristgerechte Nachweis (alle 10 Jahre) über die fortlaufende Erfüllung des öffentlichen Zwecks nach den Voraussetzungen des § 91 Abs. 6 BbgKVerf zu entnehmen.</p>
<p>Organe der Gesellschaft</p>	<p><u>Geschäftsführerin:</u> Frau Dipl.- Ing. Antje Girschick</p> <p><u>Gesellschafterversammlung:</u> Vertreter LDS: Frau Heike Zettwitz (Beigeordnete)</p> <p>Stellvertreter LDS: Herr Dr. Städter (Amt 23)</p>

Bilanz der BADC GmbH

Bilanz zum		31.12.2022 in Euro	31.12.2021 in Euro	31.12.2020 in Euro
Aktiva				
A.	Anlagevermögen	196.981	199.549	197.455
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	142.283	142.283	142.283
1.	Konzessionen, gewerbl. Schutzrechte und ähnliche Rechte	0	0	0
2.	Geleistete Anzahlungen	142.283	142.283	142.283
II.	Sachanlagen	2.698	5.266	3.172
1.	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.698	5.266	3.172
III.	Finanzanlagen	52.000	52.000	52.000
1.	Genossenschaftsanteile	52.000	52.000	52.000
B.	Umlaufvermögen	2.823.501	2.619.701	3.094.173
I.	Vorräte	1.579.402	1.031.210	1.260.722
1.	Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	1.579.402	1.031.210	1.260.722
2.	Geleistete Anzahlungen	0	0	0
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	119.641	106.205	181.051
1.	Forderungen aus Lieferung und Leistungen	71.058	90.636	157.138
	davon Forderungen gegen Gesellschafter	0	0	3.879
2.	Sonstige Vermögensgegenstände	48.583	15.569	181.051
III.	Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	1.124.458	1.482.286	1.652.400
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	1.270	1.584	1.490
D.	Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
	Bilanzsumme	3.021.752	2.820.834	3.293.118
Passiva				
A.	Eigenkapital	387.855	349.554	294.847
I.	Gezeichnetes Kapital	50.000	50.000	50.000
II.	Gewinnvortrag/Verlustvortrag	299.554	244.847	180.174
III.	Jahresüberschuss	38.301	54.707	64.673
IV.	Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
B.	Rückstellungen	34.364	23.590	22.507
1.	Steuerrückstellungen	12.417	427	0
2.	sonstige Rückstellungen	21.946	23.163	22.507
C.	Verbindlichkeiten	2.594.547	2.442.323	2.970.018
1.	Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	2.376.364	2.250.991	2.880.542
2.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	215.660	188.818	84.595
	davon Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	0	100.156	19.397
3..	Sonstige Verbindlichkeiten	2.522	2.514	4.881
D.	Rechnungsabgrenzungsposten	4.986	5.366	5.745
	Bilanzsumme	3.021.752	2.820.834	3.293.118

Erläuterungen zu Positionen der Bilanz

Auf der Aktivseite war eine Minderung des Anlagevermögens um 3 Tsd. Euro infolge planmäßiger Abschreibung der Sachanlagen (3 Tsd. Euro) auf 197 Tsd. Euro zu verzeichnen. Das Umlaufvermögen erhöhte sich um 204 Tsd. Euro auf 2,8 Mio. Euro. Maßgeblich dazu beigetragen hat der Zuwachs der unfertigen Erzeugnisse. Durch vorfinanzierte Projektumsetzungen erhöhten sich die Bestände an unfertigen Leistungen um 548 T€ auf 1,6 Mio. Euro. Die Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände erhöhten sich um 13 Tsd. Euro auf 120 Tsd. Euro. Der Kassenbestand reduzierte sich um 357 Tsd. Euro auf 1,1 Mio. Euro (Vj. 1,5 Mio. Euro). Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war im Berichtsjahr jederzeit sichergestellt.

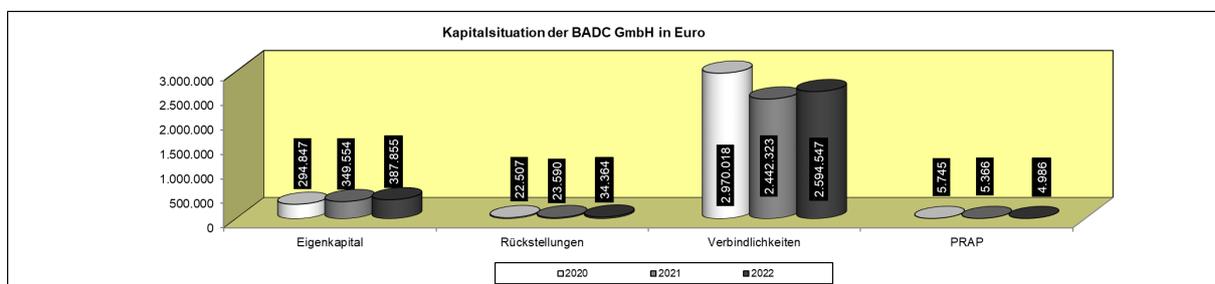
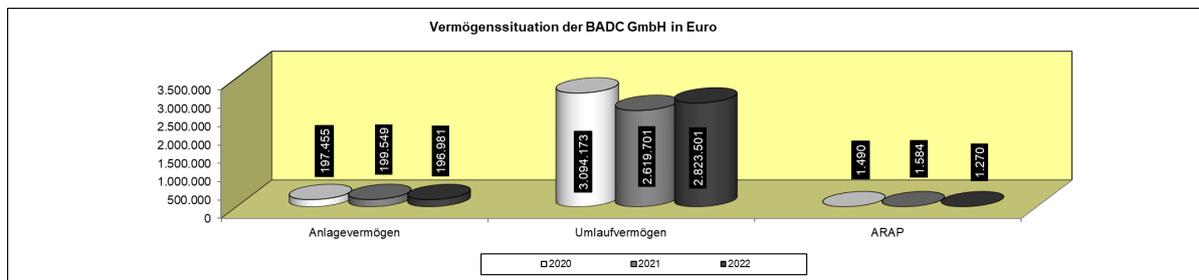
Die Forderungen betrafen im Wesentlichen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 71 Tsd. Euro und sind daher kurzfristiger Natur mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr.

Durch den Jahresüberschuss in Höhe von 38 Tsd. Euro erhöhte sich mit Abschluss des Wirtschaftsjahres 2022 das Eigenkapital zum Bilanzstichtag auf 388 Tsd. Euro (Vj. 350 Tsd. Euro).

Weiterhin war auf der Passivseite der Bilanz eine Erhöhung der Verbindlichkeiten auf 2,6 Mio. Euro (Vj. 2,4 Mio. Euro) zu verzeichnen. In diesem Zusammenhang ist der Anstieg der Verbindlichkeiten aus erhaltenen Anzahlungen auf Bestellungen für die Durchführung von Ersatzmaßnahmen mit 2,4 Mio. Euro (Vj. 2,3 Mio. Euro) zu nennen. Die Lieferantenverbindlichkeiten erhöhten sich um 27 Tsd. Euro auf 216 Tsd. Euro.

Rückstellungen (34 Tsd. Euro) lagen über dem über Vorjahresniveau. Die Rückstellungen setzen sich aus Steuerrückstellungen (12 Tsd. Euro) und sonstigen Rückstellungen (22 Tsd. Euro) zusammen. Diese beinhalteten im Wesentlichen Rückstellungen für Abschluss- und Prüfungskosten (12 Tsd. Euro), Urlaubs- und Überstundenrückstellungen (5 Tsd. Euro), Rückstellungen für Archivierungskosten zur Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen über einen Zeitraum von zehn Jahren (4 Tsd. Euro) sowie Rückstellungen für ausstehende Rechnungen (1 Tsd. Euro).

Insgesamt erhöhte sich die Bilanzsumme gegenüber dem Vorjahr um 201 Tsd. Euro auf einen Wert von 3,0 Mio. Euro.



Gewinn- und Verlustrechnung der BADC GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung zum		31.12.2022 in Euro	31.12.2021 in Euro	31.12.2020 in Euro
1.	Umsatzerlöse	1.000.122	2.088.344	2.242.770
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	548.192	-229.512	-432.528
3.	Gesamtleistung	1.548.314	1.858.836	1.810.241
4.	Sonstige betriebliche Erträge	12.135	2.174	4.090
5.	Materialaufwand	-1.221.204	-1.494.275	-1.501.065
	a) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-1.221.204	-1.494.275	-1.501.065
6.	Personalaufwand	-192.782	-207.430	-174.508
	a) Löhne und Gehälter	-157.507	-169.541	-143.482
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-35.275	-37.890	-31.025
7.	Abschreibungen	-2.567	-2.764	-359
	a) Abschreibung auf immaterielle Vermögensgegenstände des AV und Sachanlagen	-.2567	-2.764	-359
8.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-90.822	-96.444	-68.845
9.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.040	-5.215	-5.367
10.	Sonstigen Zinsen und ähnliche Erträge	-3.283	910	910
11.	Ergebnis nach Steuern	38.567	55.130	
12.	Sonstige Steuern	-266	-423	-423
13.	Jahresüberschuss	38.301	54.707	64.673

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Im Geschäftsjahr verminderten sich die Umsatzerlöse im Vergleich zum Vorjahr um 1,1 Mio. Euro auf 1,0 Mio. Euro. Der Bestand an fertigen und unfertigen Erzeugnissen erhöhte sich um 777 Tsd. Euro. Die Gesamtleistung reduzierte sich zum Vorjahreswert um 311 Tsd. Euro auf 1,5 Mio. Euro.

Die Umsatzerlöse in Höhe von 1,0 Mio. Euro (Vj. 2,1 Mio. Euro) enthalten im Wesentlichen die im Berichtsjahr umgesetzten Entsiegelungsprojekte in Zusammenarbeit mit dem Bauernverband M180b Rückbau der ehemaligen Ziegelei in Löpten (388 Tsd. Euro), sowie Umsatzerlöse aus der Alleinpflanzung M147a und M147b Waldbauliche Maßnahmen (161 Tsd. Euro), den Rückbau der 110 kV Leitung in Wildau M27 (66 Tsd. Euro), den Abriss der Nerzfabrik M221 (26 Tsd. Euro) sowie Umsatzerlöse aus der Geschäftsbesorgung Dialogforum KAG. Erlöse aus Beratungsleistungen wurden in Höhe von 76 Tsd. Euro ausgewiesen.

Der betriebliche Aufwand reduzierte sich im Vergleich zum Vorjahr auf 1,5 Mio. Euro (Vj. 1,8 Mio. Euro). Darin enthalten waren der um 273 Tsd. Euro gesunkene Materialaufwand (1,2 Mio. Euro) für bezogene Leistungen und der Personalaufwand (193 Tsd. Euro).

Im Vorjahresvergleich verminderten sich die Aufwendungen für bezogene Leistungen um 273 Tsd. Euro. Der Anteil der bezogenen Leistungen betrug gemessen an der Gesamtleistung ca. 79 % (Vj. 80%).

Zum 31.05.2022 verließ die für die „Assistenz der Geschäftsführung/Projektmanagement beschäftigte Arbeitnehmerin aus persönlichen Gründen das Unternehmen, so dass die Personalaufwendungen unter dem Vorjahreswert lagen. Die Vergütung der Geschäftsführerin i. H. v. 103 Tsd. Euro sind aufgrund der Personalabordnung gegenüber dem Landkreis Dahme-Spreewald in den Aufwendungen für bezogene Leistungen ausgewiesen.

Analysedaten

Aufgrund der projektbezogenen Arbeit der BADC unterliegt die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Kapitalstruktur zum Teil erheblichen Schwankungen. Da es sich um ein Dienstleistungsunternehmen ohne eigene Objekte handelt, zeigte sich eine hierfür charakteristische niedrige Anlagenintensität.

Eine Vermögensdeckung innerhalb der Gesellschaft ist seit dem Jahr 2016 wiedergegeben, der Verlustvortrag konnte vollständig gedeckt werden. Die Gesellschaft konnte einen Gewinnvortrag in Höhe von 300 Tsd. Euro (Vj. 245 Tsd. Euro) aufbauen und das Eigenkapital auf 388 Tsd. Euro stärken. In Relation zum Vermögen der Gesellschaft erhöhte sich die Eigenkapitalquote von 12 % auf 13 %. Die Eigenkapitalrentabilität verminderte sich aufgrund des geringeren Jahresüberschusses im Vergleich zum Vorjahr von 16 % auf 10 %. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war im Geschäftsjahr zu jedem Zeitpunkt sichergestellt. Die Liquidität 3. Grades in Höhe von 162 % bestätigt dies deutlich.

Mit dem Erwerb von Genossenschaftsanteilen in 2018 und der erworbenen Ersatzaufforstungsrechte verfügt die Gesellschaft über immaterielle Vermögensgegenstände, welche gemessen am Eigenkapital zu einer Anlagendeckung in Höhe von 197 % führten.

Die Personalaufwandsquote stieg infolge erhöhter Personalaufwendungen von 11 % auf 12 %. Die im Personalaufwand erfassten Kosten betrafen die zwei Stellen Projektmanagement, die temporäre Besetzung der Stelle der Projektassistenz der Geschäftsführung sowie die Referentin der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Dialogforum. Die Kosten für die Geschäftsführung wurden hier nicht erfasst.

Kennzahl	2022	2021	2020
Vermögens- und Kapitalstruktur			
Anlagenintensität	7%	7%	6%
Eigenkapitalquote	13 %	12%	9%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0 Euro	0 Euro	0 Euro
Finanzierung und Liquidität			
Anlagendeckung II	197 %	175%	149%
Zinsaufwandsquote	0 %	0%	0%
Liquidität 3. Grades	107 %	106%	103%
Cashflow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	41 Tsd. Euro	57 Tsd. Euro	65 Tsd. Euro
Rentabilität und Geschäftserfolg			
Eigenkapitalrentabilität	10 %	16%	22%
Gesamtkapitalrentabilität	1 %	2%	2%
Umsatz	1,0 Mio. Euro	2,1 Mio. Euro	2,2 Mio. Euro
Gesamtleistung	1,5 Mio. Euro	1,9 Mio. Euro	1,8 Mio. Euro
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	38 Tsd. Euro	55 Tsd. Euro	65 Tsd. Euro
Personalbestand			
Personalaufwandsquote (im Verhältnis zur Gesamtleistung)	12 %	11%	10%
Anzahl der Mitarbeiter	4	4	3

Geschäftsverlauf 2022

Die Gesamtleistung der BADC ist im Geschäftsjahr 2022 im Vergleich zum Vorjahr um 311 Tsd. Euro auf einen Wert von 1,5 Mio. Euro gesunken lag damit um 625 Tsd. Euro unter dem Planwert (2,2 Mio. Euro).

Infolge neuer durch die BADC vorfinanzierter Projektbeauftragungen zur Entwicklung von Ausgleichsmaßnahmen erhöhten sich die Bestände an unfertigen Leistungen um 548 Tsd. Euro auf 1,6 Mio. Euro. Wesentliche Projektsteuerungsleistungen betrafen Projektentwicklungen in Rangsdorf zum Gutspark Groß Machnow, zum Rangsdorfer See und zum Waldentwicklungskonzept sowie Beratungsleistungen zur Baumschutzsatzung, in Wildau zum Projekt Dahmewiesen, in Zeuthen zum Projekt Ost-West-Promenade und in Ludwigsfelde im Rahmen des Regionalmanagements.

Das Rohergebnis (Gesamtleistung abzüglich Aufwendungen für bezogene Leistungen) lag im Geschäftsjahr bei ca. 327 Tsd. Euro und damit um 38 Tsd. Euro unter dem Vorjahreswert. Dem geringeren Rohergebnis standen niedrigere Personalaufwendungen sowie gesunkene sonstige betriebliche Aufwendungen gegenüber. Im Vorjahresvergleich hat sich der Jahresüberschuss um 17 Tsd. Euro verringert.

Im Ergebnis konnte der Gewinnvortrag der Gesellschaft weiter ausgebaut werden. Die Gesellschaft verfügte zum Bilanzstichtag über ein Eigenkapital in Höhe von 388 Tsd. Euro (Vj. 350 Tsd. Euro). Die Eigenkapitalquote stieg um 1 Prozentpunkte auf 13 %.

2022 wurden fünf Verträge mit Investoren zur Reservierung von Kompensationsmaßnahmen in Höhe von 731 Tsd. Euro (netto) geschlossen. Die Zahlungen erfolgen überwiegend erst nach der Rechtskraft der entsprechenden B-Pläne. Weitere sechs Verträge mit einem Wert von 1,3 Mio. Euro (netto) lagen zum Zeitpunkt der Jahresabschlussprüfung zur Unterzeichnung bei den Kommunen /Gesellschaftern.

2022 haben sechs (Vj. 7) der 14 Gesellschafter die Leistungen der BADC in Anspruch genommen. Des Weiteren wurden von den sechs Gesellschaftern auch projektvorbereitende Maßnahmen finanziert oder Beratungs- und Projektsteuerungsleistungen beauftragt.

Der interkommunale Flächenpool der BADC (INKOF BER) konnte im Geschäftsjahr auf der Grundlage aktueller Projektnachfragen um acht Projekte erweitert werden. Im Flächenpool befanden sich derzeit 230 Maßnahmen, wobei das positive Votum der zuständigen Naturschutzbehörden noch nicht für alle Projekte vorlag. Eine Vermittlung ist jedoch ohne dieses Votum nicht möglich.

Im Berichtsjahr erfolgten keine Investitionen in das Sachanlagevermögen.

Mit Wirkung zum 01.01.2018 übernahm die BADC die Geschäftsführung für die KAG DF. In diesem Zuge dessen wurden – zur Entlastung der Geschäftsführung - Aufgaben des Projektmanagements und der Projektassistenz verstärkt durch Mitarbeiter der BADC wahrgenommen. Mit Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses zum 31.05.2022 der Arbeitnehmerin für die Assistenz der Geschäftsführung/Projektmanagement hat die Geschäftsführung Umstrukturierungen der Aufgabenverteilung im Projektmanagement vorgenommen. Zusätzlich werden seit Juni 2022 Defizite durch Auftragsvergaben an Planungsbüros kompensiert. Eine neue Stellenausschreibung ist für 2023 nicht geplant gewesen.

Die Jahresabschlussprüfung wurde von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BerKon GmbH durchgeführt. Es wurde ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt und die Prüfung führte zu keinen Einwendungen.

Voraussichtliche Entwicklung, Chancen und Risiken

Die den Wirtschaftsplan 2023 prägenden Projekte sind im Wesentlichen: Rückbaumaßnahmen in Kooperation mit der Landesforst Brandenburg, Fortsetzung der Windschutzpflanzung am Großbeerener Graben in Ludwigsfelde, INKOF M89, Umsetzung Projekt M152 Eidechsenhabitat (Königs Wusterhausen), Anlage der Streuobstwiese in Görzdorf (Storkow) INKOF M215, die Umsetzung von Kompensationsmaßnahmen für div. Bauvorhaben/ B-Pläne in der Gemeinde Schönefeld z.B. „Landwirte Gräbendorf“ INKOF M203 und die Geschäftsführung der KAG DF.

Die geplanten Umsatzerlöse 2023 von 1,7 Mio. Euro und das geplante Jahresergebnis in Höhe von 13 Tsd. Euro können nur erreicht werden, wenn weitere, nicht vorhersehbare Ereignisse unberücksichtigt

tigt bleiben. Sich jedoch bereits zum jetzigen Zeitpunkt abzeichnende steigende Energie- und Materialkosten, durch den leider noch anhaltenden Krieg in der Ukraine, ziehen höhere Kosten für Projektumsetzungen nach sich. Auch der Fortbestand der aktuellen Nachfrage an Kompensationsmaßnahmen von Investoren scheint im Hinblick auf anhaltend steigende Kosten für Bauleistungen und u.a. steigende Zinsen für Kredite nicht gesichert.

Ausgehend von einem Bestand an Zahlungsmitteln in Höhe von 1,1 Mio. Euro per 31.12.2022 und einem Bestand von 1,1 Mio. Euro zum 31.01.2023 sind derzeit keine Liquiditätsrisiken zu erkennen. Die zum Ende des Jahres 2023 prognostizierte Liquidität liegt bei 1,5 Mio. Euro.

Das buchmäßige Eigenkapital der Gesellschaft beträgt zum Bilanzstichtag 31.12.2022 388 Tsd. Euro. Die Eigenkapitalquote liegt damit bei 12,8 Prozent. Bei einem erwarteten Jahresergebnis 2023 von 13 Tsd. Euro beliefte sich das buchmäßige Eigenkapital auf 401 Tsd. Euro, bei einer prognostiziert gleichbleibenden Bilanzsumme liegt die Eigenkapitalquote dann bei 13,3 Prozent.

Die weitere wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft wird u. a. geprägt sein von der Umsetzung der Verträge mit den Berliner Wasserbetrieben, der Eigenheim 1898 GmbH, der Aurelis GmbH sowie der stetigen Akquise neuer Projekte.

Da der BADC noch immer die finanziellen Rücklagen fehlen, sind die Handlungsmöglichkeiten trotz Jahresüberschüsse nach wie vor begrenzt. Bei weiterhin positiver Entwicklung werden sich nach und nach die Reserven aufbauen.

Neben steigenden Marktpreisen für Bauleistungen können auch lange und komplizierte Genehmigungsverfahren jederzeit zu Risiken bei der Umsetzung der vertraglich gebundenen Kompensationsmaßnahmen führen. Die Gesellschaft ist daher bestrebt, weitere Dienstleistungen in Form von Beratungs- und Projektsteuerungsleistungen zu erbringen, um in Ergänzung zu den vertraglich festgelegten Projektsteuerungsleistungen bei Kompensationsmaßnahmen in Höhe von 10 Tsd. Euro ein kostendeckendes Ergebnis zu erzielen.

Lange Genehmigungsverfahren führen zu zeitlich unkalkulierbaren Refinanzierungen von bereits in Vorleistung umgesetzten Projekten, da erst nach Erteilung der Baugenehmigung oder Rechtskraft der B-Pläne die Zahlungsverpflichtung für die Eingriffsverursacher besteht. Bei momentanen und zukünftigen Vertragsverhandlungen mit Investoren werden die Preissteigerungen berücksichtigt. Bei bereits rechtskräftigen Verträgen gestalten sich Nachverhandlungen sehr schwierig.

Aus vorgenannten Gründen ist die BADC nach dem Wegfall der Gesellschafterzuschüsse (bereits ab 2015) auf die projektvorbereitenden Finanzierungen durch die Gesellschafter angewiesen. 2022 nahmen jedoch im Vergleich zu 2020 (12 Gesellschafter) und 2021 (7 Gesellschafter) nur noch 6 Gesellschafter (Rangsdorf, Zeuthen, Wildau, Ludwigsfelde, Königs Wusterhausen, Schönefeld) die Leistungen der BADC in Anspruch.

Die dargestellten Risiken können minimiert werden, wenn alle Gesellschafter die Projektvorbereitungen und Projektumsetzungen konsequent mittragen und auch gegenüber Dritten, insbesondere Investoren, vertreten.

Mit der Eröffnung des Flughafens im Oktober 2020 und durch den Wegfall von Corona Beschränkungen 2022 werden Kompensationsmaßnahmen bei der BADC steigend nachgefragt. Mit zunehmender Bautätigkeit nimmt jedoch die Verfügbarkeit von Flächen für Kompensationsmaßnahmen ab, so dass der Bedarf an Kompensationsmaßnahmen im unmittelbaren Flughafenumfeld in Zukunft nicht gedeckt werden kann. Durch den gesetzlich beschleunigten Ausbau erneuerbarer Energien (Solar- und Windenergie) entsteht zusätzlich eine Flächenkonkurrenz, welche die Grundstückspreise in die Höhe treibt.

Risiken können sich daher durch abnehmende Flächenverfügbarkeit für Kompensationsmaßnahmen ergeben. Ebenso unsicher sind z. T. Prognosen im Hinblick auf die Dauer von Genehmigungsverfahren und die zeitliche Umsetzung von Projekten u. a. durch fehlende Fachkräfte.

Die Geschäftsführung hat im Berichtszeitraum Gespräche mit den Landkreisen / Gesellschaftern der BADC und den Naturschutzbehörden der Landkreise Dahme-Spreewald und Teltow-Fläming zur Ab-

stimmung der weiteren Verfahrensweise u.a. zur Anerkennung weiterer sich im Flächenpool der BADC befindender Kompensationsmaßnahmen aufgenommen. Die Gespräche werden 2023 fortgesetzt.

Ziel des zentralen Finanz- und Risikomanagements der Gesellschaft ist die Sicherung des derzeitigen Unternehmenserfolgs gegen finanzielle Risiken. Durch regelmäßige Berichterstattung in Form von Quartalsberichten werden die Gesellschafter über die Erreichung der Unternehmensziele informiert und das Risikobewusstsein geschärft.

2022 wurden erstmals Vertragsverhandlungen zur Bündelung von Geldern in INKOF-Projekte für eine freiwilligen CO2 Kompensation geführt. Sollte sich daraus ein neues Tätigkeitsfeld entwickeln, wäre es ein Beitrag zur Risikominimierung.

Durch die Organisationsoptimierung der Zusammenarbeit der BADC mit dem Dialogforum ab 2018, durch Übernahme der Geschäftsbesorgung, ergaben und ergeben sich neue Chancen für die Gesellschaft. Die BADC ist gemäß Umlaufbeschluss 01/2016 Mitglied der KAG DF und gemäß Umlaufbeschluss 01/2018 geschäftsführendes Mitglied. Durch die 2022 begonnenen regelmäßigen Beratungen der Geschäftsstelle mit dem Vorsitzenden und den Arbeitsgruppenleitern der KAG DF konnte das Risiko eines nicht finanziell abgedeckten Mehraufwands der BADC weitestgehend ausgeschlossen werden.

Geschäftsvorfälle, die nach Ablauf des Geschäftsjahres im Anhang anzugeben sind, haben sich nicht ereignet. Risiken durch die Corona-Pandemie und dem Krieg in der Ukraine sind nur sehr schwer einzuschätzen.

Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald

	Wirtschaftsjahr	Wert in Tsd. Euro
Kapitalzuführungen	2022	0
	2021	0
	2020	0
Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche	2022	0
	2021	0
	2020	0
Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen (Kommunalbürgschaften)	2022	keine
	2021	keine
	2020	keine
Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft des Landkreises unmittelbar beziehungsweise mittelbar auswirken können	2022	kein Betriebskostenzuschuss
	2021	kein Betriebskostenzuschuss
	2020	kein Betriebskostenzuschuss

Weitere Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald wie Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche sowie gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen bestehen nicht.

Konsolidierung

Im Gesamtabchluss des Landkreises erfolgt eine Konsolidierung der BADC GmbH zu Anschaffungskosten.



Naturwelt Lieberoser Heide GmbH

Mühlenstraße 20
 15868 Lieberose
 Tel.: +49 (0) 33671 / 326400
 E-Mail: info@naturwelt-lieberose.de
 www.naturwelt-lieberose.de



	2022	2021	2020
Stammkapital in EUR	100.000	75.000	75.000
Gesellschafter	Anteil am Stammkapital	Anteil am Stammkapital	Anteil am Stammkapital
Landkreis Dahme-Spreewald	30.000 EUR; 30 %	20.000 EUR; 26,67 %	20.000 EUR; 26,67 %
Landkreis Spree-Neiße	20.000 EUR; 20 %	20.000 EUR; 26,67 %	20.000 EUR; 26,67 %
Landkreis Oder-Spree	10.000 EUR; 10 %	-	-
Amt Lieberose / Oberspreewald	10.000 EUR; 10 %	10.000 EUR; 13,33 %	10.000 EUR; 13,33 %
Amt Peitz	10.000 EUR; 10 %	10.000 EUR; 13,33 %	10.000 EUR; 13,33 %
Stiftung Naturlandschaften Brandenburg	10.000 EUR; 10 %	10.000 EUR; 13,33 %	10.000 EUR; 13,33 %
Gemeinde Schenkendöbern	5.000 EUR; 5 %	5.000 EUR; 6,67 %	5.000 EUR; 6,67 %
Stadt Friedland / Niederlausitz	5.000 EUR; 5 %	-	-
Datum der Gründung	19.10.2017		
aktueller Gesellschaftsvertrag	24.03.2022		
Gegenstand des Unternehmens	<p>Förderung von modellhafter Partizipation der Bevölkerung an der Verbindung von Wildnis, Naturschutz und Regionalentwicklung sowie die Umsetzung von modellhaften Projekten der Regional- und Strukturentwicklung</p> <p>Förderung des Umwelt- und Naturschutzes und schutzwürdiger Biotope durch Maßnahmen, die geeignet sind, dies zu erhalten bzw. wiederherzustellen</p> <p>Bereitschaft des Bürgers zum Erleben und zur Weiterentwicklung seiner Umwelt zu wecken, insbesondere durch:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Informationsveranstaltungen und Ausstellungen, - Bildungsangebote, die geeignet sind, dem Bürger die notwendigen Kenntnisse im Bereich des Wildnis-, Natur- und Umweltschutzes zu vermitteln, - Heimatpflege und Heimatkunde, - Schutz von wildlebenden Tieren und Pflanzen sowie - Nachhaltiger Umgang mit Energie <p>Die Gesellschaft koordiniert Maßnahmen und setzt selbst Maßnahmen um, die der Stärkung des Images und der Wirtschaftskraft sowie der Entwicklung der Lieberoser Heide dienen. Hauptgegenstand ist die Initiierung und Umsetzung von regional wirksamen Projekten in enger Kooperation mit den jeweiligen regional verankerten Akteuren, um diese Region als eine Wirtschafts-, Wissenschafts- und Tourismusregion weiterzuentwickeln. Dazu gehört auch die Akquisition von Mitteln der EU, des Bundes und des Landes sowie aus der Wirtschaft, um die regional bedeutenden abgestimmten Projekte umsetzen zu können. Aufgabe der Gesellschaft ist es, die Umstrukturierung des ehemaligen Truppenübungsplatzes Lieberoser Heide ästhetisch, sozial und ökologisch, besonders bezüglich der Landschaftsgestaltung und des Naturschutzes zu qualifizieren. Die Naturwelt Lieberoser Heide GmbH wird modellhaft Themen des Natur- und Wildnisschutzes mit der Regionalentwicklung verbinden.</p>		

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführer

Herr Gerhard Janßen (Geschäftsbesorgung WFG-LDS mbH)

Gesellschafterversammlung:

Vertreterin LDS: Beigeordnete Heike Zettwitz (Betrauung gem. § 97 Abs. 1 BbgK
Verf ab 01.01.2020)

Bilanz der Naturwelt Lieberoser Heide GmbH

Bilanz zum		31.12.2022 in Euro	31.12.2021 in Euro	31.12.2020 in Euro
Aktiva				
A.	Anlagevermögen	103.795	167.174	131.110
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	63.960	161.879	124.037
1.	Konzessionen, Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	63.960	57.788	0
2.	Geleistete Anzahlungen	0	104.091	124.037
II.	Sachanlagen	39.835	5.295	7.073
1.	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	39.835	5.295	7.073
B.	Umlaufvermögen	411.576	326.084	184.767
I.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	256.952	702	871
1.	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	61.771	0	0
	Sonstige Vermögensgegenstände	195.181	702	871
II.	Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	154.625	325.381	183.896
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	415	558	174
	Bilanzsumme	515.786	493.815	316.050
Passiva				
A.	Eigenkapital	100.000	75.000	75.000
I.	Gezeichnetes Kapital	100.000	75.000	75.000
	Jahresüberschuss	0		
B.	Sonderposten für Zuschüsse	100.823	56.812	0
C	Rückstellungen	19.769	9.316	13.920
1.	sonstige Rückstellungen	19.769	9.316	13.920
C.	Verbindlichkeiten	295.194	352.687	227.130
1.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	12.445	236	70
2.	Sonstige Verbindlichkeiten	282.749	352.451	227.061
	Bilanzsumme	515.786	493.815	316.050

Erläuterungen zu Positionen der Bilanz

Die Position Anlagevermögen (104 Tsd. Euro; Vj. 167 Tsd. Euro) reduzierte sich im Vorjahresvergleich um 63 Tsd. Euro. Aufgrund der geringen Kapitalintensität der Gesellschaft, ist das Anlagevermögen für die Betrachtung der Vermögensverhältnisse von untergeordneter Bedeutung.

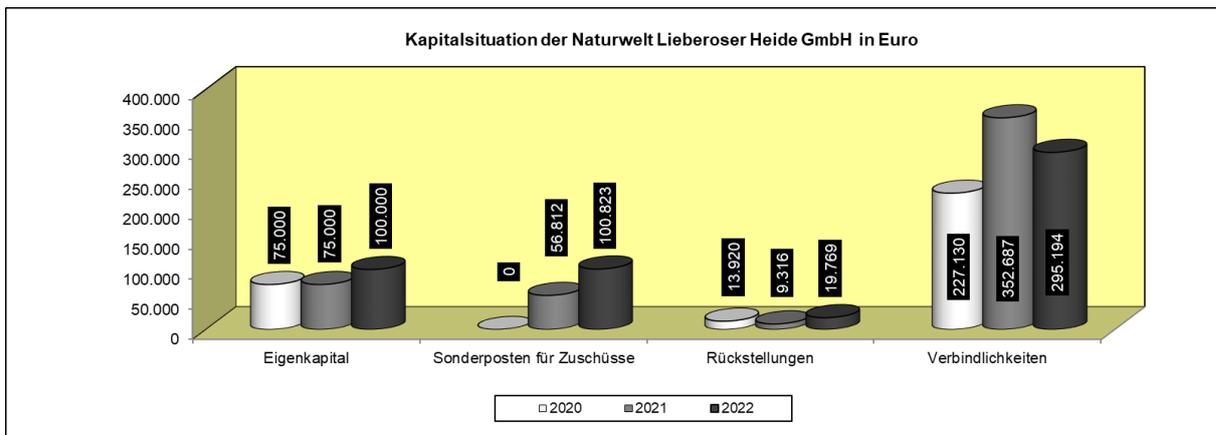
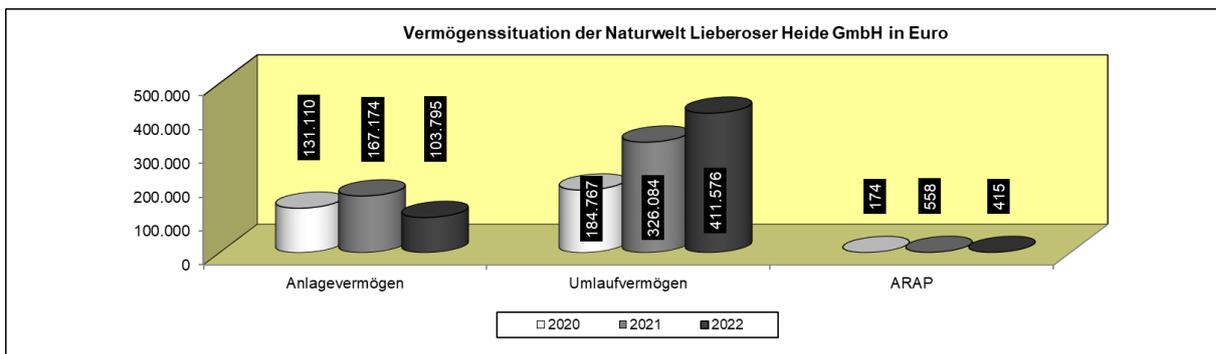
Das Umlaufvermögen (412 Tsd. Euro; Vj. 326 Tsd. Euro) zeigt im Bereich der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände einen gegenüber dem Vorjahr um 256 Tsd. Euro deutlich erhöhten Wert. Diese Forderung ist im Wesentlichen der Rückforderung für ein abgebrochenes Projekt und noch zu vereinnahmenden Zuschüssen zuzuordnen.

Das Eigenkapital bildet das Stammkapital der Gesellschaft gemäß § 4 des Gesellschaftsvertrages ab und erhöhte sich im Berichtsjahr aufgrund der Erweiterung und Veränderung der Gesellschafterstruktur um 25 Tsd. Euro.

Ein Sonderposten für Zuschüsse wird seit 2021 ausgewiesen. Hier werden Zuschüsse für investive Maßnahmen verbucht.

Unter den Sonstigen Rückstellungen (20 Tsd. Euro; Vj. 9 Tsd. Euro) ergab sich eine Erhöhung gegenüber dem Vorjahr um 11 Tsd. Euro. Die sonstigen Rückstellungen setzten sich aus Rückstellungen für Archivierungs-kosten in Höhe von 3 Tsd. Euro, Personalkosten in Höhe von 5 Tsd. Euro sowie aus Kosten der Erstellung und Prüfung des Jahresabschlusses (12 Tsd. Euro) zusammen.

Die Sonstigen Verbindlichkeiten betreffen vor allem die noch nicht verbrauchten Projektzuschüsse und die anzurechnende Lohnsteuer für Dezember 2022. Die Umbuchung und die Auflösung entsprechend der Nutzungsdauer erfolgt jeweils mit der Fertigstellung des geförderten Projektes.



Gewinn- und Verlustrechnung der Naturwelt Lieberoser Heide GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung zum		31.12.2022 in Euro	31.12.2021 in Euro	31.12.2020 in Euro
1.	Sonstige betriebliche Erträge	456.681	264.974	160.429
2.	Personalaufwand	-138.157	-117.696	-125.329
	a) Löhne und Gehälter	-113.948	-95.260	-101.331
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-24.210	-22.436	-23.998
3.	Abschreibungen	-37.603	-13.670	-1.515
	a) auf immaterielle Vermögensgegen- stände des Anlagevermögens und Sach- anlagen	-37.603	-13.670	-1.515
4.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-280.920	-133.608	-33.585
5.	Jahresüberschuss	0	0	0

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Umsatzerlöse waren auch im Berichtsjahr 2022 nicht zu verzeichnen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge (457 Tsd. Euro; Vj. 265 Tsd. Euro) betrafen überwiegend den ertragswirksamen Teil der Betriebskostenzuschüsse der Gesellschafter, denen Aufwendungen gegenüberstanden. Aufgrund der Erweiterung der Geschäftstätigkeit um die Umsetzungsanalyse, die aus Zuschüssen finanziert wurde, stieg diese Position im Berichtsjahr.

Die Position Personalaufwand (138 Tsd. Euro; Vj. 118 Tsd. Euro) erhöhte sich um 20 Tsd. Euro für weiterhin durchschnittlich 2 Mitarbeiter.

Abschreibungen (38 Tsd. Euro; Vj. 14 Tsd. Euro) betrafen die regulären Abschreibungen für bestehende und im Geschäftsjahr 2021 angeschaffte Betriebs- und Geschäftsausstattung, sowie für immaterielle Vermögensgegenstände.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (281 Tsd. Euro; Vj. 134 Tsd. Euro) sind im Vergleich zum Vorjahr noch einmal deutlich gestiegen. Dies ist darin begründet, dass die Kosten für die Geschäftsbesorgung der WFG Dahme-Spreewald mbH hier verbucht werden und auch das Budget für Werbemaßnahmen im Vergleich zum Vorjahr deutlich erhöht worden (137 Tsd. Euro, Vj. 16 Tsd. Euro). Hier sind als verbuchte Maßnahmen die Umsetzungsanalyse, sowie Reiseführer und erarbeitete Präsentationsunterlagen zu nennen.

Das Jahresergebnis ist ausgeglichen. Dies ergibt sich aus der Buchungssystematik, wonach von den zugewendeten Zuschüssen eine Inanspruchnahme in der Höhe erfolgt, in der auch die Aufwendungen entstanden sind.

Analysedaten

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist geordnet.

Die Anlagenintensität reduzierte sich im Vergleich zum Vorjahr erneut auf 20 %. Dieser Effekt resultiert aus reduziertem Anlagevermögen bei einer nahezu konstanten Bilanzsumme.

Die Eigenkapitalausstattung der Gesellschaft war für die Unternehmensgröße angemessen, die Eigenkapitalquote betrug 19 % und zeigt damit eine Stärkung auf, die vornehmlich aus der Eigenkapitalerhöhung resultiert.

Der Wert der Anlagendeckung II erhöht sich deutlich und liegt nur noch knapp unter dem Richtwert von 100 %. Die Vermögenslage der Gesellschaft kann als geordnet bezeichnet werden.

Die Liquidität der Gesellschaft ist ebenfalls geordnet. Das Liquidität 3. Grades, oder auch Working Capital Ratio genannt, hat sich auf einen Wert von 131 % verbessert und liegt damit über dem angestrebten Mindestwert von 125 %.

Die Mitarbeiterzahl blieb im Berichtsjahr durchschnittlich bei 2 Beschäftigten.

Kennzahl	2022	2021	2020
Vermögens- und Kapitalstruktur			
Anlagenintensität	20%	34%	41%
Eigenkapitalquote (ohne Sopo)	19%	15%	24%
Eigenkapitalquote (mit Sopo)	39%	27%	24%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0 Euro	0 Euro	0 Euro
Finanzierung und Liquidität			
Anlagendeckung II	96%	45%	57%
Zinsaufwandsquote	-	-	-
Liquidität 3. Grades	1.278%	90%	76%
Cashflow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	37,6 Tsd. Euro	13,7 Tsd. Euro	1,5 Tsd. Euro
Rentabilität und Geschäftserfolg			
Eigenkapitalrentabilität	0 %	0 %	0 %
Gesamtkapitalrentabilität	0 %	0 %	0 %
Umsatz	0 Euro	Euro	0 Euro
Gesamtleistung	0 Euro	0 Euro	0 Euro
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	0 Euro	0 Euro	0 Euro
Personalbestand			
Personalaufwandsquote (im Verhältnis zur Gesamtleistung)	-	-	-
Anzahl der Mitarbeiter	2	2	2

Geschäftsverlauf 2022

Die Tätigkeit der Gesellschaft umfasste den gesellschaftsrechtlichen Zweck.

Es wurden von der Gesellschaft Maßnahmen zur Stärkung des Images und der Wirtschaftskraft der Region koordiniert.

Das Berichtsjahr beginnt mit einer neu aufgestellten Gesellschaft, der Landkreis Oder-Spree und die Stadt Friedland/Niederlausitz erweitern fortan den Kreis der Gesellschafter. Mit einem um 25 Tsd. Euro erhöhten Stammkapital geht das Unternehmen auch finanziell gestärker in die Zukunft. Der Landkreis Dahme-Spreewald hat seiner hier führenden Rolle mehr Ausdruck verliehen, indem er zusätzlich weitere 10 Tsd. Euro in das Stammkapital investierte und damit eine prozentuale Erhöhung seiner Anteile auf 30 % erreichte. Im Rahmen dieser Umstrukturierung wurde auch der Gesellschaftsvertrag überarbeitet. Die Gesellschaft ist nun nicht mehr befristet und widmet sich künftig einem angepassten Gesellschaftszweck.

Aufgrund des gescheiterten App-Projektes, welches im Förderprogramm des Bundes „Unternehmen Revier“ beantragt und bewilligt worden war, wurde bisher keine Entlastung der ehemaligen Geschäftsführung Lucas Opitz und Joachim Faßmann vorgenommen. Nach erfolgtem Abschluss der Rückzahlungen soll dies im Jahr 2023 nachgeholt werden.

Das Hauptaugenmerk der Arbeit im Jahr 2022 lag auf den beiden Projekten Heideradweg und der Umsetzungsanalyse für die Beantragung von Fördermitteln aus dem Strukturstärkungsgesetz.

Der Heideradweg soll touristisch aufgewertet werden und dafür ist ein Verbundprojekt mit dem Partner Landkreis Dahme-Spreewald geplant, welches voraussichtlich im Jahr 2023 beginnen kann. Die erarbeitete Umsetzungsanalyse soll als Grundlage für die weitere Beantragung von Fördermitteln aus dem Strukturstärkungsgesetz dienen.

Voraussichtliche Entwicklung, Chancen und Risiken

Im Rahmen der Beantragung von Fördermitteln aus dem Strukturstärkungsgesetz sind neben der Finanzierung auch weitere wichtige Punkte zu klären, z. B. die Betreiberstruktur und der Umgang mit Beherrgungen. Auch ein Erfordernis zur Betrachtung der steuerlichen und beihilferechtlichen Gesamtlage ist im Blick zu behalten.

Weitere Risiken für die künftige Entwicklung sind derzeit nicht erkennbar, sofern die Gesellschafter die weitere Finanzierung der GmbH mit Zuschüssen sicherstellen. Dies geschieht jährlich im Rahmen der Wirtschaftsplanung und ist für das Jahr 2023 gesichert.

Die voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft ist weiterhin ausgeglichen. Die Finanzierung der laufenden Projekte ist gesichert.

Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald

	Wirtschaftsjahr	Wert in Tsd. Euro
Kapitalzuführungen	2022	10
	2021	0
	2020	0
Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche	2022	0
	2021	0
	2020	0
Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen (Kommunalebürgschaften)	2022	keine
	2021	keine
	2020	keine
Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft des Landkreises unmittelbar beziehungsweise mittelbar auswirken können	2022	241
	2021	185
	2020	66

Weitere Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald wie Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche sowie gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen bestehen nicht.

Konsolidierung

Im Gesamtabschluss des Landkreises erfolgt die Konsolidierung nach der Eigenkapitalmethode.

Klinikum Dahme-Spreewald GmbH

Schillerstraße 29
 15907 Lübben (Spreewald)
 Tel.: +49 (0) 3546 / 75-0
 Fax: +49 (0) 3546 / 75-366
 E-Mail: info@klinikum-ds.de
 www.klinikum-ds.de



	2022	2021	2020
Stammkapital in Euro	2.100.000	2.100.000	2.100.000
Gesellschafter	Name Gesellschafter	Anteil in Euro	Anteil in %
	Landkreis Dahme-Spreewald	1.071.000	51
	Sana Kliniken AG	1.029.000	49
Datum der Gründung	07.11.2002		
aktueller Gesellschafts- vertrag	21.06.2011		
Gegenstand des Unter- nehmens	<p>Gegenstand der Gesellschaft ist die Feststellung, Heilung, Linderung oder Verhütung einer Verschlimmerung von Krankheiten, Leiden oder Körperschäden, Leistungen von Geburtshilfe durch ärztliche und pflegerische Hilfeleistungen sowie die Gesundheitsförderung.</p> <p>Neben diesen Aufgaben widmet sich die Gesellschaft auch der Vorbereitung auf berufliche Tätigkeiten und der Aus- und Weiterbildung.</p>		
Öffentlicher Zweck	<p>Der öffentliche Zweck an eine gesundheitliche und soziale Betreuung rechtfertigt diese Beteiligung gemäß §§ 122 sowie 131 i. V. m. § 2 Abs. 2 Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf). Mit Beschluss des Kreistages vom 23.10.2013 wurde die Erfüllung des öffentlichen Zwecks gemäß den Voraussetzungen über die wirtschaftliche Betätigung nach § 91 BbgKVerf bestätigt.</p> <p>Der Anlage 2 zum Beteiligungsbericht 2022 ist der fristgerechte Nachweis (alle 10 Jahre) über die fortlaufende Erfüllung des öffentlichen Zwecks nach den Voraussetzungen des § 91 Abs. 6 BbgKVerf zu entnehmen.</p>		
Organe der Gesellschaft	<p><u>Geschäftsführung:</u> Herr Dr. Christian von Klitzing (bis 31.05.2022) Herr Andre Jasper (seit 01.06.2022)</p> <p><u>Prokuristen:</u> Herr Jürgen Schulte</p> <p><u>Gesellschafterversammlung:</u> Vertreter LDS: Herr Stefan Klein (Dezernent des Landkreises Dahme-Spreewald)</p> <p>Vertreter Sana Kliniken AG: Herr Dr. Jens Schick (Mitglied des Vorstandes der Sana Kliniken AG)</p> <p><u>Aufsichtsrat:</u> Vorsitzender: Herr Dr. Jens Schick</p> <p>Stellvertretender Vorsitzender: Herr Stephan Loge</p>		

Anteilseignervertreter auf Vorschlag des Kreistages des LDS:

Herr Ludwig Scheetz (Abgeordneter des Kreistages, SPD; bis 23.02.2022)
 Herr Dr. Lutz Franzke (Abgeordneter des Kreistages; SPD; ab 23.02.2022)
 Herr Stefan Ludwig (Abgeordneter des Kreistages; LINKE)
 Herr Rico Kerstan (Abgeordneter des Kreistages, FDP; bis 14.12.2022)
 Herr Dirk Thomas Wagner (Abgeordneter des Kreistages, FDP; ab 15.12.2022)

Anteilseignervertreter auf Vorschlag der Sana Kliniken AG:

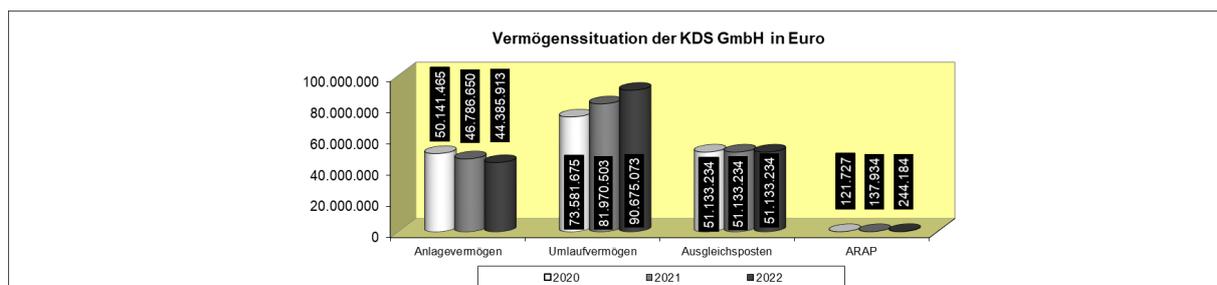
Herr Sadik Tastan (Geschäftsführer Sana-Herzzentrum Cottbus GmbH)
 Herr Dr. Christian von Klitzing (Regionalgeschäftsführer Berlin-Brandenburg und
 Mecklenburg-Vorpommern der Sana Kliniken AG)
 Frau Jean Franke (Direktorin Sana Kliniken Berlin-Brandenburg GmbH,
 Berlin)

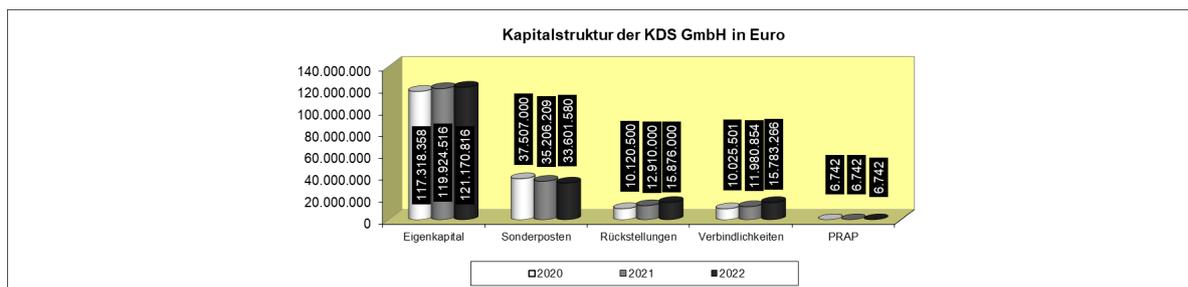
Arbeitnehmervertreter:

Herr Dr. Henrik Naumburger (Arzt AKKW, Orthopädie und Unfallchirurgie)
 Frau Beatrice Kliefoth (MTRA KKW, Radiologie)
 Frau Sandra Eberwein (Ärztin SWKL, Notfallambulanz)
 Frau Dr. Katrin Müller-Schmehl (Ärztin AKKW, Notfallambulanz)

Bilanz der KDS GmbH (ohne Tochterunternehmen)

Bilanz zum		31.12.2022 in Euro	31.12.2021 in Euro	31.12.2020 in Euro
Aktiva				
A.	Anlagevermögen	44.385.913	46.786.650	50.141.465
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	728.792	636.342	726.515
1.	Software	584.849	561.122	536.285
2.	Geleistete Anzahlungen	143.943	75.220	190.230
II.	Sachanlagen	42.674.942	45.168.130	48.732.771
1.	Grundstücke mit Betriebsbauten und Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	33.232.103	35.541.231	38.169.329
2.	Technische Anlagen	1.466.987	1.732.291	2.278.581
3.	Einrichtungen und Ausstattungen	6.820.705	7.475.249	6.999.526
4.	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	1.155.147	419.358	1.285.335
III.	Finanzanlagen	982.179	982.179	682.179
	Anteile an verbundenen Unternehmen	982.179	982.179	682.178
B.	Umlaufvermögen	90.675.073	81.970.503	73.581.675
I.	Vorräte	3.231.771	3.010.006	3.125.883
1.	Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	2.638.860	2.403.262	2.507.819
2.	Unfertige Leistungen	592.911	606.744	618.064
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	77.420.673	71.529.221	63.685.034
1.	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	7.090.395	10.151.228	8.545.190
2.	Forderungen nach Krankenhausfinanzierungsrecht	1.262	11.374.450	6.014.235
3.	Forderungen gegen Gesellschafter bzw. Krankenhausträger	19.386.968	85.880	26
4.	Forderungen gegen verbundene Unternehmen	49.726.378	49.624.218	48.609.759
5.	Sonstige Vermögensgegenstände	1.215.670	293.445	515.826
III.	Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	10.022.629	7.431.277	6.770.755
C.	Ausgleichsposten nach dem KHG	51.133.234	51.133.234	51.133.234
D.	Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten	244.184	137.934	121.727
	Bilanzsumme	186.438.404	180.028.321	174.978.101





Bilanz zum		31.12.2022 in Euro	31.12.2021 in Euro	31.12.2020 in Euro
Passiva				
A.	Eigenkapital	121.170.816	119.924.516	117.318.358
I.	Gezeichnetes Kapital	2.100.000	2.100.000	2.100.000
II.	Kapitalrücklagen	57.942.563	57.942.564	57.942.564
III.	Gewinnrücklagen	9.080.969	9.080.969	9.080.969
IV.	Gewinnvortrag	50.200.984	47.594.825	43.979.472
V.	Jahresüberschuss	1.846.300	3.206.158	4.215.354
B.	Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	33.601.580	35.206.209	37.507.000
1.	Sonderposten aus Fördermitteln nach dem KHG	32.555.672	34.159.794	36.402.738
2.	Sonderposten aus Zuweisungen und Zuschüssen der öffentlichen Hand	1.045.908	1.046.415	1.104.262
3.	Sonderposten aus Zuwendungen Dritter	0	0	0
C.	Rückstellungen	15.876.000	12.910.000	10.120.500
1.	Steuerrückstellungen	0	134.000	188.500
2.	Sonstige Rückstellungen	15.876.000	12.776.000	9.932.000
D.	Verbindlichkeiten	15.783.266	11.980.854	10.025.501
1.	Erhaltene Anzahlungen	0	0	0
2.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.915.258	1.602.291	667.637
3.	Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	10.726	2.736	12.791
4.	Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	11.782.268	8.661.803	7.139.980
5.	Verbindlichkeiten aus sonstigen Zuwendungen	78.100	0	0
6.	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	1.041.107	799.148	1.253.937
7.	Sonstige Verbindlichkeiten	955.807	914.876	951.155
E.	Passiver Rechnungsabgrenzungsposten	6.742	6.742	6.742
	Bilanzsumme	186.438.404	180.028.321	174.978.101

Erläuterungen zu Positionen der Bilanz

Das Vermögen der Gesellschaft ist von 180,0 Mio. Euro auf 186,4 Mio. Euro gestiegen. Dabei reduzierte sich das Anlagevermögen um 2,4 Mio. Euro, wobei den Zugängen in Höhe von 2,9 Mio. Euro Abschreibungen in Höhe von 5,3 Mio. Euro und Abgänge in Höhe von 651 Tsd. Euro gegenüberstehen. Von den Zugängen entfallen 2,8 Mio. Euro auf gefördertes Anlagevermögen. Von den Abschreibungen entfallen 4,4 Mio. Euro auf geförderte Investitionen.

In der Position Finanzanlagen waren die Geschäftsanteile der 100%igen Tochtergesellschaften KDSD GmbH und MVZ Medizinisches Versorgungszentrum Dahme-Spreewald GmbH ausgewiesen.

Der Anstieg des kurzfristigen Vermögens um 8,9 Mio. Euro ist in erster Linie durch die Zunahme der Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz um 8,0 Mio. Euro begründet. Durch die fehlenden Budgetvereinbarungen der Jahre 2020 bis 2022 wurden insbesondere Forderungen aus dem Pflegebudget erfasst. Davon entfallen 48.710 Tsd. Euro auf den Cash-Pooling-Vertrag mit der Sana Kliniken AG.

Die Zunahme des kurzfristigen Fremdkapitals um 6,8 Mio. Euro resultiert im Wesentlichen aus dem Anstieg der Verbindlichkeiten nach den Krankenhausfinanzierungsrecht und den Rückstellungen für Budgetrisiken.

Der Ausgleichsposten für Eigenmittelförderung repräsentierte die auf die vor dem Inkrafttreten des KHG mit Eigenmitteln angeschafften und dem Grunde nach förderungsfähigen Anlagegütern aufgelaufenen Abschreibungen. Es besteht eine Ausschüttungssperre in Höhe des Ausgleichspostens.

Die Erhöhung des Gewinnvortrags um 2,6 Mio. Euro auf 50,2 Mio. Euro resultierte aus dem im Geschäftsjahr 2021 erzielten Jahresüberschuss von 3,2 Mio. Euro abzüglich der Ausschüttung an den Gesellschafter Sana in Höhe von 600 Tsd. Euro.

Die Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens beinhalten hauptsächlich Fördermittel gemäß § 9 Abs. 1 und 3 KHG und werden nach Maßgabe der Abschreibungen auf die mit den Zuschüssen finanzierten Anlagegüter aufgelöst. Die Sonderposten reduzierten sich im Berichtsjahr um 1,6 Mio. Euro auf 33,6 Mio. Euro.

Die Sonstigen Rückstellungen wurden zum Ende des Geschäftsjahres in Höhe von 15,9 Mio. Euro bilanziert und beinhalteten im Wesentlichen Personalrückstellungen in Höhe von 4,4 Mio. Euro, Rückstellungen für Budget- und MDK-Risiken in Höhe von 7,1 Mio. Euro sowie Rückstellungen für ausstehende Rechnungen in Höhe von 1,4 Mio. Euro.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter betrafen ausschließlich Lieferungs- und Leistungsbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald. Verbindlichkeiten, die durch Pfandrechte oder ähnliche Rechte gesichert waren, bestanden nicht. Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen betrafen den Lieferungs- und Leistungsverkehr.

Gewinn- und Verlustrechnung der KDS GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung zum		31.12.2022 in EUR	31.12.2021 in EUR	31.12.2020 in EUR
1.	Erlöse aus Krankenhausleistungen	89.184.181	89.304.754	87.403.200
2.	Erlöse aus Wahlleistungen	737.848	683.468	731.172
3.	Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	4.541.242	3.881.787	3.585.445
3a.	Umsatzerlöse eines Krankenhauses nach § 277 des HGB	15.732.259	16.784.441	16.762.759
4.	Erhöhung/Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen	-13.833	-11.320	-60.129
5.	Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand	72.921	11.220	10.160
6.	Sonstige betriebliche Erträge	3.779.699	1.807.533	1.411.432
		114.034.317	112.461.883	109.844.040
7.	Personalaufwand	-64.478.781	-61.501.143	-59.631.407
	a) Löhne und Gehälter	-54.179.320	-51.686.001	-50.154.067
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen	-10.299.461	-9.815.142	-9.477.340
8.	Materialaufwand	-35.137.490	-35.391.214	-33.858.244
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe	-12.209.964	-11.640.221	-10.373.115
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-22.927.526	-23.750.993	-23.485.129
		-99.616.271	-96.892.357	-93.489.651
9.	Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen	5.146.792	3.464.627	3.916.944
10.	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten	4.437.177	4.617.183	4.384.463
11.	Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/Verbindlichkeiten nach KHG und aufgrund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	-5.179.647	-3.494.138	-3.963.284
		4.404.322	4.587.672	4.338.123
12.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	-5.258.969	-5.583.037	-5.538.004
13.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-11.256.910	-10.514.378	-9.827.947
		-16.515.879	-16.097.416	-15.365.951
14.	Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	14.008	20.831	0
15.	Sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	128.051	250.995	5.975
16.	Aufwendungen aus der Verlustübernahme	-375.167	-241.258	-11.134
17.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.366	-60.450	-3.068
		-234.474	-29.882	-8.228
18.	Steuern	-225.715	-823.742	-1.102.979
19.	Jahresergebnis	1.846.300	3.206.158	4.215.354

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die im Vergleich zum Vorjahr um 1,6 Mio. Euro gestiegenen Gesamterlöse resultieren im Wesentlichen aus der Steigerung des Landesbasisfallwertes, den finanziellen Maßnahmenpaketen der Bundes-/Landesregierungen im Rahmen der Covid-19-Pandemie sowie aus Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen für Budgetrisiken.

In den Umsatzerlösen ist der Versorgungsaufschlag gem. § 21a KHG in Höhe von 3,7 Mio. Euro enthalten. Dieser diente der zusätzlichen Finanzierung besonders mit der Behandlung von COVID- Erkrankten betroffenen Krankenhäusern und konnte bis zum 30.06.2022 abgerechnet werden.

Weiterhin sind in den Umsatzerlösen Erlöse aus Ausgleichszahlungen gem. § 21 KHG in Höhe von 4,4 Mio. Euro enthalten. Die bereits im Vorjahr bestehenden Regelungen zu den Ausgleichszahlungen wurden bis 18.04.2022 verlängert und dienten der weiteren wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser.

Der Personalaufwand erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 2,98 Mio. Euro aufgrund von Stellenausweitung im Ärztlichen- und Pflegedienst sowie aufgrund von Tarifsteigerungen. Der Aufwand für das Jahr 2022 belief sich auf 64,5 Mio. Euro.

Die Ausgaben für externe Fort- und Weiterbildung stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 60,8 %. Wesentlicher Grund ist das Abklingen der Coronapandemie und damit einhergehend die Wiederaufnahme der Weiterbildungsangebote.

Die Materialaufwendungen konnten trotz steigender Aufwendungen für Sachkosten im Bereich Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe (gestiegene Gaspreise = 270 Tsd. Euro) durch den Rückgang der Aufwendungen für bezogene Leistungen von rd. 823 Tsd. Euro ggü. dem Vorjahr verringert werden.

Im Geschäftsjahr 2022 verringerte sich der Jahresüberschuss um 1,4 Mio. Euro auf 1,8 Mio. Euro. Somit wurde das Geschäftsjahr 2022 mit einer bedingt zufriedenstellenden Geschäftsentwicklung abgeschlossen.

Analysedaten

Im Mehrjahresvergleich der Kennzahlen zeichnete sich weiterhin eine stabile Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ab.

Die Eigenkapitalquote reduzierte sich erneut leicht gegenüber dem Vorjahreswert und wies auf eine solide Kapitalsituation der Gesellschaft hin. Es bestehen keine Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit ist nach den Empfehlungen des Ministeriums des Innern und Kommunalaufsicht des Landes Brandenburg berechnet und beinhaltet vollumfänglich die Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und der Sachanlagen.

Die KDS GmbH stellt abweichend dazu den Cashflow gemäß DRS 21 (Deutscher Rechnungslegungsstandard) auf. In diesem Standard sind die Grundsätze niedergelegt, die Mutterunternehmen zu beachten haben, die gemäß § 297 Abs. 1 HGB eine Kapitalflussrechnung für den Konzernabschluss aufzustellen haben. Unternehmen, die ihren Jahresabschluss um eine Kapitalflussrechnung zu erweitern haben oder freiwillig eine Kapitalflussrechnung aufstellen, wird empfohlen, dies in Übereinstimmung mit diesem Standard zu tun. Darüber hinaus werden neben den allgemeinen Bestimmungen des HGB die speziellen Vorschriften für Kapitalgesellschaften sowie die Sondervorschriften für Krankenhäuser (KHBV) berücksichtigt.

Die Eigenkapitalrentabilität der KDS GmbH lag mit 2 % in 2022 leicht unter dem Vorjahreswert.

Die KDS GmbH zeichnete sich weiterhin durch eine stabile Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage aus. Trotz der anhaltenden COVID-19-Pandemie wird für das Geschäftsjahr 2022 eine leicht positive Entwicklung erwartet.

Kennzahl	2022	2021	2020
Vermögens- und Kapitalstruktur			
Anlagenintensität	24%	26%	29%
Eigenkapitalquote (ohne Sonderposten)	65%	67%	67%
Eigenkapitalquote (mit Sonderposten)	83%	86%	88%
Finanzierung und Liquidität			
Anlagendeckung II (mit Sonderposten)	349%	332%	318%
Zinsaufwandsquote	0%	0%	0%
Liquidität 3. Grades	288%	332%	675%
Cashflow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	7,1 Mio. Euro	8,8 Mio. Euro	10,6 Mio Euro
Rentabilität und Geschäftserfolg			
Eigenkapitalrentabilität (ohne Sonderposten)	2%	3%	4%
Eigenkapitalrentabilität (mit Sonderposten)	1%	2%	3%
Gesamtkapitalrentabilität	1%	2%	2%
Umsatz	110,2 Mio. Euro	110,7 Mio. Euro	108,5 Mio. Euro
Gesamtleistung (ohne Zuschuss)	110,2 Mio. Euro	110,6 Mio. Euro	108,4 Mio. Euro
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	1,8 Mio. Euro	3,2 Mio. Euro	4,2 Mio. Euro
Personalbestand			
Personalaufwandsquote (im Verhältnis zum Gesamtleistung)	59%	56%	55%
Anzahl der Mitarbeiter	827	809	870

Geschäftsverlauf 2022

Die Klinikum Dahme-Spreewald GmbH betreibt zwei Krankenhäuser (Regelversorgung): Das Achenbach-Krankenhaus in Königs Wusterhausen (AKKW) und die Spreewaldklinik in Lübben (SWKL).

Das Klinikum konnte das Geschäftsjahr mit einer bedingt zufriedenstellenden Geschäftsentwicklung abschließen. Die Umsatzerlöse sind gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 0,4 % gesunken. Dagegen ist eine leichte Fallzahlsteigerung von 550 Fällen im Vergleich zum Vorjahr zu erkennen. Corona-Testungen wurden weiterhin mit einem Zusatzentgelt refinanziert. Aufnahmen bis zum 30.06.2022 wurden mit dem Versorgungsaufschlag refinanziert und freie Betten einschließlich 18.04.2022 durch die Freihaltepauschale abgegolten. Zusätzlich ist der Corona-Ganzjahresausgleich mit 3,7 Mio. EUR und ein positiver Preisefekt durch die Steigerung des Landesfallwertes um 23 % zu berücksichtigen.

Seit dem Jahr 2020 werden die Pflegepersonalkosten der Krankenhäuser aus den DRG-Fallpauschalen ausgegliedert und parallel zu den DRG-Fallpauschalen über ein krankenhausindividuelles Pflegebudget nach dem Selbstkostendeckungsprinzip finanziert. Im Jahr 2022 wurden 84.516,749 Pflege-CM-Punkte erzielt. Gegenüber 2021 sind die Pflege-CM-Punkte um 4.920,397 gesunken. Aufgrund einer fehlenden Budget-Vereinbarung für die Jahre 2022, 2021 und 2020 werden die Erlöse für das Pflegebudget mit dem gesetzlich vorgegebenen Basissatz finanziert. Für die darüber nicht gedeckten Pflegepersonalkosten wurden im Rahmen von Ausgleichen Forderungen gegenüber den Kostenträgern im Jahresabschluss 2022 gebildet.

Im ambulanten Bereich wurden im Geschäftsjahr 50.477 Fälle behandelt. Dies stellt eine Steigerung der Fallzahlen in Höhe von 12,7 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum dar. Zusätzlich sind die Umsatzerlöse gegenüber dem Vorjahr um 17,0 % gestiegen.

Weitere Geschäftsfelder, die die Umsatzerlöse beeinflussen, sind die Gestellung der Notärzte für die Wachen und die Regionalapotheke. Der Umsatz der Regionalapotheke ist um 26 Tsd. Euro auf 11,3 Mio. Euro gestiegen. Die Erstattungen durch den Landkreis Dahme-Spreewald für die Personalgestellung der Notarztwachen belaufen sich auf 3,6 Mio. Euro.

Insgesamt haben sich die Materialaufwendungen gegenüber dem Vorjahr um 0,7 % verringert. Darin enthalten ist ein Anstieg der Aufwendungen für Sachkosten im Bereich Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe von 4,6 %. Ursache hierfür sind unter anderem die gestiegenen Gaspreise mit einer Steigerung von 225,8 %. Durch einen Rückgang der Aufwendungen für bezogene Leistungen in Höhe von 3,5 % sind die Materialaufwendungen jedoch insgesamt gesunken.

Gleichzeitig haben sich die sonstigen betrieblichen Aufwendungen im Vergleich zum Vorjahr um 7,1 %, im Wesentlichen durch steigende Aufwendungen für Instandhaltung und Bildung von Rückstellungen für Prüfungen des Medizinischen Dienstes erhöht.

Im IT-Bereich wurden insgesamt ca. 950 Tsd. Euro investiert, davon allein für die Netzwerkverkabelung 100 Tsd. Euro. Die Druckluftkompressoren am Standort Königs Wusterhausen wurden für 83 Tsd. Euro ausgetauscht.

Im Achenbach-Krankenhaus wurden die Überwachungsmonitore auf den Normalstationen und der IMC für 286 Tsd. Euro erneuert. Es wurden weitere 50 elektrische Pflegebetten und Nachttische beschafft. Im Kreißaal in Königs Wusterhausen wurden Entbindungsbetten im Wert von 71 Tsd. Euro erneuert. Für den OP in Königs Wusterhausen wurden zwei C-Bögen für insgesamt 320 Tsd. Euro beschafft.

Zur Leistungssteigerung im Bereich der Inneren Medizin/Endoskopie wurde in ein Ultraschallsystem Endosonographie für 117 Tsd. Euro investiert.

Der Unternehmenswert der Klinikum Dahme-Spreewald GmbH wird neben den finanziellen Kennzahlen maßgeblich durch nichtfinanzielle Leistungsindikatoren bestimmt. Sie betreffen die Beziehungen des Unternehmens zu Patienten und Mitarbeitern sowie das Leistungsportfolio im Einzugsgebiet. In Summe lassen diese Angaben Rückschlüsse darauf zu, inwieweit es dem Unternehmen gelingt,

- als attraktiver und verantwortungsvoller Arbeitgeber dauerhaft kompetente und engagierte Mitarbeiter auszubilden und an sich zu binden,
- die Leistungsangebote der Kliniken so auszurichten und den Patienten zur Verfügung zu stellen, die dem demographischen Wandel und den daraus ergebenden Versorgungsanforderungen im Einzugsgebiet gerecht werden,

- die Patientenzufriedenheit nachhaltig zu steigern sowie
- Ablauf und Behandlungsprozesse so zu gestalten, dass Ressourcen geschont und effizient eingesetzt werden.

Diese Aspekte sind nach Überzeugung der Klinikum Dahme-Spreewald GmbH wesentliche Bausteine einer zukunftsweisenden erfolgreichen Positionierung im Wettbewerb.

Eine Entgeltverhandlung der Krankenhausbudgets mit den Krankenkassen für die Geschäftsjahre 2020, 2021 und 2022 hat nicht stattgefunden.

Der Jahresgewinn in Höhe von 1,8 Mio. Euro wurde abweichend von der im Jahresabschluss und vom Aufsichtsrat empfohlenen Verwendung (Ausschüttung in Höhe von 600 Tsd. Euro analog der Vorjahre an Sana AG) per Umlaufbeschluss der Gesellschafterversammlung vom 19.06.2023 in voller Höhe an den Gesellschafter Sana AG ausgeschüttet.

Voraussichtliche Entwicklung, Chancen und Risiken

Das Chancen- und Risikomanagement ist für die Klinikum Dahme-Spreewald GmbH ein wichtiges Instrument und zentraler Bestandteil der nachhaltigen und zielorientierten Unternehmensführung, zur Entscheidungsfindung und zum Erreichen der definierten Ergebnisziele. Der wirtschaftliche Erfolg steht dabei im Fokus.

Durch die zeitnahe Identifikation, Bewertung und Durchdringung potenzieller Risiken können diese gezielt bearbeitet und Gegenmaßnahmen ergriffen werden. Gleichzeitig werden Chancen erkannt und genutzt, um die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage positiv zu beeinflussen. Interne und externe Rahmenbedingungen werden herangezogen. Dabei werden individuelle Ereignisse aller Einrichtungen einbezogen, aber auch branchenspezifische und -übergreifende Gegebenheiten.

Das Risikomanagementsystem basiert auf einem Regelwerk, das in der Konzern-Richtlinie formuliert ist. Die Umsetzung erfolgt durch eine konzernweit eingesetzte Software, die den gesamten Prozess unterstützt. So ist es möglich, wesentliche Themenfelder strukturiert zu erfassen, zu analysieren, zu bewerten, zu steuern und zu überwachen.

Die COVID-19-Pandemie hat in Deutschland einen deutlichen Fallzahlrückgang in den Krankenhäusern mit sich gebracht. Während 2020 und 2021 elektive Operationen im Wesentlichen zur Bereitstellung zusätzlicher Kapazitäten auf den Intensivstationen verschoben werden mussten, müssen Krankenhäuser aktuell immer häufiger aufgrund hoher Infektionszahlen in den Belegschichten Kapazitäten vom Netz nehmen und planbare Eingriffe verschieben. Auch für das Jahr 2023 besteht das Risiko, dass aufgrund dieser Situation weiterhin Kapazitäten vom Netz genommen werden müssen, was mit negativen Auswirkungen auf die Fallzahlentwicklung und die Umsatzerlöse einhergeht.

Gleichzeitig setzt sich der seit Jahren erkennbare Trend zur Ambulantisierung fort. Hier hat die COVID-19-Pandemie die durch eine Vielzahl von regulatorischen Eingriffen forcierte Verlagerung der ambulant sensitiven Leistungen in den ambulanten Sektor beschleunigt. Das im April veröffentlichte IGES Gutachten schlägt vor, den AOP-Katalog gemäß § 115 b SGB V nahezu zu verdoppeln, um dieser Entwicklung Rechnung zu tragen. Der aktualisierte AOP-Vertrag erweitert die ambulant durchführbaren Eingriffe zum 1. Januar 2023 um 208 OPS-Kodes. Gerade in Fächern mit einem hohen ambulanten Potenzial wie z. B. der Gynäkologie, der HNO-Heilkunde oder der Gastroenterologie kann es bei einer Verlagerung entsprechender Abrechnungsfälle in größerem Maße aus der stationären Versorgung in den ambulanten Bereich zu einer Erlösabsenkung kommen.

Krankenhäuser müssen sich insgesamt darauf einstellen, zukünftig medizinische Leistungen verstärkt auch ambulant zu erbringen. Insgesamt ist davon auszugehen, dass sich das stationäre Fallzahlgeschehen mithin rückläufig entwickeln wird.

Flankiert wird dies durch die Diskussion um die Einführung von Hybrid-DRGs, die in Krankenhäusern zur Erbringung ambulanter Leistungen geänderte, kostengünstigere Strukturen zur Leistungserbringung erfordern, um konkurrenzfähig zu bleiben. Dies bietet Krankenhäusern die Chance, ihr ambulantes Leistungsspektrum zu erweitern.

Im Nachgang der massiven wirtschaftlichen Einbrüche während der COVID-19-Pandemie hat sich die Wirtschaft in vielen Sektoren wieder erholt. Die Industrie verzeichnet weltweit eine steigende Nachfrage nach Produkten. Hinzu kommt der Ukraine-Krieg, der insbesondere die Energiepreise in die Höhe treibt.

Gleichzeitig wurde durch die chinesische No-COVID-Strategie mit partiellen Lockdowns und dem Stillstand wichtiger Häfen die weltweite Logistik erheblich gestört, was zu einer zusätzlichen Verknappung

des Angebotes an wichtigen Handelswaren und Bauteilen führt. In den letzten Wochen des Jahres 2022 haben sich zudem Lieferengpässe im Bereich der Arzneimittel ergeben. Die Refinanzierung der entsprechenden Kostensteigerungen ist sowohl aufgrund der Kalkulationssystematik der Landesbasisfallwerte als auch der aDRG nicht gegeben und belasten direkt das Ergebnis der Klinik.

Bei einem latenten Mangel an Fachkräften führt die Verschärfung der Pflegepersonaluntergrenzen, die Einführung der Personalbemessung durch PPR 2.0 aber auch die Ausgliederung der Pflegepersonalkosten aus dem Pflegebudget zu einem intensivierten Wettbewerb um Pflegefachpersonal auf Seiten der Anbieter von Gesundheitsleistungen. Um dem Risiko des Fachkräftemangels und den negativen Auswirkungen auf die Leistungserbringung entgegenzuwirken, setzt das Krankenhaus den Fokus auf fundierte Ausbildungsangebote und ein weitreichendes Angebot zur Fortbildung und Weiterqualifizierung unserer Mitarbeitenden, die zu einer langfristigen Bindung der Mitarbeiter und zur Steigerung unserer Attraktivität als Arbeitgeber führen sollen. Flexible, lebensphasen-orientierte Arbeitszeitmodelle sind gängige Praxis.

Die Anzahl von Cyberangriffen auf Krankenhäuser und Gesundheitseinrichtungen hat in den letzten Monaten weltweit weiterhin signifikant zugenommen. Die Angriffe finden zunehmend technisch komplex und hochprofessionell statt. Durch den Ukraine-Krieg ist global die Anzahl von Cyber-Angriffen gestiegen, insbesondere auch auf Einrichtungen der kritischen Infrastruktur einschließlich der des Gesundheitswesens. Sana hat umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen vorgenommen, um erfolgreiche Cyberangriffe weitestmöglich auszuschließen.

Vor dem Hintergrund zunehmender Vernetzung und Komplexität erhöhen sich auch die Ansprüche an umfassende und funktionsfähige IT-Systeme und die IT-Sicherheit. Sie sind für einen erfolgreichen Patientenbehandlungsprozess, von der Aufnahme, über Diagnostik und Behandlung, bis zur Entlassung und Dokumentation unerlässlich. Die Verabschiedung des Krankenhauszukunftsgesetzes und der Einrichtung eines Krankenhauszukunftsfonds bieten die Chance, zusätzliche Mittel in die Digitalisierung und die IT-Sicherheit zu investieren, um die steigenden Anforderungen an funktionsfähige IT-Systeme und die IT-Sicherheit schneller voranzutreiben.

Die Klinikum Dahme-Spreewald GmbH hat als Tochtergesellschaft der Sana Kliniken AG ihre jährliche Unternehmensplanung auf Basis eines konzernweit standardisierten Planungsprozesses erstellt. Dabei werden die individuellen Leistungsdaten, erwartete mikro- und makroökonomische Rahmenbedingungen sowie die zukünftige strategische Ausrichtung des Leistungsportfolios der Einzelgesellschaft berücksichtigt.

Für das kommende Geschäftsjahr gehen wir von steigenden Fallzahlen und aufgrund der Steigerung des Landesbasisfallwerts von einem leicht steigenden Umsatz aus. Wir erwarten im Vergleich zum aktuellen Geschäftsjahr aufgrund der allgemeinen tariflichen Entwicklung moderat steigende Personalkosten. Ferner gehen wir aufgrund der Inflation von einer allgemeinen Kostensteigerung aus; durch das Wegfallen coronabedingter Kosten erwarten wir insgesamt leichte Materialkostensteigerungen. Insgesamt erwarten wir im Vergleich zum aktuellen Geschäftsjahr ein leicht steigendes Ergebnis.

Die zum jetzigen Zeitpunkt nicht vorhersehbaren Auswirkungen der COVID-19-Pandemie kann es im Geschäftsjahr 2023 zu negativen Auswirkungen der abgegebenen Prognosen im Bereich Fallzahl, Umsatzerlöse und Ergebnis kommen.

Die Risiken, die sich aus der aktuellen Ukraine-Krise sowohl für die Zivilgesellschaft als auch für die Unternehmen ergeben werden, sind derzeit nur eingeschränkt absehbar. Die unsichere Situation bzgl. russischer Gaslieferungen stellt sowohl die europäische Wirtschaft als auch private Haushalte vor ungeahnte Herausforderungen. Erdgas dient in der Industrie der Prozesswärmeerzeugung und kommt bei unterschiedlichen Produktionsverfahren zum Einsatz, die Dampf, heißes Wasser, Hitze oder Kälte erfordern. Darüber hinaus wird Erdgas genutzt, um vor allem Ammoniak, Wasserstoff und Methanol herzustellen. Damit dürfte die verringerte Liefermenge an Erdgas unmittelbar die Chemieindustrie, die Automobilindust-

rie aber auch die Landwirtschaft und die Nahrungsmittelindustrie treffen und Auswirkungen auf deren Lieferketten haben. Von den Folgen wird die Klinikum Dahme-Spreewald GmbH zwar nicht direkt betroffen sein, diese jedoch ebenfalls spüren, da sie sich auf die gesamte Wirtschaft erstrecken. Zum aktuellen Zeitpunkt sind diese Risiken nicht abschließend zu bewerten.

Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald

	Wirtschaftsjahr	Wert in Tsd. Euro
Kapitalzuführungen	2022	0
	2021	0
	2020	0
Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche	2022	0
	2021	0
	2020	0
Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen (Kommunalbürgschaften)	2022	keine
	2021	keine
	2020	keine
Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft des Landkreises unmittelbar beziehungsweise mittelbar auswirken können	<p>Gemäß dem bestehenden Konsortialvertrag zahlt die Sana Kliniken AG eine unbefristete jährliche Ausgleichszahlung in Höhe von 200 Tsd. Euro jeweils am 30. Juni eines jeden Jahres, erstmalig am 30. Juni 2011.</p> <p>Investitionskostenzuschuss für die Erstertüchtigung des MVZ in Lübben in Höhe von 100 Tsd. Euro</p>	
<p>Weitere Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald wie Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche sowie gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen bestehen nicht.</p>		
<p>Konsolidierung Im Gesamtabschluss des Landkreises erfolgt eine Vollkonsolidierung der KDS GmbH.</p>		

Klinikum Dahme-Spreewald Dienstleistungsgesellschaft mbH

Schillerstraße 29

15907 Lübben (Spreewald)

Tel.: +49 (0) 3546 / 75-0

Fax: +49 (0) 3546 / 75-314



	2022	2021	2020
Stammkapital in Euro	25.000	25.000	25.000
Gesellschafter	Name Gesellschafter	Anteil in Euro	Anteil in %
	Klinikum Dahme-Spreewald GmbH	25.000	100
Datum der Gründung	06.05.2008		
Gegenstand des Unternehmens	Gegenstand der Gesellschaft ist die Übernahme von Dienstleistungen, die nicht zum Kernbereich der Aufgaben von Krankenhäusern gehören, insbesondere der Speisenversorgung		
Organe der Gesellschaft	<u>Geschäftsführung:</u> Herr Dr. Christian von Klitzing (bis 13.06.2022) Herr André Jasper (seit 13.06.2022) Herr Jürgen Schulte (bis 19.12.2022) Herr Björn Meene (seit 19.12.2022)		

Bilanz der KDSD mbH (Tochterunternehmen der KDS GmbH)

Bilanz zum		31.12.2022 in Euro	31.12.2021 in Euro	31.12.2020 in Euro
Aktiva				
A.	Anlagevermögen	42.952	47.819	53.328
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0
	Entgeltlich erworbene Software	0	0	0
II.	Sachanlagen	11.470	16.337	21.846
1.	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	11.470	16.337	21.846
2.	Geleistete Anzahlungen / Anlagen im Bau	0	0	0
III.	Finanzanlagen	31.482	31.482	31.482
1.	Anteile an verbundenen Unternehmen	31.482	31.482	31.482
B.	Umlaufvermögen	378.971	392.995	242.322
I.	Vorräte	26.314	28.540	33.907
1.	Fertige Erzeugnisse	26.314	28.540	33.907
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	344.870	357.012	204.828
1.	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	232.396	120.026	121.211
2.	Forderungen gegen Gesellschafter	0	0	11.134
3.	Forderungen gegen verbundene Unternehmen	112.474	232.893	64.975
4.	Sonstige Vermögensgegenstände	0	4.093	7.508
III.	Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	7.788	7.442	3.586
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	0	1.243	724
	Bilanzsumme	421.923	442.057	296.374
Passiva				
A.	Eigenkapital	197.828	197.828	197.828
I.	Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000	25.000
II.	Gewinnrücklage	172.828	172.828	172.828
III.	Bilanzgewinn	0	0	0
B.	Rückstellungen	126.000	95.100	69.200
1.	Steuerrückstellungen	0	0	0
2.	Sonstige Rückstellungen	126.000	95.100	69.200
C.	Verbindlichkeiten	98.094	149.129	29.345
1.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	14.518	6.692	1919,03
2.	Verbindlichkeiten ggü. Gesellschafter	15.566	100.850	1.003
3.	Verbindlichkeiten ggü. verbundenen Unternehmen	48.476	23.974	47
4.	Sonstige Verbindlichkeiten	19.535	17.613	26.376
	Bilanzsumme	421.923	442.057	296.374

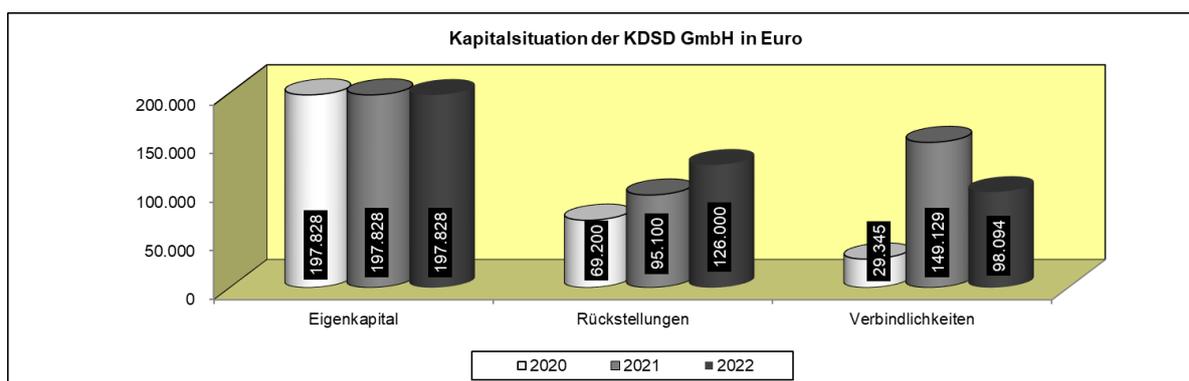
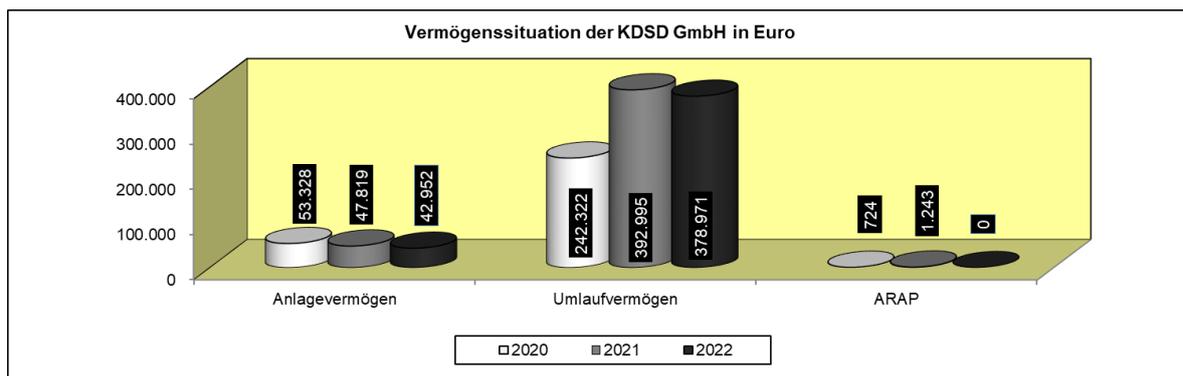
Erläuterungen zu Positionen der Bilanz

Das Anlagevermögen reduzierte sich im Berichtsjahr um 5 Tsd. Euro auf 43 Tsd. Euro aufgrund von Abschreibungen auf Sachanlagen. Die Position Finanzanlagen zeigte die Geschäftsanteile der 100%igen Tochtergesellschaft KDSR mbH.

Das Umlaufvermögen reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr um 15 Tsd. Euro auf 379 Tsd. Euro, was hauptsächlich auf die verminderten Forderungen gegen verbundene Unternehmen zurückzuführen war. Hierbei handelt es sich um Forderungen aus einem Cash-Pooling-Guthaben bei der Sana Kliniken AG in Höhe von 112 Tsd. Euro. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um 112 Tsd. Euro auf 233 Tsd. Euro.

Die sonstigen Rückstellungen wurden zum Ende des Geschäftsjahres in Höhe von 126 Tsd. Euro bilanziert und erhöhten sich demnach um 31 Tsd. Euro gegenüber dem Vorjahr. Sie beinhalteten im Wesentlichen Rückstellungen für Personalaufwendungen in Höhe von 39 Tsd. Euro sowie für ausstehende Rechnungen in Höhe von 87 Tsd. Euro.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen resultieren aus der Verlustübernahme durch den Ergebnisabführungsvertrag mit der Klinikum Dahme-Spreewald Reinigungsgesellschaft mbH und betragen 48 Tsd. Euro. Die Verbindlichkeit gegen Gesellschafter betrifft die Verbindlichkeit aus dem Ergebnisabführungsvertrag mit der Klinikum Dahme-Spreewald GmbH und wurde in Höhe von 16 Tsd. Euro bilanziert. Die sonstigen Verbindlichkeiten enthalten Verbindlichkeiten aus Steuern in Höhe von 20 Tsd. Euro.



Gewinn- und Verlustrechnung der KDSD mbH

Gewinn- und Verlustrechnung zum		31.12.2022 in Euro	31.12.2021 in Euro	31.12.2020 in Euro
1.	Umsatzerlöse	3.984.480	3.703.473	3.183.760
2.	Sonstige betriebliche Erträge	26.450	36.331	27.838
3.	Personalaufwand	-2.660.251	-2.586.616	-2.137.195
	a) Löhne und Gehälter	-2.123.065	-2.088.607	-1.726.780
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-537.187	-498.010	-410.414
4.	Materialaufwand	-870.879	-714.475	-714.346
	a) Aufwendungen für Roh- Hilfs- und Betriebsstoffe	-816.691	-667.342	-671.803
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-54.188	-47.133	-42.544
5.	Abschreibungen auf Sachanlagen	-4.867	-5.988	-6.990
6.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-413.396	-388.960	-362.378
7.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	986	0	0
8.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
9.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	62.523	43.765	-9.311
10.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	1.200	-412
11.	Sonstige Steuern	-160	-160	-408
12.	Aufwand aus EAV	-48.355	-44.805	-1.003
13.	Ertrag aus EAV	-14.008	0	11.134
14.	Jahresüberschuss	0	0	0

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Umsatzerlöse setzten sich im Wesentlichen aus der Bereitstellung der Patientenverpflegung mit einem Volumen von 1.572 Tsd. Euro, der Bewirtschaftung von Cafeterien (306 Tsd. Euro), der Belieferung des Klinikums Dahme-Spreewald (350 Tsd. Euro), der Belieferung externer Kunden (131 Tsd. Euro) sowie der Abrechnung physiotherapeutischer Leistungen gegenüber der KDS GmbH (450 Tsd. Euro) und externer Kunden (1.122 Tsd. Euro) zusammen. Im Vergleich zum Vorjahr erhöhten sich die Umsatzerlöse um 281 Tsd. Euro.

Erträge aus Personalkostenerstattungen, Auflösung von Rückstellungen und Sachbezüge bildeten die Sonstigen betrieblichen Erträge (26 Tsd. Euro).

Der Personalaufwand erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 74 Tsd. Euro auf 2.660 Tsd. Euro und beinhaltete die Aufwendungen für insgesamt 69 Mitarbeiter*innen (Vj. 68 Mitarbeiter*innen).

Der Materialaufwand erhöhte sich um 156 Tsd. Euro und umfasst im Wesentlichen Aufwendungen für Lebensmittel.

Die Sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthielten insbesondere die Aufwendungen für Beratungs- und Serviceleistungen im Verwaltungsbereich sowie Mietaufwendungen.

Analysedaten der KDSD mbH

Kennzahl	2022	2021	2020
Vermögens- und Kapitalstruktur			
Anlagenintensität	10%	11%	11%
Eigenkapitalquote	47%	45%	67%
Finanzierung und Liquidität			
Anlagendeckung II	461%	414%	371%
Zinsaufwandsquote	0%	0%	0%
Liquidität 3. Grades	169%	161%	246%
Cashflow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	5 Tsd. Euro	6 Tsd. Euro	7 Tsd. Euro
Rentabilität und Geschäftserfolg			
Eigenkapitalrentabilität	0%	0%	0%
Gesamtkapitalrentabilität	0%	0%	0%
Umsatz	3,98 Mio. Euro	3,7 Mio. Euro	3,2 Mio. Euro
Gesamtleistung (ohne Zuschuss)	3,98 Mio. Euro	3,7 Mio. Euro	3,2 Mio. Euro
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	0 Euro	0 Euro	0 Euro
Personalbestand			
Personalaufwandsquote (im Verhältnis zum Gesamtleistung)	67%	70%	67%
Anzahl der Mitarbeiter	69	68	60

Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald

	Wirtschaftsjahr	Wert in Tsd. Euro
Kapitalzuführungen	2022	0
	2021	0
	2020	0
Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche	2022	0
	2021	0
	2020	0
Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen (Kommunalbürgschaften)	2022	keine
	2021	keine
	2020	keine
Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft des Landkreises unmittelbar beziehungsweise mittelbar auswirken können	keine	

Weitere Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald wie Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche sowie gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen bestehen nicht.

Konsolidierung

Im Gesamtabchluss des Landkreises erfolgt keine Konsolidierung der KDSD mbH.

Medizinisches Versorgungszentrum Dahme-Spreewald GmbH

Schillerstraße 29
 15907 Lübben (Spreewald)
 Tel.: +49 (0) 3546 / 75-0
 Fax: +49 (0) 3546 / 75-314



	2022	2021	2020
Stammkapital in Euro	50.000	50.000	50.000
Gesellschafter	Name Gesellschafter	Anteil in Euro	Anteil in %
	Klinikum Dahme-Spreewald GmbH	50.000	100
Datum der Gründung	01.01.2013		
Gegenstand des Unternehmens	Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb eines medizinischen Versorgungszentrums im Sinne des § 95 des Sozialgesetzbuches Fünftes Buch zur Erbringung aller hiernach zulässigen ärztlichen und nichtärztlichen Leistungen und aller hiermit in Zusammenhang stehenden Tätigkeiten sowie Bildung von Kooperationen mit ambulanten und stationären Leistungserbringungen der Krankenhausbehandlung und der Versorgung und Rehabilitation und nicht ärztlichen Leistungserbringern im Bereich des Gesundheitswesens einschließlich des Angebots und der Durchführung neuer ärztlicher Versorgungsformen, wie der integrierten Versorgung.		
Organe der Gesellschaft	<u>Geschäftsführung:</u> Dr. Christian von Klitzing (bis 13.06.2022) Dr. Karl Felix Rehder (seit 13.06.2022)		

Bilanz der MVZ GmbH (Tochterunternehmen der KDS GmbH)

Bilanz zum		31.12.2022 in Euro	31.12.2021 in Euro	31.12.2020 in Euro
Aktiva				
A.	Anlagevermögen	229.513	265.548	304.981
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	176.404	250.450	284.251
1.	Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte Und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	661	250.450	284.251
2.	Geschäfts- oder Firmenwert	175.743		
II.	Sachanlagen	53.109	15.098	20.730
1.	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	50.800	15.098	20.730
2.	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	2.309		
B.	Umlaufvermögen	561.173	513.488	171.770
I.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	561.173	513.488	171.770
1.	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	39.577	80.892	59.390
2.	Forderungen gegen verbundene Unternehmen	520.552	432.472	110.143
3.	Sonstige Vermögensgegenstände	1.043	124	2.237
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	0	57	9
	Bilanzsumme	790.686	779.093	476.761
Passiva				
A.	Eigenkapital	540.369	540.369	240.369
I.	Gezeichnetes Kapital	50.000	50.000	50.000
II.	Kapitalrücklagen	900.000	900.000	600.000
III.	Gewinnvortrag / Verlustvortrag	-409.631	-409.631	-226.259
IV.	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0	0	-183.372
B.	Rückstellungen	18.500	14.000	18.500
1.	Sonstige Rückstellungen	18.500	14.000	18.500
B.	Verbindlichkeiten	231.817	224.724	217.891
1.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.155	673	0
2.	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	215.497	215.146	213.595
3.	Sonstige Verbindlichkeiten	13.165	8.905	4.297
	Bilanzsumme	790.686	779.093	476.761

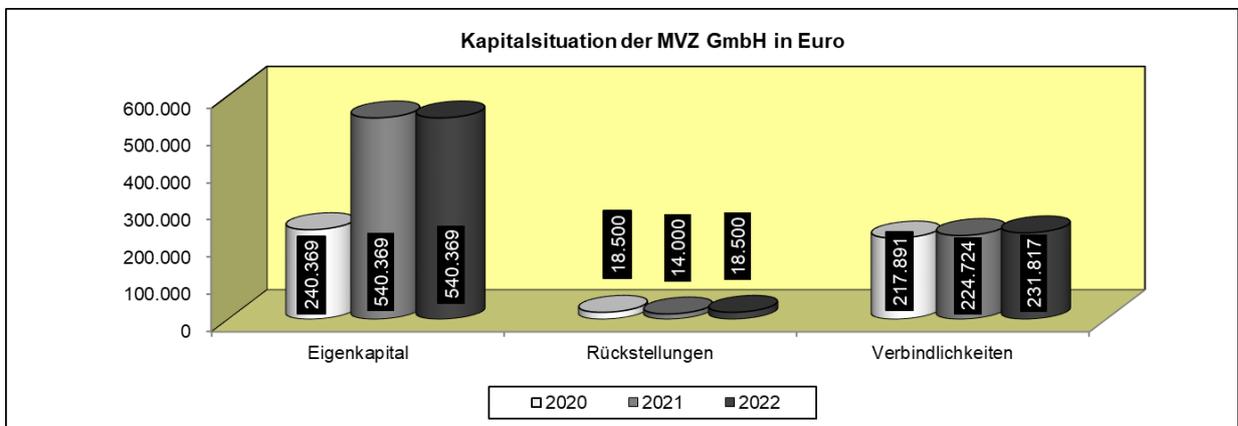
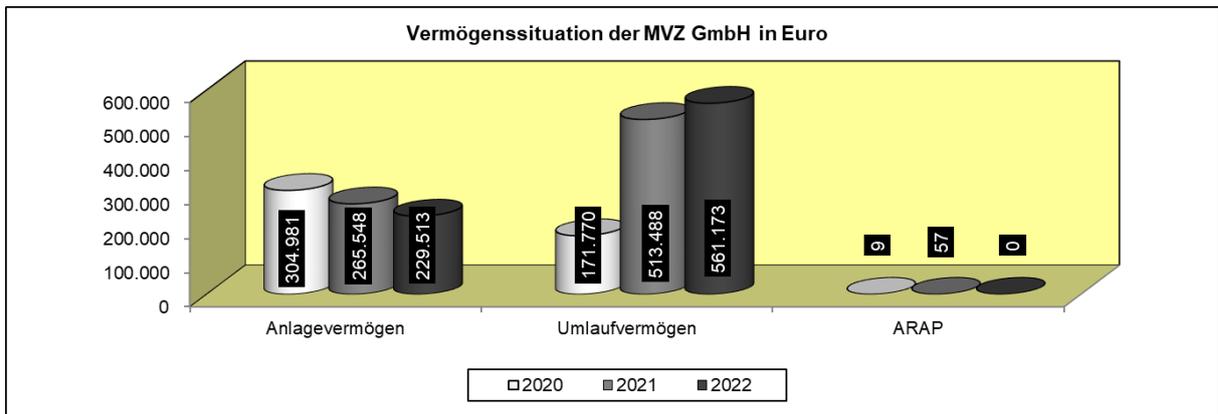
Erläuterungen zu Positionen der Bilanz

Das Anlagevermögen der MVZ GmbH reduzierte sich im Berichtsjahr um 36 Tsd. Euro im Vergleich zum Vorjahr aufgrund von Abschreibungen und der Zeitwert-Reduktion des Firmenwertes.

Die Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen betreffen in Höhe von 143 Tsd. Euro Cash-Pool-Forderungen gegen die Sana Kliniken AG.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (215 Tsd. Euro) betreffen Liefer- bzw. Leistungsverbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter und entsprechen etwa dem Vorjahresniveau.

Insgesamt erhöhte sich die Bilanzsumme um 12 Tsd. Euro auf 791 Tsd. Euro.



Gewinn- und Verlustrechnung der MVZ GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung zum		31.12.2022 in Euro	31.12.2021 in Euro	31.12.2020 in Euro
1.	Umsatzerlöse	585.689	468.155	485.098
2.	Sonstige betriebliche Erträge	40.591	14.780	19.559
3.	Materialaufwendungen	-10.545	-5.896	-6.345
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-3.147	-1.585	-2.124
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-7.398	-4.311	-4.221
4.	Personalaufwand	-731.262	-572.864	-501.880
	a) Löhne und Gehälter	-602.025	-473.898	-414.266
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-129.237	-98.966	-87.614
5.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-37.085	-40.623	-40.492
6.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-223.223	-104.813	-139.323
7.	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	668	2	11
8.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
9.	Ergebnis nach Steuern	-375.167	-241.258	-183.372
10.	a) Erträge aus der Verlustübernahme auf Grund einer Gewinngemeinschaft	375.167	241.258	0
11.	Jahresergebnis	0	0	-183.372

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Umsatzerlöse bildeten im Wesentlichen Erlöse aus Abrechnungen gegenüber der Kassenärztlichen Vereinigung ab.

Die Personalaufwendungen betragen im Berichtsjahr 731 Tsd. Euro und erhöhten sich demnach um 158 Tsd. Euro gegenüber dem Vorjahr. Das Unternehmen beschäftigt im Jahresdurchschnitt 15 Mitarbeiter*innen (Vorjahr 12).

Das Geschäftsjahr schloss mit einem ausgeglichenen Jahresergebnis ab, da der Verlust in Höhe von 375 Tsd. Euro im Rahmen der Gewinngemeinschaft mit der KDS GmbH ausgeglichen wurde.

Analysedaten der MVZ GmbH

Kennzahl	2022	2021	2020
Vermögens- und Kapitalstruktur			
Anlagenintensität	29%	34%	64%
Eigenkapitalquote	68%	69%	50%
Finanzierung und Liquidität			
Anlagendeckung II	235%	203%	79%
Zinsaufwandsquote	0%	0%	0%
Liquidität 3. Grades	224%	215%	73%
Cashflow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	37 Tsd. Euro	41 Tsd. Euro	-143 Tsd. Euro
Rentabilität und Geschäftserfolg			
Eigenkapitalrentabilität	0%	0%	-76%
Gesamtkapitalrentabilität	0%	0%	-38%
Umsatz	586 Tsd. Euro	468 Tsd. Euro	485 Tsd. Euro
Gesamtleistung (ohne Zuschuss)	626 Tsd. Euro	468 Tsd. Euro	485 Tsd. Euro
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	0 EUR	0 Euro	-183 Tsd. Euro
Personalbestand			
Personalaufwandsquote (im Verhältnis zum Gesamtleistung)	125%	122%	99%
Anzahl der Mitarbeiter	15	12	14

Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald

	Wirtschaftsjahr	Wert in Tsd. Euro
Kapitalzuführungen	2022	0
	2021	0
	2020	0
Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche	2022	0
	2021	0
	2020	0
Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen (Kommunalebürgschaften)	2022	keine
	2021	keine
	2020	keine
Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft des Landkreises unmittelbar beziehungsweise mittelbar auswirken können	keine	
Weitere Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald wie Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche sowie gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen bestehen nicht.		
Konsolidierung		
Im Gesamtabchluss des Landkreises erfolgt keine Konsolidierung der MVZ GmbH.		

Klinikum Dahme-Spreewald Reinigungsgesellschaft mbH

Schillerstraße 29
 15907 Lübben (Spreewald)
 Tel.: +49 (0) 3546 / 75-0
 Fax: +49 (0) 3546 / 75-314



	2022	2021	2020
Stammkapital in Euro	25.000	25.000	25.000
Gesellschafter	Name Gesellschafter	Anteil in Euro	Anteil in %
	Klinikum Dahme-Spreewald Dienstleistungsgesellschaft mbH	25.000	100
Datum der Gründung	03.05.2010		
Gegenstand des Unternehmens	Gegenstand der Gesellschaft ist die Durchführung aller nichtmedizinischen Dienstleistungen, insbesondere Reinigungstätigkeiten, Tätigkeit des klinischen Hauspersonals, allgemeine hauswirtschaftliche Tätigkeiten, Hol- und Bringendienste, Transporte sowie Funktions- und Servicedienste.		
Organe der Gesellschaft	<u>Geschäftsführung:</u> Herr Dr. Christian von Klitzing (bis 09.06.2022) Herr André Jasper (seit 09.06.2022) Herr Jürgen Schulte (bis 19.12.2022) Herr Björn Meene (seit 19.12.2022)		

Bilanz der KDSR mbH (Enkeltochterunternehmen der KDS GmbH)

Bilanz zum		31.12.2022 in Euro	31.12.2021 in Euro	31.12.2020 in Euro
Aktiva				
A.	Anlagevermögen	39.606	54.852	53.168
I.	Sachanlagen	39.606	54.852	53.168
1.	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	39.606	54.852	53.168
2.	Geleistete Anzahlungen / Anlagen im Bau	0	0	0
B.	Umlaufvermögen	268.939	209.345	235.237
I.	Vorräte	10.661	5.732	5.959
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	258.277	203.613	229.278
1.	Forderungen aus Lieferung und Leistungen	2.904	0	0
2.	Forderungen gegen Gesellschafter	48.355	23.974	1.003
3.	Forderungen gegen verbundene Unternehmen	206.679	178.289	226.062
4.	Sonstige Vermögensgegenstände	339	1.350	2.213
III.	Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	0	0	0
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	1.520	0	0
	Bilanzsumme	310.065	264.197	288.405
Passiva				
A.	Eigenkapital	25.000	25.000	25.000
I.	Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000	25.000
II.	Gewinnrücklage	0	0	0
III.	Bilanzgewinn	0	0	0
B.	Rückstellungen	74.200	31.200	37.700
1.	Sonstige Rückstellungen	74.200	31.200	37.700
C.	Verbindlichkeiten	210.865	207.997	225.705
1.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	20.718	7.275	8.152
2.	Verbindlichkeiten ggü. Gesellschafter	0	509	0
2.	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	0	0	0
3.	Sonstige Verbindlichkeiten	190.147	200.212	217.553
	Bilanzsumme	310.065	264.197	288.405

Erläuterungen zu Positionen der Bilanz

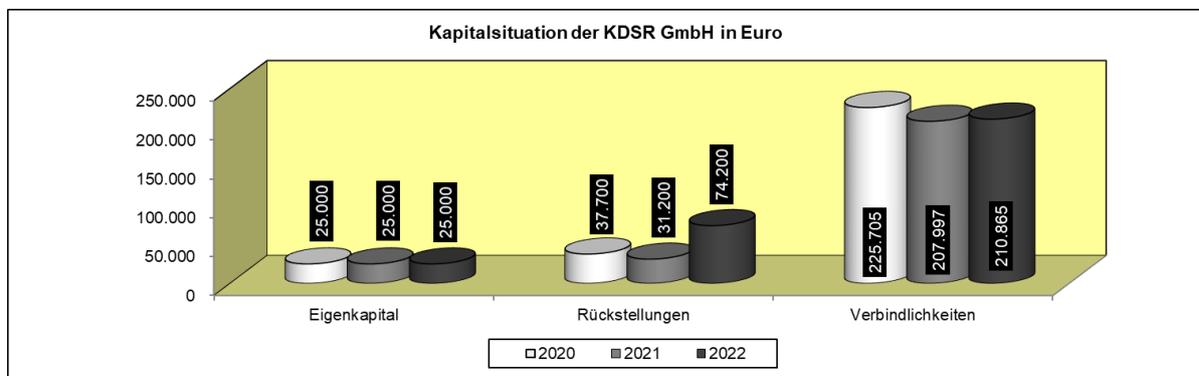
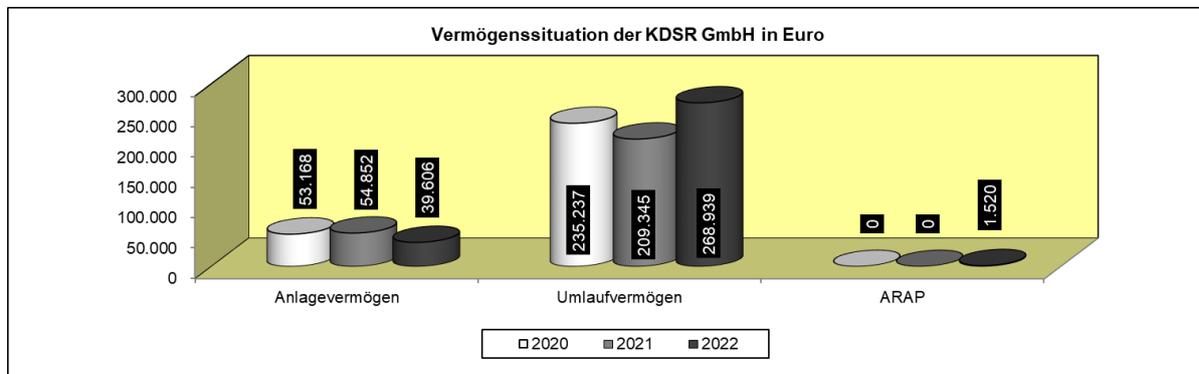
Das Anlagevermögen reduzierte sich im Berichtsjahr um 15 Tsd. Euro auf rd. 40 Tsd. Euro.

Das Umlaufvermögen erhöhte sich zum Vorjahr um rd. 55 Tsd. Euro auf 258 Tsd. Euro. Maßgeblich verantwortlich für die Veränderung waren die Forderungen gegen verbundene Unternehmen, welche aus dem Cash-Pooling-Guthaben bei der Sana Kliniken AG resultierten. Die Forderungen gegen Gesellschafter betrafen die Forderungen aus dem Ergebnisabführungsvertrag mit der KDSG GmbH in Höhe des Jahresverlustes von 48 Tsd. Euro.

Die Sonstigen Rückstellungen wurden für Personalaufwendungen (56 Tsd. Euro) und ausstehende Rechnungen (18 Tsd. Euro) gebildet.

Bei den Sonstigen Verbindlichkeiten handelt es sich um Verbindlichkeiten aus der Lohn- und Gehaltsabrechnung Dezember 2022 (190 Tsd. Euro) und Verbindlichkeiten aus Steuern (18 Tsd. Euro).

Die Bilanzsumme erhöht sich im Berichtsjahr um 46 Tsd. Euro und belief sich somit auf 310 Tsd. Euro.



Gewinn- und Verlustrechnung der KDSR mbH

Gewinn- und Verlustrechnung zum		31.12.2022 in Euro	31.12.2021 in Euro	31.12.2020 in Euro
1.	Umsatzerlöse	3.634.687	3.462.445	3.419.975
2.	Sonstige betriebliche Erträge	32.703	36.111	18.498
3.	Personalaufwand	-3.292.983	-3.229.620	-3.088.991
	a) Löhne und Gehälter	-2.714.486	-2.670.983	-2.556.940
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-578.497	-558.637	-532.051
4.	Materialaufwand	-198.729	-77.857	-75.860
	a) Aufwendungen für Roh- Hilfs- und Betriebsstoffe	-25.513	-36.624	-36.422
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-173.216	-41.233	-39.438
5.	Abschreibungen auf Sachanlagen	-18.525	-19.752	-18.256
6.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-206.385	-195.302	-256.368
7.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	878	0	0
8.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
9.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-48.355	-23.974	-1.003
10.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
11.	Sonstige Steuern	0	0	0
12.	Aufwand aus EAV	0	0	0
13.	Ertrag aus EAV	48.355	23.974	1.003
14.	Jahresüberschuss	0	0	0

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Umsatzerlöse resultierten fast ausschließlich aus der Erbringung von Reinigungsleistungen im Klinikum (3.441 Tsd. Euro).

Erträge aus Personalkostenerstattungen bildeten im Wesentlichen die Sonstigen betrieblichen Erträge (23 Tsd. Euro).

Die Sonstigen betrieblichen Aufwendungen (195 Tsd. Euro) enthielten insbesondere die Aufwendungen für Beratungs- sowie Serviceleistungen für die Verwaltung (157 Tsd. Euro).

Im Geschäftsjahr waren durchschnittlich 117 Mitarbeitende (Vj. 119) beschäftigt

Auf der Grundlage des geschlossenen Ergebnisabführungsvertrages erfolgt die vollständige Verlustübernahme des Jahresfehlbetrages 2022 durch die Klinikum Dahme-Spreewald Dienstleistungs GmbH.

Analysedaten der KDSR mbH

Kennzahl	2022	2021	2020
Vermögens- und Kapitalstruktur			
Anlagenintensität	13%	21%	18%
Eigenkapitalquote	8%	9%	9%
Finanzierung und Liquidität			
Anlagendeckung II	63%	46%	47%
Zinsaufwandsquote	0%	0%	0%
Liquidität 3. Grades	91%	85%	87%
Cashflow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	18 Tsd. Euro	20 Tsd. Euro	18 Tsd. Euro
Rentabilität und Geschäftserfolg			
Eigenkapitalrentabilität	0%	0%	0%
Gesamtkapitalrentabilität	0%	0%	0%
Umsatz	3,6 Mio. Euro	3,5 Mio. Euro	3,4 Mio. Euro
Gesamtleistung (ohne Zuschuss)	3,7 Mio. Euro	3,5 Mio. Euro	3,4 Mio. Euro
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	0 Euro	0 Euro	0 Euro
Personalbestand			
Personalaufwandsquote (im Verhältnis zum Gesamtleistung)	91%	93%	90%
Anzahl der Mitarbeiter	117	119	123

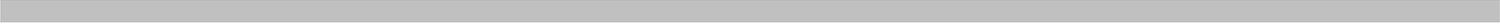
Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald

	Wirtschaftsjahr	Wert in Tsd. Euro
Kapitalzuführungen	2022	0
	2021	0
	2020	0
Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche	2022	0
	2021	0
	2020	0
Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen (Kommunalbürgschaften)	2022	keine
	2021	keine
	2020	keine
Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft des Landkreises unmittelbar beziehungsweise mittelbar auswirken können	keine	

Weitere Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald wie Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche sowie gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen bestehen nicht.

Konsolidierung

Im Gesamtabschluss des Landkreises erfolgt keine Konsolidierung der KDSR mbH.



Teltower Kreiswerke GmbH

Wallstraße 35

10179 Berlin

Tel.: +49 (0) 30 / 8060 2206

Fax: +49 (0) 30 / 8060 2207

E-Mail: TKWBERLIN@t-online.de

	2022	2021	2020
Stammkapital in Euro	200.000	200.000	200.000
Gesellschafter	Name Gesellschafter	Anteil in Euro	Anteil in %
	Landkreis Dahme-Spreewald	81.400	40,7
	Landkreis Teltow-Fläming	79.000	39,5
	Landkreis Potsdam-Mittelmark	39.600	19,8
Datum der Gründung	29.05.1929		
aktueller Gesellschaftsvertrag	27.10.2016		
Gegenstand des Unternehmens	<p>Erwerb, soweit dieser für gesellschaftseigene und kommunale Zwecke erforderlich ist, sowie die Verwaltung, Vermietung, Verpachtung, Instandsetzung, Instandhaltung und Erweiterung von gesellschaftseigenen und sonstigen Grundstücken</p> <p>Neben der Verwaltung des eigenen Vermögens, die Erbringung von Leistungen im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages vom 16. Januar 1997: Verwaltung von Immobilien des ehemaligen Teltowvermögens in Berlin, die sich im Eigentum der Landkreise Dahme-Spreewald, Teltow-Fläming und Potsdam-Mittelmark als Rechtsnachfolger des ehemaligen Kreises Teltow befinden</p>		
Öffentlicher Zweck	Mit der Übertragung der Anteile gemäß § 27 Rechtsträger-Abwicklungsgesetz nach 1990 vom ehemaligen Kreis Teltow auf die Landkreise sind die Gesellschafter der TKW GmbH die Landkreise Dahme-Spreewald mit 40,7 %, Teltow-Fläming mit 39,5 % und Potsdam-Mittelmark mit 19,8 %.		
Organe der Gesellschaft	<p><u>Geschäftsführerin:</u> Frau Annette Hansel</p> <p>Die Geschäftsführerin ist Beschäftigte der WSC GmbH, die mit Vertrag vom 11.12.2001 die Geschäftsbesorgung übernommen hat. Die Vergütung vorgenannter Organe ist mit der Geschäftsbesorgungsvergütung der WSC GmbH vollständig abgegolten.</p> <p><u>Gesellschafterversammlung:</u> <u>Vertreter LDS:</u> Marion Degenhardt Dezentantin für Rechtsangelegenheiten und Verbraucherschutz</p> <p><u>Stellvertreter LDS:</u> Herr Klein Dezentent für Wirtschaft, Finanzen, Sicherheit und Recht</p>		

Bilanz der TKW GmbH

Bilanz zum		31.12.2022 in Euro	31.12.2021 in Euro	31.12.2020 in Euro
Aktiva				
A.	Anlagevermögen	176.876	176.876	176.989
I.	Sachanlagen	176.876	176.876	176.989
1.	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte u. Bauten einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken	176.873	176.873	176.873
2.	Andere Anlagen, Betriebs- u. Geschäftsausstattung	3	3	116
B.	Umlaufvermögen	1.273.988	1.231.040	1.160.281
I.	Vorräte	15.657	7.775	5.691
1.	Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	15.657	7.775	5.691
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	114	14	33.501
1.	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	0	0	32.972
2.	Sonstige Vermögensgegenstände	114	14	529
IV.	Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	1.258.218	1.223.252	1.121.089
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	3.617	3.263	3.114
	Bilanzsumme	1.454.481	1.411.179	1.340.384
Passiva				
A.	Eigenkapital	1.417.659	1.369.233	1.238.775
I.	Gezeichnetes Kapital	200.000	200.000	200.000
II.	Kapitalrücklage	34.461	34.461	34.461
III.	Gewinnvortrag	1.134.772	1.067.126	946.151
IV.	Jahresüberschuss	48.426	67.646	58.163
B.	Rückstellungen	14.723	16.183	19.729
1.	Steuerrückstellungen	4.117	5.752	9.240
2.	Sonstige Rückstellungen	10.606	10.431	10.489
C.	Verbindlichkeiten	18.779	25.097	24.053
1.	erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	0	3.930	0
2.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.712	6.995	677
3.	Sonstige Verbindlichkeiten	15.067	14.172	12.916
E.	Rechnungsabgrenzungsposten	3.320	666	2.366
	Bilanzsumme	1.454.481	1.411.179	1.340.384

Erläuterungen zu Positionen der Bilanz

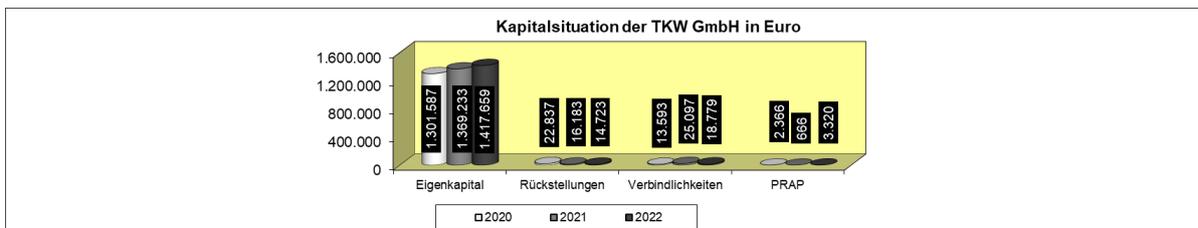
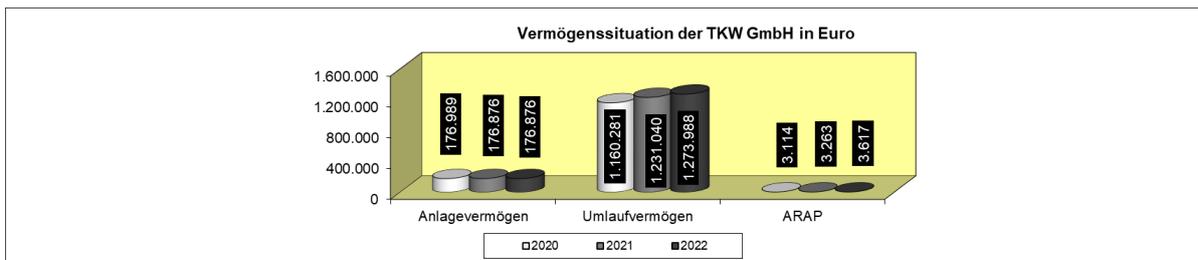
Das Anlagevermögen der Gesellschaft in Höhe von ca. 177 Tsd. Euro umfasst im Wesentlichen die Grundstücke Wohn- und Geschäftshaus in der Sachlebenstraße 64/66 sowie das Gewerbegrundstück „Am Stichkanal“ in Berlin. Das Sachanlagevermögen entsprach unverändert dem Vorjahreswert (177 Tsd. Euro).

Das Umlaufvermögen erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 43 Tsd. Euro auf 1,3 Mio. Euro. Dies ist insbesondere auf den Anstieg des Bankguthabens um rd. 35 Tsd. Euro zurückzuführen. Zum Bilanzstichtag wurden liquide Mittel in Höhe von 1,3 Mio. Euro ausgewiesen. Die Liquidität der Gesellschaft ist sehr hoch.

Das Eigenkapital erhöht sich gegenüber dem Vorjahreswert planmäßig um den Jahresüberschuss von 48 Tsd. Euro. Zum Bilanzstichtag belief sich das Eigenkapital auf ca. 1,4 Mio. Euro. Gemessen an der Bilanzsumme entsprach das einer Eigenkapitalquote von 97 %.

Die Verbindlichkeiten wurden mit ca. 19 Tsd. Euro ausgewiesen. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistungen konnten ggü. dem Vorjahr um rd. 3 Tsd. Euro reduziert werden. Es bestanden keine Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Die Bilanzsumme erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um ca. 43 Tsd. Euro auf 1,5 Mio. Euro.



Gewinn- und Verlustrechnung der TKW GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung zum		31.12.2022 in Euro	31.12.2021 in Euro	31.12.2020 in Euro
1.	Umsatzerlöse	232.131	229.971	224.479
2.	Gesamtleistung	232.131	229.971	224.479
3.	Sonstige betriebliche Erträge	200	5.791	109
	a) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	200	1.520	109
	b) Übrige sonstige betriebliche Erträge	0	4.271	0
4.	Materialaufwand	-32.788	-25.291	-21.346
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-10.082	-9.706	-10.120
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-22.706	-15.586	-11.225
5.	Personalaufwand	-38.391	-31.744	-32.499
	a) Löhne und Gehälter	-31.100	-25.704	-25.200
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-7.291	-6.040	-7.299
6.	Abschreibungen auf immater. Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	0	-113	-464
7.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-81.172	-77.315	-75.929
8.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3	7	35
9.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
10.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-27.115	-29.218	-27.131
11.	Ergebnis nach Steuern	52.868	72.087	67.253
12.	Sonstige Steuern	-4.441	-4.441	-4.441
13.	Jahresüberschuss	48.427	67.646	62.812

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Umsatzerlöse wurden gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig auf 232 Tsd. Euro gesteigert. Diese wurden aus der Immobilienverwaltung und den Mieteinnahmen generiert.

Der Materialaufwand erhöhte sich um ca. 7,5 Tsd. Euro aufgrund der Heizkosten.

Die Position Personalaufwand erhöhte sich um ca. 6,6 Tsd. Euro (38 Tsd. Euro; Vj. 32 Tsd. Euro) ggü. dem Vorjahr und betrifft ausschließlich das Gehalt des Hausmeisters.

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen von insgesamt 81 Tsd. Euro wurden allgemeine Betriebs- und Verwaltungskosten erfasst. Davon waren 61 Tsd. Euro den Aufwendungen für die Geschäftsbesorgung und die Erfüllung der Geschäftsführertätigkeiten durch die WSC GmbH zuzuschreiben.

Die Position Steuern vom Einkommen und vom Ertrag wurde mit ca. 27 Tsd. Euro ausgewiesen. Diese umfassten im Wesentlichen die Körperschafts- und Gewerbesteuer.

Die sonstigen Steuern in Höhe von 4 Tsd. Euro betreffen die zu entrichtende Grundsteuer.

Die TKW GmbH erwirtschaftete im Wirtschaftsjahr 2022 einen Jahresüberschuss in Höhe 48 Tsd. Euro.

Analysedaten

Die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage war entsprechend der Tätigkeit der Gesellschaft geordnet und stabil.

Der vergleichsweise geringe Anteil von Anlagevermögen im Verhältnis zur Bilanzsumme sowie der untypisch hohe Anteil des Umlaufvermögens, vorwiegend aus liquiden Mitteln resultierend, ist für ein Unternehmen der Immobilienbranche eher unüblich, hier aber bedingt durch Ansparung von Mitteln zur Objektertüchtigung. Die Anlagenintensität belief sich auf 12 %.

Die Eigenkapitalquote von 97 % ist als überdurchschnittlich hoch einzustufen. Diese ergab sich durch die fast durchgängige Erzielung von jährlichen Überschüssen, welche das Eigenkapital erhöhten. Eine Ausschüttung an die Gesellschafter erfolgte bisher nicht.

Die rückläufigen Steuerrückstellungen führten zur Verbesserung der Liquidität 3. Grades, welche sich aber mit 3.460 % weiterhin auf sehr hohem Niveau befindet. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft ist gesichert. Das Umlaufvermögen belief sich auf 88 % (darunter 87 % flüssige Mittel) des Gesamtvermögens der Gesellschaft.

Die Eigenkapitalrentabilität liegt unverändert bei 3 %, ebenso die Gesamtkapitalrentabilität.

Der Cashflow aus der lfd. Geschäftstätigkeit beträgt 48 Tsd. Euro

In die Personalaufwandsquote flossen nicht die Kosten für die Geschäftsbesorgung durch die WSC GmbH ein, sondern nur die Personalkosten für die Beschäftigung des direkt bei der TKW GmbH beschäftigten Mitarbeiters für Hausmeisterarbeiten.

Kennzahl	2022	2021	2020
Vermögens- und Kapitalstruktur			
Anlagenintensität	12%	13%	13 %
Eigenkapitalquote (ohne Sonderposten)	97%	97%	97 %
Finanzierung und Liquidität			
Anlagendeckung II	802%	774%	735 %
Zinsaufwandsquote	0%	0%	0%
Liquidität 3. Grades	3460%	2935%	2.999 %
Cashflow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	48 Tsd. Euro	62 Tsd. Euro	63 Tsd. Euro
Rentabilität und Geschäftserfolg			
Eigenkapitalrentabilität	3%	5%	5%
Gesamtkapitalrentabilität	3%	5%	5 %
Umsatz	232 Tsd. Euro	230 Tsd. Euro	224 Tsd. Euro
Gesamtleistung	232 Tsd. Euro	236 Tsd. Euro	225 Tsd. Euro
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	48 Tsd. Euro	68 Tsd. Euro	63 Tsd. Euro
Personalbestand			
Personalaufwandsquote (im Verhältnis zur Gesamtleistung)	17%	13 %	14 %
Anzahl der Mitarbeiter	1	1	1

Geschäftsverlauf 2022

Die Tätigkeit der Gesellschaft umfasste die Verwaltung der eigenen Immobilien und der Immobilien, die im Eigentum der Landkreise Dahme-Spreewald, Teltow-Fläming und Potsdam-Mittelmark stehen.

Zu den eigenen Immobilien gehören das durch die TKW GmbH ehemals betriebene märkische Elektrizitätswerk, einschließlich eines integrierten Wohngebäudes mit sieben Wohneinheiten sowie vier Gewerberäumen (einer großen Halle, verschiedene Lager- und Abstellräume) und ein verpachtetes Grundstück am Stichkanal.

Die Umsatzerlöse aus der Verwaltungstätigkeit und aus Vermietung und Verpachtung entwickelten sich ähnlich dem Vorjahr (194 Tsd. Euro; Vj. 199 Tsd. Euro), dominiert durch die Betriebskosten (Heizkosten bis 05/2022). Hinzu kommen Umsatzerlöse bedingt durch die Anstellung des Hausmeisters bei der TKW GmbH und der Weiterberechnung seiner Leistungen mit 19 % Umsatzsteuer an die Eigentümergemeinschaft mit rd. 38 Tsd. Euro/Jahr.

Der Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2022 betrug 48 Tsd. Euro und lag mit rd. 8 Tsd. Euro über dem von der Gesellschafterversammlung bestätigten Wirtschaftsplan.

Im Geschäftsjahr wurden bis auf Kleinstreparaturen keine größeren Reparaturen durchgeführt. Alle Planungen anderer Vorhaben wurden wegen nachbarschaftlicher Grundstücksentwicklung zurückgestellt.

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist geordnet und die Liquidität gesichert.

Das Eigenkapital der Gesellschaft konnte durch den positiven Geschäftsverlauf auf 1,4 Mio. Euro gesteigert werden.

Voraussichtliche Entwicklung, Chancen und Risiken

Die Geschäftstätigkeit der TKW GmbH bezieht sich auf die Verwaltung von eigenen Immobilien sowie auf die Verwaltung des sogenannten Teltowvermögens. Dabei handelt es sich um 11 Objekte bzw. Liegenschaften der Eigentümergemeinschaft, bestehend aus dem Landkreis Dahme-Spreewald, dem Landkreis Potsdam-Mittelmark und dem Landkreis Teltow-Fläming. Die Verwaltung des Teltowvermögens erfolgt im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages zwischen der TKW GmbH und der Eigentümergemeinschaft.

Wesentliche Risiken der künftigen Entwicklung sind derzeit nicht zu erkennen, könnten sich aber bei vollständigem Abverkauf der verwalteten Immobilien oder Entzug des Geschäftsbesorgungsauftrages durch die Gesellschafter ergeben.

Chancen künftiger Entwicklungen werden im Anstieg des Mietpreisniveaus und der Entwicklung der eigenen Immobilien gesehen, weil satzungsgemäß der Unternehmensgegenstand auf die Verwaltung von eigenen und von Immobilien aus dem Teltowvermögen begrenzt ist und nach Satzung ggf. mögliche Erwerbe notwendiger Grundstücke mit Ertragsauswirkung zurzeit nicht gesehen werden.

Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald

	Wirtschaftsjahr	Wert
Kapitalzuführungen	2022	0
	2021	0
	2020	0
Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche	2022	keine
	2021	keine
	2020	keine
Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen (Kommunalbürgschaften)	2022	keine
	2021	keine
	2020	keine
Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft des Landkreises unmittelbar beziehungsweise mittelbar auswirken können	2022	387 Tsd. Euro
	2021	387 Tsd. Euro
	2020	387 Tsd. Euro

Darüber hinaus bestanden keine Kapitalzuführungen und -entnahmen, Verlustausgleiche, gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen sowie sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft des Landkreises unmittelbar beziehungsweise mittelbar auswirken können (z.B. Betriebskostenzuschüsse).

Konsolidierung

Im Gesamtabchluss des Landkreises erfolgt die Equity-Konsolidierung der TKW GmbH.

Geschäftsbesorgungsbericht über die Verwaltung von Grundstücken

Aufgrund des bestehenden Geschäftsbesorgungsvertrages vom 16. Januar 1997, nebst 1. Änderung vom 10.07.2017 hat die Teltower Kreiswerke GmbH im Geschäftsjahr 2022 für die Eigentümergemeinschaft nach dem Kreis Teltow, angehörend die Landkreise Dahme-Spreewald (40,7 %), Teltow-Fläming (39,5 %) und Potsdam-Mittelmark (19,8 %), die Verwaltung der im Eigentum stehenden Grundstücke durchgeführt.

Im Berichtszeitraum wurde aus der Grundstücksverwaltung ein Überschuss in Höhe von 909 Tsd. Euro erzielt. Der erzielte Überschuss fiel ggü. dem Plan 2022 vom 18.10.2021 um 117,5 Tsd. Euro geringer aus. Das Ergebnis basiert auf Mindereinnahmen der Objekte in der Sarrazinstraße, der Körnerstraße und Am Stichkanal. Das Ergebnis dominiert durch höhere Ausgaben bei den Heiz- und Wasserkosten. Die Objekte sind ausgemietet.

In den Allgemeinen Ausgaben sind im Wesentlichen die Kosten für die Weiterberechnung des Hausmeisters und das bezahlte Geschäftsbesorgungsentgelt für die TKW GmbH enthalten. Dieses fiel durch das an die Banken zu zahlende Guthabenentgelt bis Ende August höher aus (2,9 Tsd. Euro).

An die Eigentümer wurde beteiligungsquotale eine Ausschüttung von insgesamt 950 Tsd. Euro vorgenommen, wovon der Landkreis Dahme-Spreewald 387 Tsd. Euro erhalten hat.

Der Gesamtbestand (Anlagevermögen + liquide Mittel) verringerte sich von 1.009 Tsd. Euro abzüglich des erwirtschafteten Überschusses und abzüglich der Ausschüttung in Höhe von 950 Tsd. Euro auf 968 Tsd. Euro zum 31.12.2022.

Verwaltung von Grundstücken in Berlin:

- Das Grundstück Berlin-Lichterfelde in der Bäkestraße 13 ist an den Tennisclub „Grün-Weiss“ verpachtet. Es bestanden keine Pachtrückstände. (Haftpflicht- und Gebäudeversicherung werden regelmäßig kontrolliert.
- Das Grundstück Berlin-Britz am Delfter Ufer wird als Kleingartenfläche genutzt. Im Berichtsjahr waren alle Gärten verpachtet.
- Das Grundstück Berlin-Lichterfelde „Am Stichkanal“ besteht aus Industrieflächen und Kleingärten. Es waren alle Parzellen vollständig verpachtet.
- Beim Grundstück Berlin-Tiergarten in der Körnerstraße handelt es sich um ein Grundstück mit Erbbaurecht. Im Wege der Zwangsvollstreckung wurde das Erbbaurecht verkauft und das darauf befindliche Mietshaus wird vom Erbbaurechtsnehmer vermietet. Die Rückübertragung des Erbbaugrundstücks erfolgte zum 21.07.2022
- Mit dem Grundstück Berlin-Wannsee Am Stölpchensee wurden Einnahmen aus Verpachtungen, Stegziinsen, Angelkartenverkauf etc. erwirtschaftet.
- Das Grundstück Späthstraße in Berlin-Neukölln ist eine Straßenrandfläche (80 qm) ohne Nutzungsmöglichkeit. Das Grundstück wurde dem Bezirksamt Neukölln bereits zum Erwerb angeboten.
- Das Grundstück in Berlin-Friedenau in der Sarrazinstraße ist mit einem zu 100 % vermieteten Geschäftshaus bebaut. Höhere Kosten als geplant entstanden durch Preissteigerungen bei Heiz- und Reparaturkosten.
- Das Grundstück in Berlin-Steglitz am Maulbronner Ufer ist ein nicht nutzbarer Geländestreifen (437 qm) am Teltow-Kanal. Einnahmen und Ausgaben entstanden daher nicht.
- Für das Grundstück in Berlin-Wannsee im Jagen 61 (1 qm Waldstreifen) sind weder Ausgaben noch Einnahmen angefallen.
- Für das Grundstück in Berlin-Wannsee im Jagen 61 (1 qm Waldstreifen) sind weder Ausgaben noch Einnahmen angefallen.

Partnerschaft Deutschland PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH

Friedrichstraße 149
 10117 Berlin
 Tel.: +(49) (0) 30 / 25 76 79 0
 Fax: +(49) (0) 30 / 25 76 199
 E-Mail: info(at)pd-g.de
 www.pd-g.de

**Stammkapital 31.12.2022: 2.004.000 Euro verteilt auf 10.020 Geschäftsanteile**

Gesellschafter Stand 31.12.2022	Geschäftsanteile im Nennbetrag von je Euro 200,00	prozentuale Beteiligung des Gesellschafters am Stammkapital	Anteile in Euro	Stimmrechtsanteile in %
145 Gesellschafter				
PD eigene Anteile	4.813	48,03	962.600	0
Bund	2.083	20,79	416.600	40,0
Baden-Württemberg	100	1,00	20.000	1,9
Land Brandenburg	100	1,00	20.000	1,9
Freie Hansestadt Bremen	100	1,00	20.000	1,9
Freie Hansestadt Hamburg	100	1,00	20.000	1,9
Hessen	100	1,00	20.000	1,9
Mecklenburg-Vorpommern	100	1,00	20.000	1,9
Niedersachsen	100	1,00	20.000	1,9
Nordrhein-Westfalen	100	1,00	20.000	1,9
Rheinland-Pfalz	100	1,00	20.000	1,9
Sachsen-Anhalt	100	1,00	20.000	1,9
Schleswig-Holstein	100	1,00	20.000	1,9
Deutscher Landkreistag e. V.	1	0,01	200	0,0
Deutscher Städte- und Gemeindebund	1	0,01	200	0,0
Deutscher Städtetag	1	0,01	200	0,0
Landkreis Darmstadt-Dieburg	15	0,15	3.000	0,3
Freie Hansestadt Bremen	25	0,25	5.000	0,5
Stadt Aachen	15	0,15	3.000	0,3
Kreisstadt Bad Hersfeld	5	0,05	1.000	0,1
Stadt Barsinghausen	5	0,05	1.000	0,1
Stadt Bergisch Gladbach	15	0,15	3.000	0,3
Stadt Bergkamen	10	0,10	2.000	0,2
Stadt Bochum	25	0,25	5.000	0,5
Stadt Brake (Unterweser)	2	0,02	400	0,0
Stadt Braunschweig	15	0,15	3.000	0,3
Stadt Castrop-Rauxel	10	0,10	2.000	0,2
Stadt Dillenburg	5	0,05	1.000	0,1
Stadt Dormagen	10	0,10	2.000	0,2
Stadt Duisburg	25	0,25	5.000	0,5
Stadt Ennepetal	5	0,05	1.000	0,1
Stadt Erkrath	5	0,05	1.000	0,1

Gesellschafter Stand 31.12.2022	Geschäftsanteile im Nennbetrag von je Euro 200,00	prozentuale Betei- ligung des Gesell- schafers am Stammkapital	Anteile in Euro	Stimmrechts- anteile in %
Stadt Essen	25	0,25	5.000	0,5
Stadt Frankfurt am Main	25	0,25	5.000	0,5
Stadt Freiburg i.Br	15	0,15	3.000	0,3
Stadt Gelnhausen	5	0,05	1.000	0,1
Stadt Halle (Westf.)	5	0,05	1.000	0,1
Stadt Hamminkeln	5	0,05	1.000	0,1
Samtgemeinde Heese- berg	2	0,02	400	0,0
Stadt Heiligenhaus	5	0,05	1.000	0,1
Stadt Herne	15	0,15	3.000	0,3
Stadt Heusenstamm	2	0,02	400,00	0,0
Marktgemeinde Holzkir- chen	2	0,02	400	0,0
Stadt Hüffeld	2	0,02	400	0,0
Stadt Hürth	10	0,10	2.000	0,2
Stadt Iserlohn	10	0,10	2.000	0,2
Stadt Jena	15	0,15	3.000	0,3
Stadt Kamp-Lintfort	5	0,05	1.000	0,1
Stadt Königs Wuster- hausen	5	0,05	1.000	0,1
Stadt Krefeld	15	0,15	3.000	0,3
Samtgemeinde Lachen- dorf	2	0,02	400	0,0
Stadt Langenfeld	10	0,10	2.000	0,2
Gemeinde Langerwehe	2	0,02	400	0,0
Stadt Leipzig	25	0,25	5.000	0,5
Stadt Lengerich (Westf.)	5	0,05	1.000	0,1
Stadt Leverkusen	15	0,15	3.000	0,3
Gemeinde Lilienthal	2	0,02	400	0,0
Stadt Lindau	5	0,05	1.000	0,1
Stadt Lüneburg	10	0,10	2.000	0,2
Stadt Mainz	15	0,15	3.000	0,3
Stadt Mannheim	25	0,25	5.000	0,5
Gemeinde Marpingen	2	0,02	400	0,0
Stadt Mengen	2	0,02	400	0,0
Gemeinde Merzenich	2	0,02	400	0,0
Stadt Mettmann	5	0,05	1.000	0,1
Gemeinde Michendorf	2	0,02	400	0,0
Stadt Mönchengladbach	15	0,15	3.000	0,3
Stadt Monheim am Rhein	5	0,05	1.000	0,1
Gemeinde Neubiberg	2	0,02	400	0,0
Gemeinde Nörvenich	2	0,02	400	0,0
Gemeinde Nohfelden	2	0,02	400	0,0
Stadt Nürnberg	25	0,25	5.000	0,5
Stadt Oberhausen	15	0,15	3.000	0,3
Stadt Offenbach	15	0,15	3.000	0,3
Gemeinde Oberthal	2	0,02	400	0,0
Kreisstadt Olpe	5	0,05	1.000	0,1
Stadt Paderborn	15	0,15	3.000	0,3
Stadt Papenburg	5	0,05	1.000	0,1
Stadt Pattensen	2	0,02	400	0,0
Stadt Potsdam	15	0,15	3.000	0,3
Stadt Ratingen	10	0,10	2.000	0,2
Stadt Recklinghausen	15	0,15	3.000	0,3

Gesellschafter Stand 31.12.2022	Geschäftsanteile im Nennbetrag von je Euro 200,00	prozentuale Be- teiligung des Gesellschafters am Stammkapi- tal	Anteile in Euro	Stimmrechts- anteile in %
Stadt Remscheid	15	0,15	3.000	0,3
Stadt Rheinberg	5	0,05	1.000	0,1
Stadt Salzgitter	15	0,15	3.000	0,3
Stadt Schwarzenbek	2	0,02	400	0,0
Gemeinde Seeheim- Jugenheim	2	0,02	400	0,0
Kreis Segeberg	15	0,15	3.000	0,3
Stadt Sehnde	5	0,05	1.000	0,1
Stadt Solingen	15	0,15	3.000	0,3
Stadt Taunusstein	5	0,05	1.000	0,1
Gemeinde Tholey	2	0,02	400	0,0
Stadt Troisdorf	10	0,10	2.000	0,2
Stadt Uetersen	2	0,02	400	0,0
Stadt Unna	10	0,10	2.000	0,2
Stadt Waren (Müritz)	5	0,05	1.000	0,1
Stadt Wedel	5	0,05	1.000	0,1
Stadt Wesseling	5	0,05	1.000	0,1
Stadt Wittingen	2	0,02	400	0,0
Stadt Wülfrath	5	0,05	1.000	0,1
Stadt Würselen	5	0,05	1.000	0,1
Stadt Wuppertal	25	0,25	5.000	0,5
Gemeinde Zöllnitz	2	0,02	400	0,0
Burgenlandkreis	15	0,15	3.000	0,3
Landkreis Celle	15	0,15	3.000	0,3
Landkreis Dachau	15	0,15	3.000	0,3
Landkreis Dahme- Spreewald	15	0,15	3.000	0,3
Landkreis Görlitz	15	0,15	3.000	0,3
Kreis Groß-Gerau	15	0,15	3.000	0,3
Kreis Herzogtum Lauen- burg	15	0,15	3.000	0,3
Hochsauerlandkreis	15	0,15	3.000	0,3
Landkreis Lichtenfels	10	0,10	2.000	0,2
Main-Taunus-Kreis	15	0,15	3.000	0,3
Kreis Mettmann	25	0,25	5.000	0,5
Landkreis Nien- burg/Weser	15	0,15	3.000	0,3
Kreis Ostholstein	15	0,15	3.000	0,3
Kreis Paderborn	25	0,25	5.000	0,5
Landkreis Sigmaringen	15	0,15	3.000	0,3
Landkreis Uckermark	15	0,15	3.000	0,3
Anstalt für kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB)	20	0,20	4.000	0,4
Bergisch Rheinischer Wasserverband KöR	20	0,20	4.000	0,4
Bundesagentur für Arbeit	20	0,20	4.000	0,4
Bundesanstalt für Immo- bilienaufgaben AöR	20	0,20	4.000	0,4
Dataport AöR	20	0,20	4.000	0,4
Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung e.V. (DGvU)	20	0,20	4.000	0,4

Gesellschafter Stand 31.12.2022	Geschäftsanteile im Nennbetrag von je Euro 200,00	prozentuale Beteiligung des Gesellschafters am Stammkapi- tal	Anteile in Euro	Stimmrechts- anteile in %
FITKO (Föderale IT-Kooperation)	20	0,20	4.000	0,4
KommunalBIT AöR (Kommunaler Betrieb für Informationstechnik)	20	0,20	4.000	0,4
Sächsische Aufbaubank - Förderbank - AöR	20	0,20	4.000	0,4
Stiftung Preußischer Kulturbesitz	20	0,20	4.000	0,4
Universität Bonn	20	0,20	4.000	0,4
Universität Duisburg-Essen KöR	20	0,20	4.000	0,4
Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder	20	0,20	4.000	0,4
Westfälische Hochschule	20	0,20	4.000	0,4
Zweckverband der Berufsbildenden Schulen Opladen	20	0,20	4.000	0,4
Zweckverband eGo-Saar	20	0,20	4.000	0,4
PD-Beteiligungsverein "Forschung und Medizin" e.V.	240	2,40	48.000	4,6
PD-Beteiligungsverein "Forschung und Medizin" e.V.	0	0,00	0	0,0
BBB Infrastruktur GmbH und Co. KG	20	0,20	4.000	0,4
govdigital eG	20	0,20	4.000	0,4
Klinikum Worms gGmbH	20	0,20	4.000	0,4
Leibniz Institut für Bildungsverläufe e.V.	20	0,20	4.000	0,4
regio iT gesellschaft für informationstechnologie mbH	20	0,20	4.000	0,4
RKiSH - Rettungsdienst Kooperation in Schleswig-Holstein	20	0,20	4.000	0,4
Republik Zypern	100	1,00	20.000	1,9
Stadtwerke Heiligenhaus GmbH	10	0,10	2.000	0,2
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH	20	0,20	4.000	0,4
PD-Beteiligungsverein „Allianz Kommunaler Großkrankenhäuser“ e.V.	160	1,60	32.000	3,1
Gesamt	10.020	100,00	2.004.000	100,0

Datum der Gründung	30.08.2016								
aktueller Gesellschaftsvertrag	11.05.2021								
Gegenstand des Unternehmens	<p>Gegenstand des Unternehmens ist die Investitions- und Modernisierungsberatung der Öffentlichen Hand, ausländischer Staaten und internationaler Organisationen, die die Voraussetzungen eines öffentlichen Auftraggebers i.S.d. § 99 Nr. 1 bis 3 GWB in seiner jeweils gültigen Fassung erfüllen sowie alle damit zusammenhängenden Geschäfte und Dienstleistungen. Durch diese Leistungen sollen die öffentlichen Stellen unterstützt werden ihre Investitions- und Modernisierungsziele möglichst wirtschaftlich zu erreichen. Die Gesellschaft ist auch Kompetenzzentrum für langfristige Kooperationsmodelle sowohl der Öffentlichen Hand mit privaten Unternehmen als auch zwischen öffentlichen Verwaltungen sowie für die Weiterentwicklung ihrer Grundlagen und Anwendungsbereiche.</p> <p>Die Interessen des Mittelstandes sind bei der Arbeit der Gesellschaft zu berücksichtigen und zu fördern.</p> <p>Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte und Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, dem Gegenstand des Unternehmens unmittelbar oder mittelbar zu dienen. Die Gesellschaft darf keine Finanzkredite gewähren und keine Finanzkredite aufnehmen, wenn durch die Aufnahme des Finanzkredits die Kreditverbindlichkeiten der Gesellschaft insgesamt den Betrag von € 2.000.000 übersteigen, sowie keine Bürgschaften, Garantien, Patronatserklärungen oder ähnliche Haftungen übernehmen</p> <p>Die Gewährung von Krediten und Bürgschaften des Unternehmens an Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans und an Beschäftigte der Gesellschaft sowie ihre Angehörigen ist nicht zulässig.</p>								
Öffentlicher Zweck	<p>Der Landkreis ist gemäß § 122 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) verpflichtet, die wirtschaftliche Entwicklung seines Gebietes zu fördern. Mit Beschluss des Kreistages Nr. 2017/112 vom 18.10.2017 und Bewilligung des Ministeriums des Innern und Kommunales gemäß Schreiben vom 18.05.2018/13.07.2018 wurde die Erfüllung des öffentlichen Zwecks gemäß den Voraussetzungen über die wirtschaftliche Betätigung nach § 91 BbgKVerf bestätigt.</p> <p>Der Anlage 2 zum Beteiligungsbericht 2022 ist der fristgerechte Nachweis (alle 10 Jahre) über die fortlaufende Erfüllung des öffentlichen Zwecks nach den Voraussetzungen des § 91 Abs. 6 BbgKVerf zu entnehmen.</p>								
Beschäftigte	<p>Insgesamt (durchschnittlich): 717</p> <p>davon:</p> <table> <tr> <td>Geschäftsführer</td> <td>2</td> </tr> <tr> <td>Beschäftigte Mitarbeiter</td> <td>717</td> </tr> </table>	Geschäftsführer	2	Beschäftigte Mitarbeiter	717				
Geschäftsführer	2								
Beschäftigte Mitarbeiter	717								
Organe der Gesellschaft	<table> <tr> <td><u>Geschäftsführung:</u></td> <td>Stéphane Beemelmans Claus Wechselmann</td> </tr> <tr> <td><u>Gesellschafterversammlung:</u> <u>Vertreter LDS</u></td> <td>Herr Stefan Klein (Kämmerer, dauerhaft betraut)</td> </tr> <tr> <td><u>Stellvertreter LDS</u></td> <td>Frau Kathleen Wyrsh (-23-, Mitarbeiterin Amt für Wirtschaft und Tourismus)</td> </tr> <tr> <td></td> <td>kein AR-Mandat gem. 3.6 Pkt. Gesellschaftervereinbarung</td> </tr> </table>	<u>Geschäftsführung:</u>	Stéphane Beemelmans Claus Wechselmann	<u>Gesellschafterversammlung:</u> <u>Vertreter LDS</u>	Herr Stefan Klein (Kämmerer, dauerhaft betraut)	<u>Stellvertreter LDS</u>	Frau Kathleen Wyrsh (-23-, Mitarbeiterin Amt für Wirtschaft und Tourismus)		kein AR-Mandat gem. 3.6 Pkt. Gesellschaftervereinbarung
<u>Geschäftsführung:</u>	Stéphane Beemelmans Claus Wechselmann								
<u>Gesellschafterversammlung:</u> <u>Vertreter LDS</u>	Herr Stefan Klein (Kämmerer, dauerhaft betraut)								
<u>Stellvertreter LDS</u>	Frau Kathleen Wyrsh (-23-, Mitarbeiterin Amt für Wirtschaft und Tourismus)								
	kein AR-Mandat gem. 3.6 Pkt. Gesellschaftervereinbarung								

Bilanz der PD-Berater der öffentlichen Hand GmbH

Bilanz zum		31.12.2022 in Euro	31.12.2021 in Euro	31.12.2020 in Euro
Aktiva				
A.	Anlagevermögen	4.067.880	2.645.568	2.219.647
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	679.328	621.386	539.822
II.	Sachanlagen	3.388.552	2.024.182	1.679.825
1.	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.388.552	2.024.182	1.679.825
III.	Finanzanlagen	0	0	0
B.	Umlaufvermögen	52.425.866	42.955.031	31.970.530
I.	Vorräte	7.257.182	6.185.827	5.848.143
1.	Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	7.257.182	6.185.827	5.848.143
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	15.513.910	13.468.834	11.033.155
1.	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	13.186.191	11.400.387	9.939.453
2.	Sonstige Vermögensgegenstände	2.327.719	2.068.447	1.093.702
III.	Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten u. Schecks	29.654.774	23.300.369	15.089.231
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	521.736	440.066	567.433
	Bilanzsumme	57.015.482	46.040.665	34.757.610
Passiva				
A.	Eigenkapital	37.329.484	31.801.702	20.235.195
I.	Ausgegebenes Kapital	2.004.000	2.004.000	2.004.000
1.	Stammkapital	2.004.000	2.004.000	2.004.000
2.	Nennbetrag eigene Anteile	-962.600	-1.137.000	0
II.	Kapitalrücklage	3.608.073	3.608.073	3.608.073
III.	Gewinnrücklagen	14.623.122	14.623.122	8.320.185
IV.	Gewinnvortrag	8.703.507	0	0
V.	Jahresüberschuss / -fehlbetrag	9.353.382	12.703.507	6.302.937
B.	Rückstellungen	11.954.610	7.763.179	8.134.063
1.	Steuerrückstellungen	1.446.809	1.288.344	2.617.000
2.	Sonstige Rückstellungen	10.507.801	6.474.835	5.517.063
C.	Verbindlichkeiten	7.731.389	6.475.784	6.388.352
1.	Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	1.609.301	1.095.052	2.787.864
2.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.729.335	1.949.910	1.310.473
3.	Sonstige Verbindlichkeiten	3.392.753	3.430.823	2.290.015
D.	Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
	Bilanzsumme	57.015.482	46.040.665	34.757.610

Erläuterungen zu Positionen der Bilanz

Im Berichtsjahr erhöhte sich das Vermögen der Gesellschaft um ca. 24 % auf 57,0 Mio. Euro (Vj. 46,0 Mio. Euro).

Zum Bilanzstichtag verfügte die Gesellschaft über Anlagevermögen im Wert von 4,1 Mio. Euro (Vj. 2,6 Mio. Euro). Mit Flächenerweiterungen an den Standorten Berlin, Hamburg, Düsseldorf erfolgten Investitionen in die Büroausstattung und in das EDV-Equipment. Das Anlagevermögen erhöhte sich somit um ca. 67 %.

Die im Berichtsjahr abermals gesteigerte Geschäftstätigkeit der PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH spiegelte sich auch im Umlaufvermögen wieder. Dementsprechend erhöhten sich die unfertigen Leistungen (noch nicht abgeschlossene Beratungsaufträge) um 17 % auf 7,3 Mio. Euro (Vj. 6,2 Mio. Euro).

In diesem Zusammenhang stiegen auch die gesamten Forderungen auf 15,6 Mio. Euro (Vj. 13,5 Mio. Euro) an. Darin enthalten sind Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 13,2 Mio. Euro (Vj. 11,4 Mio. Euro) enthalten, welche Forderungen aus erbrachten Beratungsleistungen gegenüber Gesellschaftern (8,7 Mio. Euro) betreffen. Sämtliche Forderungen sind innerhalb eines Jahres fällig.

Die sonstigen Vermögensgegenstände (2,3 Mio. Euro) beinhalten die gezahlten Mietkautionen für die Geschäftsräume in Berlin, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Wiesbaden und Nürnberg.

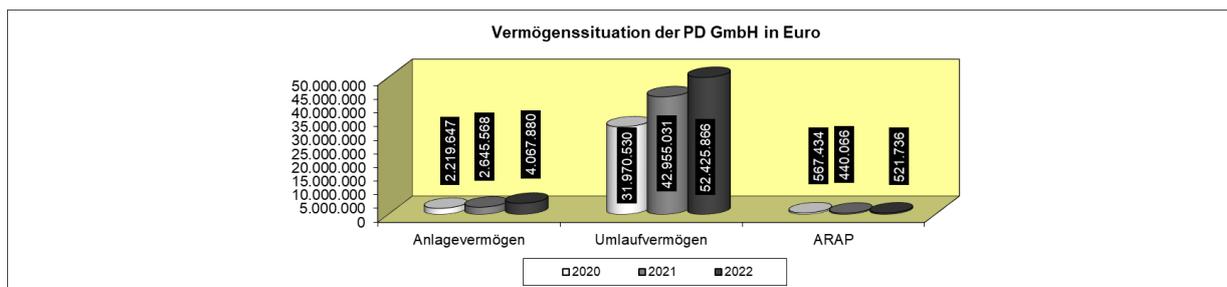
Der Kassenbestand erhöhte sich deutlich um ca. 27 % auf 29,7 Mio. Euro (Vj. 23,3 Mio. Euro). Die Liquidität 1.Grades betrug ca. 123 % (Vj. 128 %) und ist damit gesichert.

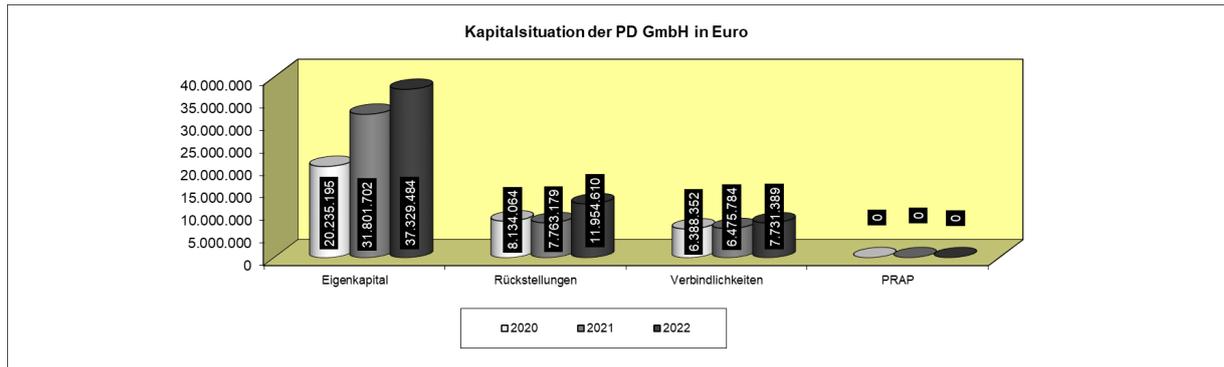
Im aktiven Rechnungsabgrenzungsposten (522 Tsd. Euro) waren im Wesentlichen Aufwendungen für IT-Dienstleistungen (130 Tsd. Euro), Aufwendungen für das soziale Netzwerk XING (30 Tsd. Euro), Mietvorauszahlungen (24 Tsd. Euro) enthalten.

Das Eigenkapital der Gesellschaft belief sich zum Bilanzstichtag auf 37,3 Mio. Euro (Vj. 31,8 Mio. Euro). Dies stellt eine Erhöhung um 17 % gegenüber dem Vorjahr dar. Bei der Darstellung des Eigenkapitals wurde berücksichtigt, dass die Gesellschaft einerseits eigene Anteile in Höhe von 1,1 Mio. Euro erworben hatte und andererseits ein Teil des Jahresüberschusses aus 2021 auf neue Rechnung vorgetragen wurde (8,7 Mio. Euro). Infolge dessen wird erstmalig ein Gewinnvortrag ausgewiesen. In den Vorjahren erfolgten Zuführungen in die Gewinnrücklage (14,6 Mio. Euro). Die Eigenkapitalquote betrug zum Bilanzstichtag 65 % (Vj. 69 %).

Die gesamten Rückstellungen, bestehend aus Steuerrückstellungen und Sonstigen Rückstellungen in Höhe von 11,95 Mio. Euro (Vj. 7,8 Mio. Euro) erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um 54 %. Insbesondere die Sonstigen Rückstellungen erhöhten sich aufgrund zu bildender Rückstellungen für ausstehende Rechnungen (3,8 Mio. Euro), Tantiemen (4,97 Mio. Euro) und Rückstellungen für sonstige Personalkosten (1,4 Mio. Euro)

Die Verbindlichkeiten in Höhe von 7,7 Mio. Euro (Vj. 6,5 Mio. Euro) erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um 19 % und sind kurzfristiger Natur. Trotz deutlichem Mitarbeiterzuwachs auf 717 (Vj. 519) waren externe Dienstleister zur Erfüllung der Beraterleistungen erforderlich. Infolge dessen bestanden Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen für dessen Beauftragung in Höhe von 2,7 Mio. Euro (Vj. 950 Tsd. Euro).





Gewinn- und Verlustrechnung der PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung zum		31.12.2022 in Euro	31.12.2021 in Euro	31.12.2020 in Euro
1.	Umsatzerlöse	115.563.301	93.702.161	63.451.663
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Leistungen	1.071.355	337.684	1.408.793
3.	sonstige betriebliche Erträge	137.747	50.356	148.142
4.	Materialaufwand	-22.290.620	-20.870.666	-16.788.070
5.	Personalaufwand	-59.079.879	-42.457.973	-29.747.772
	a) Löhne und Gehälter	-50.945.213	-36.726.754	-25.918.167
	b) Soziale Abgaben und Aufw. für Altersversorgung und Unterstützung	-8.134.666	-5.731.220	-3.829.605
6.	Abschreibungen	-1.662.433	-1.216.061	-749.433
	a) Abschreibungen auf imm.VG und Sachanlagen	-1.662.433	-1.216.061	-749.433
7.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-20.033.423	-11.272.297	-8.389.541
8.	Ordentliches Betriebsergebnis	13.706.048	18.273.204	9.333.782
9.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
10.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-59.309	-73.559	-15.165
11.	Finanzergebnis	-59.309	-73.559	-15.165
13.	Steuern vom Einkommen und Ertrag	-4.292.697	-5.495.679	-3.015.158
12.	Ergebnis nach Steuern	9.354.042	12.703.966	6.303.459
14.	Sonstige Steuern	-660	-459	-521
15.	Jahresergebnis	9.353.382	12.703.507	6.302.938

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Umsatzerlöse beliefen sich im Berichtsjahr auf 115,6 Mio. Euro (Vj. 93,7 Mio. Euro) und lagen damit um 23 % über dem Vorjahreswert. Die Bestandsveränderungen in Höhe von 1,1 Mio. Euro (Vj. 338 Tsd. Euro) betreffen Erträge aus noch nicht vollständig erbrachten Beratungsleistungen. Durch die Ausweitung der Beratertätigkeit war ein Anstieg der Gesamtleistung um 24 % gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen (116,6 Mio. Euro; Vj. 94,0 Mio. Euro). Die Sonstigen betriebliche Erträge erhöhten auf 138 Tsd. Euro (Vj. 50 Tsd. Euro).

Aufgrund der im Geschäftsjahr erneuten Ausweitung der Beraterleistungen erhöhten sich trotz Personalaufbau die Aufwendungen für bezogene Leistungen auf 22,3 Mio. Euro (Vj. 20,9 Mio. Euro). Gleichwohl war gemessen am Betriebsergebnis ein unterproportionaler Anstieg der Aufwendungen für bezogene Leistungen festzustellen. Dies entspricht der Strategie der PD, bezogene Leistungen, zunehmend durch Leistungen eigener Mitarbeiter zu kompensieren.

Basierend auf der Neueinstellung von durchschnittlich 198 Mitarbeitern erhöhte sich der Personalaufwand auf 59,1 Mio. Euro (Vj. 42,5 Mio. Euro). Im Berichtsjahr waren durchschnittlich 717 (Vj. 519) Arbeitnehmer bei der PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH beschäftigt.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen auf 20,0 Mio. Euro (Vj. 11,3 Mio. Euro) aufgrund der Gesamtmietaufwendungen der Gesellschaft. Die Anpassung der Büroflächen nach der Corona-Pandemie an das Personalwachstum der vergangenen Jahre führte zu Erweiterungen der Büroflächen in Berlin, Düsseldorf, Frankfurt am Main und Hamburg. Ebenso stiegen die Kosten für Fortbildung und Reisen.

Die Abschreibungen in Höhe von 1,7 Mio. Euro (Vj. 1,2 Mio. Euro) betrafen planmäßige Abschreibungen auf das Anlagevermögen.

Die Gesellschaft schloss das Geschäftsjahr mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 9,4 Mio. Euro (Vj. 12,7 Mio. Euro) ab. Der Jahresüberschuss liegt damit um 1,3 Mio. Euro über dem Planergebnis für 2022. Die Geschäftsführung schlug vor, den Jahresüberschuss 2022 in Höhe von 2,9 Mio. Euro an die Gesellschafter auszuschütten und den übrigen Betrag in Höhe von 6,5 Mio. Euro in die Gewinnrücklage einzustellen.

Analysedaten

Da es sich um ein Dienstleistungsunternehmen ohne eigene Objekte handelt, zeigt sich eine charakteristische niedrige Anlagenintensität von 7 %.

Die Finanzierung des Anlagevermögens, gemessen am Eigenkapital in Form der Anlagendeckung, ist mit 918 % sichergestellt.

Mit einer Eigenkapitalquote in Höhe von 65 % weist die Gesellschaft weiterhin eine sehr solide Kapitalausstattung aus. Die Eigenkapitalrentabilität sank auf 25 % (Vj. 40 %) und liegt aber dennoch auf sehr hohem Niveau.

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war im Geschäftsjahr zu jedem Zeitpunkt sichergestellt. Die Liquidität 3. Grades in Höhe von 266 % bestätigt dies. Die positive Geschäftsentwicklung im Geschäftsjahr spiegelt sich auch im erneut gestiegenen Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von 13.283 Tsd. Euro (Vj. 11.093 Tsd. Euro) wieder.

Gemessen an der Gesamtleistung (116,8 Mio. Euro) war ein Anstieg der Personalaufwandsquote im Vergleich zum Vorjahr um +6 %-Punkte auf 51 % zu verzeichnen. Im Berichtsjahr wurden 164 neue Mitarbeiter eingestellt. Externe Beratungsleistungen, die zur Erfüllung der Beratungsverträge erforderlich waren, sind nicht in den Personalaufwendungen enthalten.

Kennzahl	2022	2021	2020
Vermögens- und Kapitalstruktur			
Anlagenintensität	7%	6%	6 %
Eigenkapitalquote	65%	69%	58 %
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0 Tsd. Euro	0 Tsd. Euro	0 Tsd. Euro
Finanzierung und Liquidität			
Anlagendeckung II	918%	1.202%	912 %
Zinsaufwandsquote	0	0%	0 %
Liquidität 3. Grades	266%	302%	220 %
Cashflow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	13,3 Mio. Euro	11,1 Mio. Euro	5,4 Mio. Euro
Rentabilität und Geschäftserfolg			
Eigenkapitalrentabilität	25%	40%	31 %
Gesamtkapitalrentabilität	16%	28%	18 %
Umsatz	115,6 Mio. Euro	93,7 Mio. Euro	63,5 Mio. Euro
Gesamtleistung	116,8 Mio. Euro	94,0 Mio. Euro	64,9 Mio. Euro
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	9,4 Mio. Euro	12,7 Mio. Euro	6,3 Mio. Euro
Personalbestand			
Personalaufwandsquote (im Verhältnis zur Gesamtleistung)	51%	39%	46 %
Anzahl der Mitarbeiter (durchschnittlich)	717	519	355

Geschäftsverlauf 2022

Die PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH - schloss das Geschäftsjahr mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 9,4 Mio. Euro ab und realisierte damit eine Planüberschreitung von ca. 1,3 Mio. Euro. Wie in der Wirtschaftsplanung für 2022 prognostiziert, reduzierte sich das Jahresergebnis gegenüber dem Vorjahr.

In den beiden Kernbereichen „Strategische Verwaltungsmodernisierung“ und „Bau, Infrastruktur, Kommunalberatung“ gelang es der Gesellschaft ihre Präsenz und Beratung für ihre Gesellschafter weiter auszubauen. Die in 2018 und 2019 gegründeten Betriebsstätten in Düsseldorf und Frankfurt am Main entwickelten sich weiter positiv. Neben den etablierten Betriebsstätten und den bereits in 2020 eröffneten Hamburger Außenstelle kamen mit Wiesbaden und Nürnberg in 2021 zwei weitere Betriebsstandorte dazu. 2022 wurden zudem Mietverträge für Büros in München und Stuttgart geschlossen, die in 2023 bezogen werden.

Im Geschäftsbereich Bau, Infrastruktur und Kommunalberatung wird bewusst auf Regionalisierung der Beratungsangebote und Zukunftsthemen wie nachhaltiges Bauen und Betreiben, die Digitalisierung des Bauwesens oder auch die Exploration von innovativen/beschleunigten Verfahrenswegen des Bauens gesetzt. Weitere wichtige Aktionsbereiche sind der Wohnungsbau und die Ausdifferenzierung der Beratungstätigkeiten für den Marktbereich Nachhaltigkeit, Umwelt und Klimaschutz.

Die Entwicklung der Gesellschaft hat im Berichtsjahr die abgegebene Prognose für die Entwicklung der Gesamtleistung und operativen Jahresergebnis weitestgehend erfüllt. Auf Grund der geringeren Umsätze mit bezogenen Fremdleistungen lag die Gesamtleistung unter der Prognos, dennoch über dem Wert des Vorjahres.

Die Steigerung der Gesamtleistung gegenüber dem Vorjahr ist u.a. aufgrund der starken Kundenbindung und der Positionierung als profilierter Projektberater zurückzuführen. Nach mehrjähriger vertrauensvoller Zusammenarbeit und zahlreichen abgeschlossenen Beratungsprojekten wuchs das Auftragsvolumen mit

Hauptkunden weiter. Zudem gelang es, den Kundenstamm im kommunalen Bereich weiter auszubauen und zu festigen. Mit Steigerung der Gesamtleistung stiegen auch die Gesamtaufwendungen, insbesondere die Personalaufwendungen durch den überplanmäßigen Personalaufbau aufgrund der hohen Nachfrage an Beratungsleistungen.

Mit dem Anstieg der Gesamtleistung erhöhten sich die betrieblichen Aufwendungen, insbesondere die Mietkosten. Die Anpassung der Büroflächen nach der Corona-Pandemie an das Personalwachstum der vergangenen Jahre führte zu Erweiterungen der Büroflächen in Berlin, in den Betriebsstätten Düsseldorf und Frankfurt sowie am Standort Hamburg. Ein Kostenanstieg war gegenüber dem Vorjahr nach der Pandemie auch bei den Reise- und Fortbildungskosten zu verzeichnen.

Weitestgehend haben sich die betrieblichen Abläufe im Vergleich zu den durch Corona geprägten Vorjahren normalisiert. Die Reiseintensität hat wieder zugenommen und auch Weiterbildungsmaßnahmen haben verstärkt stattgefunden. In der Beschlussfassung zur Gewinnverwendung des Jahresüberschusses für das Jahr 2021 wurde die Ausschüttung an die Gesellschafter in Höhe von 4.000 Tsd. Euro beschlossen. Weiterhin hat die PD mit Genehmigung des Aufsichtsrates die Einrichtung einer Stiftungsprofessur an der Technischen Hochschule Dresden für ressourceneffizienten Hochbau gefördert, um den Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis zu intensivieren.

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war in 2022 zu jedem Zeitpunkt sichergestellt. Die Gesellschaft verfügte zum Ende des Jahres 2022 über direkte Finanzmittel in Höhe von 29,7 Mio. Euro. Die direkten Geldmittel gegenüber dem Vorjahr sind um rund 3,3 Mio. Euro angestiegen.

Voraussichtliche Entwicklung, Chancen und Risiken

Die Gesellschaft sieht Wachstumspotenziale in der Vertiefung der Wertschöpfung in ihren Kernbereichen und im weiteren Ausbau der Beratungskompetenzen in den Themenfeldern Gesundheit, Umwelt/Nachhaltigkeit, Personal & Organisationsentwicklung, Mobilität, öffentliche Sicherheit, öffentliche Finanzen, IT, Digital Governance, Digitalisierung des Bauwesens etc. auf allen föderalen Ebenen.

Neben der Umsetzungsbegleitung von Großprojekten und komplexen Immobilienvorhaben steht die Strategie- und Organisationsberatung der Verwaltung bei wichtigen Innovations-, Modernisierungs- und Beschaffungsprojekten im Fokus. Im Gesundheitswesen steht die Umsetzung von baulichen Masterplänen oder die Ausstattung mit innovativer Medizintechnik – gekoppelt mit Partnerschaftsmodellen – im Mittelpunkt. Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Investitionsberatung, da der immense Investitionsbedarf der öffentlichen Infrastruktur zunehmend an Bedeutung für die Haushaltsplanung der öffentlichen Hand gewinnt.

Neue Wachstumschancen werden im Ausbau der Geschäftstätigkeiten der Vergabestelle sowie in den Aufgabenfeldern Nachhaltigkeit, Umwelt und Klimaschutz (NUK) und Wohnen und Quartier (WUK) gesehen, die in 2022 als eigenständige Marktbereiche etabliert wurden.

Für das Jahr 2023 wird gegenüber dem Berichtsjahr mit einer wiederholt steigenden Gesamtleistung gerechnet. Der Wirtschaftsplan geht von einer Steigerung der Eigenleistung um ca. 20 % aus. Hier kommen die Effekte aus dem Personalaufbau im Berichtsjahr zum Tragen. Auf Grund der Anpassung der Kosten im Verhältnis zum stetigen Wachstum des Geschäftsvolumens der PD wird das operative Ergebnis im Jahr 2023 deutlich niedriger angenommen als im Jahr 2022. Dies wird mit den Aufwendungen im Personalbereich auf Grund des fortlaufenden Personalzuwachses im operativen und internen Bereich, der Personalentwicklung sowie der damit einhergehenden Steigerung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen begründet. Die steigenden sonstigen betrieblichen Aufwendungen resultieren aus den notwendigen Standortvergrößerungen, die Standorterweiterungen und die damit zusammenhängenden Standortinvestitionen.

Die PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH verfügt über ein softwaregestütztes Risikomanagementsystem. Im Fokus der Risikoeerkennung und Analyse stehen insbesondere die Projektplanung, Projektsteuerung und –überwachung, um über die Erreichung von definierten Schwellenwerten gegenüber den kalkulierten Budgets bei einzelnen Projekten zu informieren.

Innerhalb des Controllings erfolgt eines Jahres, mittelfristige Unternehmensplanung und eine unterjährige Prognoseberichterstattung zur Unternehmensentwicklung bezogen auf Markt- und Wettbewerbsrisiken, Soll/Ist-Abweichungen.

Zur Vermeidung von Ausfallrisiken der IT-Infrastruktur sind eine Reihe von Maßnahmen ergriffen worden.

Ebenso wird die operative Risikostruktur in regelmäßigen Abständen einer Überprüfung und Bewertung unterzogen. Der Aufbau einer internen Revision ist auch eine Säule des Risikomanagements.

Bei der vorliegenden Relation zwischen Kosten, Risikostruktur und Eigenkapital sind den Fortbestand der Gesellschaft gefährdende Entwicklungen nicht zu erkennen. Die Gesamtrisikosituation der Gesellschaft ist im Berichtsjahr als stabil einzustufen.

Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald

Der Landkreis erwarb zum 20.02.2018 15 Geschäftsanteile zum reduzierten Nominalpreis in Höhe von 100 EUR/Geschäftsanteil vom Bund, Gesellschafter der PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH. Aufgrund der gewählten Variante des Anteilserwerbs verzichtet der Landkreis auf einen Gewinnbezug, Rücklagen, Ansprüche aus Liquidationserlösen u.ä., trägt aber auch kein finanzielles Risiko. Geschäftsanteile könnten verlustfrei an den Bund rückübertragen werden.

	Wirtschaftsjahr	Wert in Tsd. Euro
Kapitalzuführungen	2022	0
	2021	0
	2020	1.500
Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche	2022	0
	2021	0
	2020	0
Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen (Kommunalbürgschaften)	2022	keine
	2021	keine
	2020	keine
Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft des Landkreises unmittelbar beziehungsweise mittelbar auswirken können	2022	keine
	2021	keine
	2020	keine

Weitere Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald wie Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche sowie gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen bestehen nicht.

Konsolidierung

Im Gesamtabschluss des Landkreises erfolgt eine Konsolidierung der PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH zu Anschaffungskosten.

Zweckverbände und Körperschaften des öffentlichen Rechts

Zweckverbände

Die Jahresabschlussdaten von Zweckverbänden werden im Beteiligungsbericht nicht zwingend erfasst (vgl. § 61 KomHKV). Der Landkreis Dahme-Spreewald ist in folgenden Zweckverbänden Mitglied:

- Kommunaler Abfallzweckverband „Niederlausitz“ (KAEV)
- Südbrandenburgischer Abfallzweckverband (SBAZV)
- Zweckverband Niederlausitzer Studieninstitut (NLSI),
- Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA),
- Zweckverband für die Mittelbrandenburgische Sparkasse in Potsdam.

Die nachfolgenden Zweckverbände KAEV und SBAZV zählen jedoch zum Konsolidierungskreis des Landkreises Dahme-Spreewald. Daher soll ein kurzer Einblick in diese Zweckverbände gegeben werden.

Kommunaler Abfallentsorgungsverband „Niederlausitz“ (KAEV)

Frankfurter Straße 45
15907 Lübben (Spreewald)
Tel.: +49 (0) 3546 - 27 04 11
Fax: +49 (0) 3546 - 27 04 44
E-Mail: info@kaev.de
www.kaev.de



Der KAEV ist der öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger für Teile des Landkreises Dahme-Spreewald und Teile des Landkreises Oberspreewald-Lausitz. Verbandsmitglieder sind somit die Landkreise Dahme-Spreewald und Oberspreewald-Lausitz.

Die Gründung erfolgte am 02.10.1991.

Die Organe des Zweckverbandes sind die Versammlung, der Vorstand und der Vorsitzende.

Folgendes Beteiligungsverhältnis besteht:

Verbandsmitglieder Stimmenverteilung:

Landkreis Dahme-Spreewald	50 %
Landkreis Oberspreewald-Lausitz	50 %

Dem Kommunalen Abfallentsorgungsverband „Niederlausitz“ obliegen die Aufgaben der Abfallwirtschaft gemäß deren Gesetzmäßigkeiten.

Der KAEV ist Eigentümer, Betreiber und Inhaber der Siedlungsabfalldeponien Lübben-Ratsvorwerk Deponieabschnitt I und Deponieabschnitt II, Göritz (bei Vetschau), Luckau-Wittmannsdorf sowie Bergen (Stadt Luckau) und ist verantwortlich für deren Sicherung, Rekultivierung und Nachsorge.

Die Bilanzsumme belief sich zum 31.12.2022 auf 31,3 Mio. Euro. Es wurde ein Jahresgewinn in Höhe von 1,7 Mio. Euro ausgewiesen.

Südbrandenburgischer Abfallzweckverband

Teltowkehre 20
 14974 Ludwigsfelde
 Tel.: +49 (0) 3378 / 51 80 0
 Fax: +49 (0) 3378 / 51 80 101
 E-Mail: verband@sbazv.de
 www.sbazv.de



Der SBAZV ist der öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger für den Landkreis Teltow Fläming und Teile des Landkreises Dahme-Spreewald (Amt Schenkenländchen sowie die amtsfreien Gemeinden Bestensee, Eichwalde, Heidesee, Schönefeld, Schulzendorf, Zeuthen und die Städte Königs Wusterhausen, Wildau und Mittenwalde).

Die Gründung erfolgte am 27.08.1993.

Die Organe des Zweckverbandes sind die Versammlungen, der Vorstand und der Vorsitzende.

Folgendes Beteiligungsverhältnis besteht:

Verbandsmitglieder Stimmenverteilung

Landkreis Dahme - Spreewald	7 (41 %)
Landkreis Teltow-Fläming	10 (59 %)

Dem SBAZV obliegen die Aufgaben der Abfallwirtschaft gemäß deren Gesetzmäßigkeiten.

Der SBAZV ist Inhaber von 5 Deponien (Deponie "Frankenfelder Berg" in Luckenwalde, Deponie Senzig, Deponie Horstfelde, Deponie "Markendorfer Chaussee" bei Jüterbog und Deponie Oehna), die nicht mehr zur Annahme von Abfällen genutzt werden. Es besteht für die geschlossenen Deponien eine langfristige Nachsorge und Sicherungspflicht. Die REST Regionale Entsorgungsservice und Transport GmbH, eine 100 %ige Tochter des SBAZV, übernimmt u. a. die Aufgabe der Nachfolgenutzung der Deponien.

Neben der haushaltsnahen Abfallsammlung im Holsystem erfolgt die Abfallannahme im Bringsystem über die 3 Recyclinghöfe des SBAZV an den Standorten in Luckenwalde, Niederlehme und Ludwigsfelde.

Gemeinsam mit der Heidelberg Materials Mineralik DE GmbH hat der SBAZV die gemischtwirtschaftliche Gesellschaft terravas GmbH gegründet. Gegenstand der Gesellschaft ist die Errichtung und der Betrieb einer Deponie zur Entsorgung von Abfällen der Deponieklasse I.

Der SBAZV ist Mitglied im Zweckverband Abfallbehandlung Nuthe-Spree (ZAB), dessen Aufgaben der Bau und der Betrieb einer Restabfallbehandlungsanlage sowie die Abfallaufbereitung zur weiteren Verwertung bzw. Beseitigung sind.

Die Bilanzsumme belief sich zum 31.12.2022 auf 70,1 Mio. Euro. Es wurde ein Jahresergebnis in Höhe von 106 Tsd. Euro erwirtschaftet.

Körperschaften des öffentlichen Rechts

Regionale Planungsgemeinschaft Lausitz-Spreewald

Regionale Planungsstelle
 Gulbener Straße 24
 03046 Cottbus
 Tel.: +49 (0) 3555 / 49 49 24 10
 Fax: +49 (0) 3555 / 49 49 24 18
 E-Mail: poststelle@rpgls.brandenburg.de
www.region-lausitz-spreewald.de



Die Regionale Planungsgemeinschaft Lausitz-Spreewald ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Der Wirkungskreis der Regionalen Planungsgemeinschaft Lausitz Spreewald erstreckt sich auf das Gebiet der kreisfreien Stadt Cottbus und der Landkreise Dahme-Spreewald, Spree-Neiße, Oberspreewald-Lausitz und Elbe-Elster.

Die Organe der Regionalen Planungsgemeinschaft sind die Regionalversammlung und der Regionalvorstand.

Seit dem Jahr 2000 wird eine Umlage auf der Basis der Einwohnerzahlen erhoben. Der Anteil des Landkreises beträgt ca. 15 Tsd. Euro. Die Stimmenverteilung in der Regionalversammlung richtet sich ebenfalls nach der Einwohnerzahl zum Stand der Kommunalwahl.

Folgendes Beteiligungsverhältnis besteht:

Mitglieder	Stimmenverteilung
Stadt Cottbus	5
Landkreis Dahme-Spreewald	9
Landkreis Elbe-Elster	6
Landkreis Oberspreewald-Lausitz	7
Landkreis Spree-Neiße	7
Vertreter Braunkohlenausschuss	1

Abkürzungsverzeichnis

AG	Aktiengesellschaft
AKKW	Achenbach- Krankenhaus Königs Wusterhausen
ARAP	Aktive(r) Rechnungsabgrenzungsposten
ARGE CNB	Arbeitsgemeinschaft Center Nahverkehr Berlin
AV	Anlagevermögen
BADC	Berlin-Brandenburg Area Development Company GmbH
BbgKVerf	Kommunalverfassung des Landes Brandenburg
BER	Flughafen Berlin Brandenburg
BMEL	Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft
DESY	Deutsches Elektronen Synchrotron
DMBILG	Gesetz über die Eröffnungsbilanz in Deutsche Mark und die Kapitalneufestsetzung
DRG	Diagnosis Related Groups; Klassifikationssystem für ein pauschaliertes Abrechnungsverfahren mit den Krankenhausfällen (Patienten)
DRS 21	Deutscher Rechnungslegungsstandard 21 zur Kapitalflussrechnung
EAV	Ergebnisabführungsvertrag
EFRE	Europäischer Fond für regionale Entwicklung
EK-Charakter	Eigenkapitalcharakter
EK-Quote	Eigenkapitalquote
ESF	Europäischer Sozialfonds
EU	Europäische Union
FTTB	Fibre to the Building
FTTH	Fibre to the Home
GF	Geschäftsführer
GKV	Spitzenverband Bund der Krankenkassen
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GRW	Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“
GuV	Gewinn- und Verlustrechnung
HGB	Handelsgesetzbuch
HNO	Hals-Nasen-Ohren
IAP	Institut für Angewandte Polymerforschung
i.d.R.	in der Regel
i. H. v.	in Höhe von
ILB	Investitionsbank des Landes Brandenburg
imm.	immaterielle
I.N.A.	Internationale Naturausstellung Lieberoser Heide GmbH
INKOF	Interkommunaler Flächenpool
i.S.d.	im Sinne des
IT	Informationstechnik
KAEV	Kommunaler Abfallentsorgungsverband „Niederlausitz“
KAG DF	Kommunale Arbeitsgemeinschaft Dialogforum
KISA	Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen
KDS	Klinikum Dahme-Spreewald GmbH
KDSD	Klinikum Dahme-Spreewald Dienstleistungsgesellschaft mbH
KDSR	Klinikum Dahme-Spreewald Reinigungsgesellschaft mbH
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
KHBV	Verordnung über die Rechnungs- und Buchführungspflichten von Krankenhäusern
KHG	Gesetz zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhauspflegesätze
KomHKV	Kommunale Haushalts- und Kassenverordnung
KW	Königs Wusterhausen
LEADER	Liaison entre actions de développement de l'économie rurale, EU-Förderprogramm zur Entwicklung der ländlichen Wirtschaft
LDS	Landkreis Dahme-Spreewald
LEP FS	Landesentwicklungsplan Flughafenstandortentwicklung vom 16.06.2006

LK	Landkreis
LKGBbg	Krankenhausgesetz des Landes Brandenburg
LOS	Landkreis Oder-Spree
MAWV	Märkischer Abwasser- und Wasserzweckverband
mbH	mit beschränkter Haftung
MDK	Medizinischer Dienst der Krankenversicherung
MORO	Modellvorhaben der Raumordnung
MVZ	Medizinisches Versorgungszentrum am Achenbach-Krankenhaus GmbH
NSF	Naturschutzfonds
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
ÖV- Netz	Öffentliches Verkehrsnetz
PBefG	Personenbeförderungsgesetz
PD	Berater der öffentlichen Hand GmbH
PRAP	Passive(r) Rechnungsabgrenzungsposten
QM-System	Qualitätsmanagementsystem
RIK	Regionales Investitionskonzept Lausitz
RVS	Regionale Verkehrsgesellschaft Dahme-Spreewald mbH
SAB	Sächsische Aufbaubank
SBAZV	Südbrandenburgischer Abfallzweckverband
SoPo	Sonderposten
SPNV	Schienenpersonennahverkehr
stellver.	stellvertretende
SWKL	Spreewaldklinik Lübben
TAZV	Trink- und Abwasserzweckverband Luckau
TF	Teltow-Fläming
TGZ	Technologie- und Gründerzentrum Wildau GmbH
TH Wildau	Technische Hochschule Wildau
TKW	Teltower Kreiswerke GmbH
u.a.	und andere
u. ä.	und ähnliches
UStG	Umsatzsteuergesetz
VBB	Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH
Vj.	Vorjahr
WFG	Wirtschaftsförderungsgesellschaft Dahme-Spreewald mbH
Wgkm	Wagenkilometer
WRL	Wirtschaftsregion Lausitz GmbH
WSC	Wirtschafts- und Steuerberatungsgesellschaft
ZLR	Zentrum für Luft- und Raumfahrt
ZFZ	Zentrum für Zukunftstechnologien
ZWL	Zukunftswerkstatt Lausitz

Vertreter des Landkreises in den wirtschaftlichen Unternehmen

Gesellschaft	Vertreter bis 14.12.2022	Vertreter ab 15.12.2022
---------------------	-------------------------------------	------------------------------------

Regionale Verkehrsgesellschaft Dahme-Spreewald mbH

<i>Gesellschafterversammlung (Vertreter)</i>	Landrat Stephan Loge Benjamin Kaiser Beate Burgschweiger Lothar Treder-Schmidt Ilka Gelhaar-Heider Lutz Krause	Landrat Stephan Loge Denis Gottwald Beate Burgschweiger Lothar Treder-Schmidt Ute Fuchs Lutz Krause
--	---	--

<i>Gesellschafterversammlung (Stellvertreter)</i>	§ 97 Abs. 1 BbgKVerf Michael Wolter Michael Reimann Sabine Freund Monika von der Lippe Frank Selbitz	§ 97 Abs. 1 BbgKVerf Michael Wolter Michael Reimann Ilka Gelhaar-Heider Veronika Birnack Vincent Fuchs
---	---	---

Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH

<i>Gesellschafterversammlung (Vertreter) (Stellvertreter)</i>	Stefan Klein (Dez. I) Christian Jank (-23-)	Stefan Klein (Dez. I) Christian Jank (-23-)
---	--	--

<i>Aufsichtsrat</i>	Landrat Stephan Loge	Landrat Stephan Loge
---------------------	----------------------	----------------------

<i>Beirat der Gesellschaft (Vertreter) (Stellvertreter)</i>	Christian Jank (-23-) Katrin Lehmann (-23-)	Christian Jank (-23-) Katrin Lehmann (-23-)
---	--	--

Wirtschaftsförderungsgesellschaft Dahme-Spreewald mbH

<i>Gesellschafterversammlung (Vertreter)</i>	Landrat Stephan Loge Beate Burgschweiger Andrea Weigt Norbert Schmidt Claudia Mollenschott	Landrat Stephan Loge Beate Burgschweiger Andrea Weigt Norbert Schmidt Andreas Lück
--	--	--

<i>Gesellschafterversammlung (Stellvertreter)</i>	§ 97 Abs. 1 BbgKVerf Michael Reimann Andrea Lübcke Peter Dittrich Anne Müller	§ 97 Abs. 1 BbgKVerf Michael Reimann Sabine Freund Peter Dittrich Anne Müller Jan Schenk
---	---	---

Gesellschaft	Vertreter bis 14.12.2022	Vertreter ab 15.12.2022
---------------------	-------------------------------------	------------------------------------

Technologie- und Gründerzentrum Wildau GmbH

<i>Gesellschafterversammlung (Vertreter)</i>	Landrat Stephan Loge Peter Dittrich Beate Burgschweiger Claudia Mollenschott Martin Kronacher	Landrat Stephan Loge Peter Dittrich Beate Burgschweiger Claudia Mollenschott Andrea Weigt
--	---	---

<i>Gesellschafterversammlung (Stellvertreter)</i>	gem. § 97 BbgKVerf. Norbert Schmidt Michael Reimann Anne Müller N.N.	§ 97 Abs. 1 BbgKVerf Norbert Schmidt Michael Reimann Anne Müller Sabine Freund
---	--	--

Wirtschaftsregion Lausitz GmbH

<i>Gesellschafterversammlung (Vertreter)</i>	Heike Zettwitz	Heike Zettwitz
<i>(Stellvertreter)</i>	§ 97 Abs. 1 BbgKVerf	§ 97 Abs. 1 BbgKVerf

<i>Aufsichtsrat</i>	Stefan Klein	Stefan Klein
---------------------	--------------	--------------

Berlin-Brandenburg Area Development Company GmbH

<i>Gesellschafterversammlung (Vertreter)</i>	Heike Zettwitz	Heike Zettwitz
<i>(Stellvertreter)</i>	§ 97 Abs. 1 BbgKVerf	Dr. Matthias Städter

Naturwelt Lieberoser Heide GmbH

<i>Gesellschafterversammlung (Vertreter)</i>	Heike Zettwitz	Heike Zettwitz
<i>(Stellvertreter)</i>	§ 97 Abs. 1 BbgKVerf	Stefan Klein

Gesellschaft	Vertreter bis 14.12.2022	Vertreter ab 15.12.2022
---------------------	-------------------------------------	------------------------------------

Klinikum Dahme-Spreewald GmbH

<i>Gesellschafterversammlung (Vertreter LDS) (Stellvertreter LDS)</i>	Stefan Klein Landrat Stephan Loge	Stefan Klein Landrat Stephan Loge
---	--------------------------------------	--------------------------------------

<i>Gesellschafterversammlung (Vertreter Sana Kliniken AG)</i>	Dr. Jens Schick	Dr. Jens Schick
---	-----------------	-----------------

<i>Aufsichtsrat (Vertreter LDS)</i>	Landrat Stephan Loge Rico Kerstan Ludwig Scheetz (bis 02/22) Dr. Lutz Franzke (ab 02/22) Stefan Ludwig	Landrat Stephan Loge Dr. Lutz Franzke Stefan Ludwig Dirk Thomas Wagner
---	--	---

<i>Aufsichtsrat (Vertreter Sana Kliniken AG)</i>	Dr. Jens Schick Sadik Tastan Dr. Christian von Klitzing Jean Franke	Dr. Jens Schick Sadik Tastan Dr. Christian von Klitzing Jean Franke
--	--	--

<i>Aufsichtsrat (Arbeitnehmervertreter)</i>	Dr. Henrik Naumburger Beatrice Kliefoth Sandra Eberwein Dr. Katrin Müller-Schmehl	Dr. Henrik Naumburger Beatrice Kliefoth Sandra Eberwein Dr. Katrin Müller-Schmehl
---	--	--

PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH

<i>Gesellschafterversammlung (Vertreter LDS) (Stellvertreter)</i>	Stefan Klein Kathleen Wyrsh	Stefan Klein Kathleen Wyrsh
---	--------------------------------	--------------------------------

<i>Aufsichtsrat</i>	kein AR-Mandat gem. 3.6. Gesellschaftervereinbarung	
---------------------	---	--